

# Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz.

## Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010.

### INHALT

---

Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg	
Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg .....	3
Gesamtwirtschaftliche Entwicklung .....	8
Entwicklung der Kreditwirtschaft .....	12
Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr .....	13
Die Geschäftsentwicklung der Landesbank Baden-Württemberg .....	15
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter .....	24
LBBW Verbesserungsprozess .....	29
Compliance .....	30
Nachhaltigkeit .....	33
Risikobericht .....	36
Nachtragsbericht .....	74
Prognosebericht .....	75
Jahresabschluss .....	80
Anhang .....	87
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers .....	138



# Geschäftstätigkeit und Strategie der Landesbank Baden-Württemberg.

## Unternehmensprofil.

Die Landesbank Baden-Württemberg ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Hauptsitzen in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz. Ihre Eigentümer sind der Sparkassenverband Baden-Württemberg mit 40,53 %, das Land Baden-Württemberg mit 19,57 %, die Landeshauptstadt Stuttgart mit 18,93 %, die Landesbeteiligungen Baden-Württemberg GmbH mit 18,26 % und die L-Bank mit 2,71 % der Anteile am Stammkapital der LBBW.

Die LBBW ist eine Universal- und Geschäftsbank, die sich an den Bedürfnissen der heimischen Kunden orientiert. Zusammen mit ihren regionalen Kundenbanken BW-Bank, Rheinland-Pfalz Bank und Sachsen Bank bietet sie in bundesweit über 200 Filialen und Stützpunkten alle Geschäftsarten einer modernen Großbank mit einer breiten regionalen Verwurzelung. Im Stadtbezirk Stuttgart übernimmt die BW-Bank darüber hinaus die Funktion einer Sparkasse.

Für ihre heimischen Kunden bietet die Bank einen Vor-Ort-Service mit ausgewählten Auslandsstandorten. Neben Niederlassungen in New York, London, Singapur und Seoul sowie der Finanzierungsgesellschaft LBBW Mexico Sofom in Mexiko-Stadt ist die LBBW mit verschiedenen Repräsentanzen an den aufstrebenden Märkten der Weltwirtschaft, insbesondere im asiatischen Raum, präsent. Ergänzt wird das internationale Netzwerk durch die vier German Centres in Beijing, Mexiko-Stadt, Singapur und Delhi.Gurgaon, Indien.

In der LBBW selbst sind Stabs- und Servicefunktionen gebündelt. Außerdem sind hier das Kapitalmarktgeschäft, die Betreuung überregional bzw. international agierender Großkunden, das Immobilien-geschäft und die Sparkassenzentralbankfunktion angesiedelt. Daneben bilden die BW-Bank, die Sachsen Bank sowie die Rheinland-Pfalz Bank als unselbstständige Anstalten mit eigenständigem Marktauftritt die drei starken regionalen Säulen im Unternehmens- und Privatkundengeschäft der Bank. Dadurch verbindet die LBBW effiziente Strukturen und das Leistungsspektrum einer Universalbank mit der Nähe regionaler Kundenbanken.

## Geschäftsjahr 2010 ganz im Zeichen einer stringenten Umsetzung des Restrukturierungsplans.

Im Zuge der weltweiten Finanzmarktkrise kam es zu erheblichen Belastungen bei der LBBW. Damit die Bank vor dem Hintergrund aufsichtsrechtlicher höherer Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung auch weiterhin ihre Rolle vollumfänglich als solider und verlässlicher Finanzierungspartner für Private und Unternehmen wahrnehmen kann, waren 2009 eine höhere Eigenkapitalausstattung der Bank sowie eine Risikoabschirmung des Landes Baden-Württemberg erforderlich. Diese Maßnahmen wurden durch die EU-Kommission noch im selben Jahr mit der Auflage einer umfassenden Restrukturierung und Neuausrichtung der LBBW genehmigt.

Der von der EU genehmigte Restrukturierungsplan bildet den strategischen Handlungsrahmen für die LBBW. Ziele der Restrukturierung sind, die Risikostruktur zu verbessern, eine nachhaltige Profitabilität zu sichern und das strategische Profil zu schärfen.

Dank ihres stark kundenbezogenen Geschäfts verfügt die LBBW über eine solide Ertragsbasis und einen profitablen Kern, der sich gerade in diesen wirtschaftlich sehr anspruchsvollen Zeiten bewährt. Die tiefe Verwurzelung der LBBW und ihrer Kundenbanken in ihren Heimatmärkten, gepaart mit dem damit einhergehenden Markt-Know-how, ist dabei ein echter Mehrwert, den die LBBW gegenüber ihren Mitbewerbern bietet. Entsprechend liegen im Kundengeschäft die zentralen Wachstumsfelder der Bank.

### Wesentliche Inhalte des Restrukturierungsplans.

Im Zuge der Restrukturierung konzentriert sich die LBBW strategisch noch stärker auf ihre Kernaktivitäten mit Wachstumsperspektiven, insbesondere auf die Geschäfte mit mittelständischen Firmenkunden, Privatkunden und Sparkassen. Flankiert wird dies durch leistungsfähige Immobilienfinanzierungs- und Kapitalmarktprodukte, auch für institutionelle Kunden. Die Bank versteht sich dabei weiterhin als verlässlicher Partner des Mittelstands in ihren regionalen Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen mit den daran angrenzenden Wirtschaftsregionen.

Im Zuge der Redimensionierung der Geschäftsaktivitäten werden nicht zum Kerngeschäft gehörende Geschäftsfelder nicht mehr aktiv bearbeitet. Hierunter fällt insbesondere das frühere Kreditersatzgeschäft, also die Investition in Bonds, Kreditderivate, Verbriefungen und strukturierte Produkte, das vollständig abgebaut wird. Ferner werden diverse Beteiligungen veräußert und das Auslandsnetzwerk wird gestrafft.

Insgesamt bringen die vorgesehenen Maßnahmen eine deutliche Reduzierung der Risikoaktiva und der Bilanzsumme und damit eine Stärkung der Kapitalquoten mit sich.

Mit der Restrukturierung ist ferner eine deutliche Senkung der Kostenbasis verbunden. Dies basiert auf Sachkosteneinsparungen sowie auf Beteiligungsveräußerungen. Zusätzlich geht die strategische Neuausrichtung der Bank mit einem Abbau von rund 2 500 Stellen einher, der so sozialverträglich wie möglich vollzogen wird.

Die LBBW strebt ein gesundes Wachstum im deutschen Unternehmenskundengeschäft und im Geschäft mit gehobenen Privatkunden an.

Die LBBW ist davon überzeugt, dass sie mit diesem effizienten und streng kundenorientierten Geschäftsmodell bei künftigen Marktausschlägen sicher und nachhaltig profitabel aufgestellt sein wird.

## Restrukturierung greift.

Die Bank hat bereits 2009 die zentralen Weichenstellungen zur Anpassung ihres Geschäftsmodells initiiert. Entsprechend waren schon 2010 maßgebliche Erfolge der Restrukturierung zu verzeichnen.

Beim Abbau des Kreditersatzgeschäfts liegt die LBBW über der für 2010 gesetzten Zielmarke; dies gilt auch für den Abbau von Risikoaktiva und die Rückführung der Bilanzsumme sowie für die Kernkapitalquote.

Die Straffung des Auslandsnetzes ist bereits umgesetzt; alle der insgesamt acht zur Schließung vorgesehenen Repräsentanzen wurden geschlossen. Die Niederlassungen in London, New York und Singapur wurden noch stärker auf das Kundengeschäft fokussiert. Auch die Schließung der LBBW Finance Japan ist vollzogen.

Bei der Reduzierung des Beteiligungsportfolios kommt die LBBW gut voran. Bereits 2009 wurden die Beteiligungen an der Sachsen DV Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der quirin bank AG veräußert. Im Verlauf des Jahres 2010 konnten unter anderem die LBBW Securities LLC, die LRI Invest S.A. und das Privatkundengeschäft der LBBW Luxemburg S.A. verkauft werden. Ferner wurden sämtliche Vermögenswerte der Lassarus Handels GmbH zur Vorbereitung der Liquidation veräußert. Im Rahmen der Restrukturierung sollen sukzessive bis 2013 weitere Beteiligungen veräußert werden.

Erste Erfolge sind auch auf der Kostenseite zu vermelden: Sowohl Sach- als auch Personalkosten konnten in wesentlichen Feldern zurückgeführt werden.

Im Juni des vergangenen Jahres vereinbarte die LBBW mit der Arbeitnehmervertretung Regelungen zur Beschäftigungs- und Standortsicherung. Damit waren die Voraussetzungen für die Umsetzung des Stellen- und Personalabbaus geschaffen und ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer erfolgreichen Restrukturierung vollzogen. Die Bank ist bestrebt, die Personalkosteneinsparungen möglichst weitgehend über freiwillige Maßnahmen zu erreichen. Der Fokus des Stellenabbaus liegt im abzubauenen Geschäft und in nachgelagerten Stabs- und Servicefunktionen. In Bereichen der Kundenbetreuung dagegen werden partiell Stellen aufgebaut.

Besonders erfreulich ist, dass sich das Kundengeschäft als Kerngeschäft der Bank positiv entwickelt hat. Das kundenorientierte Geschäftsmodell hat sich somit im Jahr 2010 als nachhaltig ertragsstark und solide erwiesen.

## Strategisches Profil der LBBW.

### Die Geschäftsfeldstrategie beruht auf fünf Säulen.

Das Geschäftsmodell der LBBW umfasst die Geschäftsfelder Firmenkunden, Privatkunden, Sparkassen, Financial Markets und Immobilienfinanzierung.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden fokussiert sich die LBBW zum einen auf die Betreuung von mittelständischen Firmenkunden und Kunden der öffentlichen Hand in den Kernmärkten der drei Kundenbanken. Dieses Geschäft wird in der strategischen Ausrichtung der LBBW weiter intensiviert und dient somit auch zukünftig als stabile Ertragsbasis. Die Unternehmenskunden in Baden-Württemberg betreut die Bank dabei unter der Marke BW-Bank. In Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Wirtschaftsräumen nehmen diese Funktion die Rheinland-Pfalz Bank und in Mitteldeutschland die Sachsen Bank wahr. Die Betreuung der mittelständischen Kunden schließt auch die Begleitung dieser Kunden ins Ausland ein.

Neben der Mittelstandsbetreuung umfasst die Säule Firmenkunden zum anderen das Geschäft mit ausgewählten Großkunden in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Der auf die nachhaltige Kundenbeziehung ausgerichtete und bedarfsorientierte Beratungs- und Betreuungsansatz ist und bleibt Leitgedanke im Firmenkundengeschäft. Es entspricht der Erfahrung der LBBW, dass von einer dauerhaften Partnerschaft zwischen Bank und Kunde letztendlich beide Seiten profitieren; das zeigen auch die teilweise bereits seit Jahrzehnten andauernden Kundenbeziehungen.

Auch im Geschäftsfeld Privatkunden ist die LBBW bestrebt, sich als verlässliche Hausbank mit nachhaltiger Kundenbetreuung zu positionieren. Zum einen konzentriert sich die Bank darauf, die Anforderungen und Bedürfnisse von gehobenen Privatkunden abzudecken. Zu diesem Zweck ist die Bank in den Bereichen Private Banking und Wealth Management dabei, die Neukundengewinnung mit verstärkter Betreuungsintensität und fokussiertem Produktangebot zu forcieren. Ziel ist es, die Position der BW-Bank als leistungsfähige Regionalbank und damit als einer der führenden Anbieter für gehobene Segmente weiter zu festigen. Flankierend werden die Sachsen Bank und die Rheinland-Pfalz Bank in den dortigen Märkten das gehobene Privatkundengeschäft mit lokaler Präsenz betreiben.

Zum anderen legt die LBBW bei privaten Kunden einen zweiten Schwerpunkt auf das klassische Retailgeschäft. Innerhalb des Stadtgebiets Stuttgart übernimmt die BW-Bank dabei die Rolle einer Sparkasse, die ihren Kunden die komplette Bank- und Finanzdienstleistungspalette bietet. Aus dieser Sparkassenfunktion heraus ergibt sich ein erheblicher Anteil des Retailgeschäfts der LBBW.

Im Geschäftsfeld Sparkassen fungiert die LBBW als Zentralbank für die Sparkassen in den Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie Sachsen.

Das Engagement der LBBW im Rahmen ihrer Sparkassenzentralbankfunktion untergliedert sich dabei in drei wesentliche Arten der Zusammenarbeit: Die Bank betreut Eigengeschäfte der Sparkassen für alle Produktkategorien zur Absicherung und Anlage der Sparkasse selbst. Im Marktpartnergeschäft werden neben Metakrediten auch Produkte der LBBW zum Weitervertrieb an die Endkunden der Sparkassen im Retailgeschäft angeboten. Schließlich werden Abwicklungsgeschäfte im Dienst-

leistungsgeschäft, wie beispielsweise Wertpapierabwicklung oder Auslandszahlungsverkehr, erbracht. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen ist ein wesentliches Element im Geschäftsmodell der LBBW und bildet dadurch einen integralen Bestandteil der Aufgabenteilung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe. Die LBBW ist bestrebt, die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter zu vertiefen und auszubauen.

Das Geschäftsfeld Financial Markets fokussiert sich auf das kundeninduzierte Geschäft und beinhaltet drei Gruppen von Aktivitäten. Für alle Kunden strukturiert, vertreibt und handelt die Bank mit Aktien-, Kredit-, Zins-, Geldmarkt-, Währungs- und Rohstoffprodukten. Des Weiteren werden die Beratung, Strukturierung und Platzierung in Eigen- und Fremdkapitalfinanzierungen angeboten. Insbesondere soll den Kernkunden der LBBW dadurch der Zugang zu Kapital- und Kreditmärkten ermöglicht werden. Der nicht kundengetriebene Eigenhandel wurde stark reduziert.

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung beinhaltet eine breite Palette objekt-, portfolio- und unternehmensbezogener Finanzierungsstrukturen sowie eine Reihe ergänzender Produkte und Dienstleistungen für Immobiliengesellschaften sowie private und institutionelle Investoren. Dabei soll der Großteil des Geschäfts in Deutschland stattfinden, während die Auslandstätigkeiten des Geschäftsfelds auf die Vereinigten Staaten (USA) und Großbritannien beschränkt sein werden. Außerhalb der definierten Kernmärkte Deutschland, USA und Großbritannien sowie außerhalb der definierten Objektkategorien wird das Immobilienfinanzierungsgeschäft in den kommenden Jahren deutlich reduziert.

Neben den fünf Säulen der Geschäftsfeldstrategie wurde das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz innerhalb des Credit Investment-Portfolios gebündelt. Hierzu gehören insbesondere Bonds, Kreditderivate, Verbriefungen und strukturierte Produkte. Am 1. Dezember 2009 errichtete die LBBW einen neuen Bereich, der speziell für das Management des Credit Investment-Portfolios verantwortlich zeichnet. Im Zuge der Restrukturierung der LBBW wird das Portfolio im Laufe der nächsten Jahre vollständig abgebaut.

# Gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

## Weltwirtschaft.

Eine kraftvolle Erholung kennzeichnete die Weltwirtschaft des Jahres 2010 nach dem Krisenjahr 2009. Angesichts der noch 2010 wirksamen Hilfspakete der Geld- und Fiskalpolitik war zwar mit einer Verbesserung der Lage gerechnet worden, dass aber die Konjunktur ihren Schwung praktisch das ganze Jahr über behielt, ließ sich so kaum vorhersehen. Um 5,0% dürfte das Bruttoinlandsprodukt der Weltwirtschaft zugelegt haben, wenn die endgültige Bilanz für 2010 gezogen wird. Im Jahr 2009 war noch ein Rückgang um 0,6% zu verzeichnen gewesen. Eindrucksvoll verlief der Aufschwung vor allem in China, dessen Wirtschaftsleistung 2010 um 10,3% zugelegt hat. Damit hat das Reich der Mitte Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt überholt.

Die größte Volkswirtschaft auf dem Globus sind indes nach wie vor die USA. Dort freilich sind die Spätfolgen der Immobilienmarktkrise weiterhin gravierend. Zwar hat das Bruttoinlandsprodukt 2010 um 2,9% zum Vorjahr zugelegt. Aber das Wachstum hat nicht ausgereicht, um die Lage am Arbeitsmarkt spürbar zu verbessern. Im Dezember 2010 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 9,4%. Ende 2009 lag sie mit 9,9% nur geringfügig höher. Auch am Immobilienmarkt selbst ist bislang keine Erholung zu verzeichnen. Der landesweite Case-Shiller-Hauspreisindex lag per Ende des dritten Quartals 2010 saisonal bereinigt mit 133,22 Punkten nur wenig über dem Tief des ersten Quartals 2009 (131,39 Punkte).

Im Euroraum war eine gespaltene Konjunktorentwicklung zu beobachten. Während der Kern der Staaten, die sich geographisch um Deutschland gruppieren, überwiegend auf ein insgesamt gutes Jahr 2010 zurückblicken kann, blieben die Staaten an der Euro-Peripherie – die Mittelmeer-Anrainer sowie Irland – mehrheitlich am Rande oder in der Rezession. Grund hierfür waren hohe Realzinsen sowie die Steuererhöhungen und Sparprogramme der öffentlichen Hand, welche die Gesamtnachfrage zusätzlich belastet haben. Obwohl Griechenland das Haushaltsdefizit im Jahr 2010, wie bei der Verabschiedung des von EU und IWF initiierten Rettungspaketes in Höhe von 110 Mrd. EUR vereinbart, um 37% reduziert hat, stiegen die Risikoaufschläge für griechische Staatstitel und damit die Realzinsen im Jahresverlauf 2010 weiter an. Am Jahresende 2010 stehen Griechenland und die anderen Peripherie-Staaten der Eurozone vor dem Problem, dass einerseits die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden müssen. Andererseits verhindern die hohen Realzinsen jedoch eine konjunkturelle Erholung, die ihrerseits die Voraussetzung für wieder steigende Steuereinnahmen wäre. Dies wiederum nährt die Zweifel an der Bonität der staatlichen Schuldner und entsprechend verharren die Risikoaufschläge und Realzinsen auf einem für diese Länder dauerhaft nicht tragbaren Niveau. Auch nach dem EU-Gipfel im Dezember 2010 zeichnete sich noch kein Ausweg aus diesem Dilemma ab.



## Deutschland.

Deutschland fand sich 2010 auf der Sonnenseite der Konjunktur wieder. Vor allem ein kräftiger Zuwachs des Außenhandels sorgte für ein deutliches Plus. Um 3,6 % hat das Bruttoinlandsprodukt 2010 nach einer ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes zugelegt. Damit ist der massive Einbruch, der mit Beginn der Rezession im zweiten Quartal 2008 einsetzte und bis zum ersten Quartal 2009 andauerte, inzwischen zu rund drei Vierteln wieder aufgeholt worden. Weitere Wachstumsstützen neben den Exporten (+14,2 %) waren insbesondere die Investitionen, die 2010 um 10,7 % zulegten, und der Staatsverbrauch, der um 2,2 % anstieg. Besonders beachtlich war zudem die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Dezember 2010 mit 40,79 Mio. um rund 430 000 über dem Vorjahresmonat. Wenig Sorgen bereitete im abgelaufenen Jahr die Inflation. Mit 1,1 % blieb der Preisauftrieb auf der Konsumentenebene im Jahresdurchschnitt gering. Zum Jahresende hin stieg die Inflationsrate indes auf 1,7 % und erreichte damit den höchsten Wert seit Oktober 2008.

## Notenbankpolitik.

Die großen Notenbanken haben 2010 ihre Niedrigzinspolitik fortgesetzt. Die US-Notenbank beließ ihren Leitzins das ganze Jahr durchgehend bei 0 % bis 0,25 %, die EZB hielt ihren Hauptrefinanzierungszins von 1 % ebenfalls konstant, dasselbe war von den Notenbanken Großbritanniens (0,5 %) und Japans (0 % bis 0,1 %) zu vermelden.

Zudem stellte sich die Geldpolitik in den Dienst der Finanzmarktstabilisierung. Um dem Geschäftsbankensektor genügend Liquidität zur Verfügung zu stellen, verlängerte die EZB die Vollzuteilung der Tendergeschäfte des Eurosystems mit den Geschäftsbanken zunächst bis (mindestens) zum 12. April 2011. Da sich die Lage am Interbankenmarkt im Euroraum bereits weitgehend normalisiert hatte, was daran abzulesen ist, dass der 3-Monats-Euribor-Satz zum Jahresende mit 1,01 % wieder knapp über dem Hauptrefinanzierungssatz der EZB lag, dürfte die Entscheidung der EZB eine Maßnahme zugunsten der Banken aus den bonitätsschwächeren Staaten des Euroraums gewesen sein, denen der direkte Zugang zum Interbankenmarkt des Euroraums erschwert ist.

Darüber hinaus fassten die Notenbanken in den USA und im Euroraum den Beschluss, (weitere) Staatsanleihen am Sekundärmarkt zu erwerben. Der Ankauf von Schuldtiteln des US-Schatzamtes durch die US-Notenbank im Umfang von 600 Mrd. USD, verteilt über mehrere Monate bis Juni 2011, diente dabei dem erklärten Ziel, die wirtschaftliche Erholung zu fördern und so die Politik der »quantitativen Lockerung« fortzusetzen. Dem Entschluss der EZB, Anleihen von Mitgliedstaaten der Euro-Währungsunion zu erwerben, lag das Bestreben zugrunde, die Funktionsfähigkeit gestörter Marktsegmente zu sichern, um die angemessene Transmission der Geldpolitik der EZB wiederherzustellen. Der bis Jahresende getätigte Gesamtumfang der Anleihekäufe der EZB lag dabei mit rund 74 Mrd. EUR deutlich unter dem Volumen der Staatsanleihekäufe in den USA: Per 29. Dezember 2010 hielt das Notenbanksystem in den USA insgesamt Staatsanleihen und Schatzwechsel des US-Schatzamtes im Umfang von 1 016 Mrd. USD.

## Rentenmarkt.

Der Rentenmarkt war das gesamte Jahr 2010 über von heftigen Turbulenzen geprägt. Kurz nach Jahresbeginn führten Zweifel an der Zahlungsfähigkeit Griechenlands zu einem massiven Anstieg der Risikoaufschläge der Staatsanleihen des Landes. Griechische Staatsanleihen erreichten ab Ende April zweistellige Renditen. In diesem Umfeld stiegen auch die Kreditausfallprämien anderer Mitgliedstaaten des Euroraums deutlich an. Vor allem die Anleihen Portugals, Irlands und Spaniens gerieten unter starken Verkaufsdruck. Um ein Auseinanderbrechen der Europäischen Währungsunion zu verhindern, beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU unter Beihilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) in dieser Lage Ende April zunächst ein Hilfspaket für Griechenland im Umfang von 110 Mrd. EUR, dem Anfang Mai für die übrigen Staaten der EWU ein aus mehreren Teilen bestehendes Rettungspaket im Gesamtumfang von 750 Mrd. EUR (440 Mrd. EUR in der European Financial Stability Facility, 60 Mrd. EUR im European Financial Stability Mechanism und bis zu 250 Mrd. EUR vom IWF) folgte. Irland war der einzige Staat des Euro-Raums, der bis zum Jahresende 2010 Hilfe beantragt und erhalten hat (85 Mrd. EUR).

Die Turbulenzen am Rentenmarkt haben sich dessen ungeachtet auch gegen Jahresende nicht gelegt. Die Zinsaufschläge von Staatsanleihen der bonitätsschwächeren Peripheriestaaten gegenüber Bundesanleihen gleicher Restlaufzeit betragen ca. 1 160 Basispunkte im Falle Griechenlands, ca. 260 Basispunkte für Spanien, ca. 380 Basispunkte für Portugal und ca. 530 Basispunkte für Irland. Die Spreadentwicklung von unbesicherten Bankschuldverschreibungen vollzog sich dazu nahezu im Gleichschritt, da die Banken weiterhin in besonderem Maße von den Risikoaufschlägen für die Staaten der Peripherie betroffen sind. Beschleunigt wurde die Spreadausweitung gegen Ende Oktober von deutsch-französischen Plänen, künftig auch private Gläubiger an der Sanierung der Finanzen der Peripheriestaaten durch eine Schuldenrestrukturierung zu beteiligen. Bundesanleihen profitierten in der ersten Phase dieser Krise, bis zum August 2010, massiv von der Angst vor einem Zahlungsausfall Griechenlands und wurden als sicherer Hafen gesucht. Dies führte dazu, dass die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf das historische Tief von 2,09% sank. Für das restliche Jahr war indes ein starker Renditeanstieg zu verzeichnen, der die 10-jährigen Bundesanleihen bis auf über 3% emporschnellen ließ. Unter den Investoren wuchs die Sorge, die Kosten für die Unterstützung der Peripheriestaaten würden am Ende auch die deutschen Staatsfinanzen erheblich belasten. Der Beschluss der EU-Staaten vom 16. und 17. Dezember 2010 anlässlich des Gipfels in Brüssel, den zunächst bis Mitte 2013 befristeten Rettungsschirm zu entfristen, aber zugleich kein Maximalvolumen festzulegen, vermochte die Märkte indes nicht wesentlich zu beruhigen. Die Gesamtlage am Rentenmarkt hat sich seither nicht verändert.

## Devisenmarkt.

Der Devisenmarkt stand 2010 ebenfalls im Banne der Staatsschuldenkrise im Euroraum. Allgemein verlor der Euro an Wert. Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar sank von 1,45 USD je Euro zu Jahresbeginn auf unter 1,20 USD je Euro im Juni. In der zweiten Jahreshälfte erholte sich der Euro, zum Jahresschluss wurde ein Kurs von 1,34 USD je Euro verzeichnet. Profiteure der Euroschwäche waren unter den Hauptwährungen der japanische Yen, der sich zum Euro von 134 Yen je Euro auf 108 Yen je Euro verteuerte, und vor allem der Schweizer Franken. Mussten für einen Euro zu Jahresbeginn noch 1,49 Schweizer Franken gezahlt werden, lag der Wechselkurs am Jahresende bei 1,25 – ein Rekordwert für den Schweizer Franken.

## Aktienmarkt.

An den Aktienmärkten dürfte zum Jahresausklang bei deutschen Anlegern Zufriedenheit das dominierende Gefühl gewesen sein. Der Leitindex für deutsche Standardwerte, der DAX, ist ungeachtet gelegentlicher Rückschläge im Umfeld der Euro-Schuldenkrise von 5 957 auf 6 914 Punkte gestiegen. Auch die Nebenwerte beeindruckten. Der MDAX der mittelgroßen Unternehmen stieg von 7 500 auf über 10 000 Indexpunkte. Deutlich schlechter schnitt der Eurostoxx 50 ab, in dem die großen Unternehmen des Euroraums versammelt sind. Er beendete das Jahr 2010 mit 2 793 Indexpunkten unter seinem Vorjahresschluss von 2 964 Punkten. In dieser Diskrepanz spiegeln sich die Sonderkonjunktur in Deutschland und die schwierige Lage in den Peripherieländern des Euroraums wider. In den USA konnten die bekannten Aktienindizes auf breiter Front zulegen, der Anstieg wurde nur gelegentlich von Rücksetzern unterbrochen. Der Dow Jones Industrial stieg von 10 428 auf 11 577, der S&P 500 von 1 115 auf 1 257 und der Nasdaq Composite von 2 269 auf 2 652. Neben dem Niedrigzinsumfeld, das Investoren auf Renditesuche in Aktien trieb, dürfte sich hier vor allem die quantitative Lockerung der US-Notenbank mit ihrer massiven Liquiditätszufuhr bemerkbar gemacht haben.

# Entwicklung der Kreditwirtschaft.

Die konjunkturelle Erholung, die sich insbesondere in der Kreditrisikoversorge im Inland entlastend auswirkte, und die vor dem Hintergrund der unterstützenden Geldpolitik günstigen Refinanzierungsbedingungen verliehen der deutschen Kreditwirtschaft 2010 Rückenwind und wirkten sich positiv auf die Ertragslage aus. Ein insgesamt stabiles operatives Geschäft kennzeichnete die Lage der Branche.

Belastungen für die Institute resultierten vor allem aus der europäischen Schuldenkrise. Die damit verbundenen Anspannungen auf den Finanzmärkten schlugen sich in erster Linie in den Handelsergebnissen der Banken nieder, die durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet waren.

Insgesamt hat sich die Situation in der Branche vor diesem Hintergrund im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr stabilisiert, bleibt jedoch weiterhin von einer gewissen Unsicherheit geprägt.

Ein wichtiges Thema für die Institute waren 2010 weiter die bevorstehenden Veränderungen im regulatorischen Umfeld, wie die Einführung von Basel III, die Bankenabgabe in Deutschland und die geplante Reform der europäischen Einlagensicherung.

# Wichtige Ereignisse im Geschäftsjahr.

## Neufassung von Landesbankgesetz und Satzung.

Im Rahmen der Neuausrichtung der LBBW ist die Umwandlung von einer Anstalt des öffentlichen Rechts in eine Aktiengesellschaft nach deutschem oder europäischem Recht (AG/SE) bis Ende 2013 vorgesehen.

Zur Vorbereitung des Rechtsformwechsels wurden im Sommer 2010 die rechtlichen Grundlagen der LBBW – das Gesetz über die Landesbank Baden-Württemberg und die Satzung der LBBW – geändert. Kern der Reform ist eine neue Gremienstruktur, die so weit wie möglich an die einer Kapitalgesellschaft angeglichen wurde. Im Rahmen der Änderung wurden die bisherigen Aufsichtsorgane der LBBW neu strukturiert und die Funktionen der neuen satzungsmäßigen Organe wie Hauptversammlung, Aufsichtsrat und Vorstand entsprechend definiert, um eine klarere Aufgabenverteilung und mehr Transparenz zu erreichen.

Die Befugnisse der Hauptversammlung wurden – in Einklang mit der Entscheidung der EU-Kommission – auf die spezifischen Aufgaben einer Hauptversammlung nach dem Aktienrecht, insbesondere Informationsrechte, Beschlussfassung über die Gewinnverwendung, Entlastung der Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder sowie Beschlussfassung über die Satzungen der Landesbank und deren Änderungen, beschränkt. Weitere Veränderungen in Gesetz und Satzung sollen gewährleisten, dass die LBBW zukünftig ausschließlich nach wirtschaftlichen Kriterien geführt wird.

Während der bisherige Verwaltungsrat 30 Mitglieder sowie deren Stellvertreter umfasste, besteht der Aufsichtsrat nunmehr aus 21 Personen. Die Hälfte der den Anteilseignern zustehenden 14 Sitze wurde mit Mitgliedern außerhalb der Sphäre der Eigentümer besetzt. Während der Restrukturierungsphase bis Ende 2013 muss der Aufsichtsratsvorsitz zudem mit einem der unabhängigen Mitglieder besetzt werden. Herr Hans Wagener, als früherer Vorstandssprecher der PricewaterhouseCoopers AG (PwC) ein ausgewiesener Experte, übernahm den Aufsichtsratsvorsitz.

Die weiteren sieben Mitglieder des Aufsichtsrats werden als Vertreter der Beschäftigten von den Beschäftigten gewählt und von der Hauptversammlung durch Wahl bestätigt. Diejenigen Beschäftigtenvertreter im bisherigen Verwaltungsrat, die in der letzten Wahl am 19. Oktober 2009 die sieben ersten Plätze erreicht haben, vertreten die Beschäftigten in der ersten Amtsperiode des neuen Aufsichtsrats.

Anders als bisher werden die Funktionen der Beaufsichtigung und Überwachung des Vorstands ausschließlich im Aufsichtsrat gebündelt. Hierzu zählen auch die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands sowie die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands.

Mit der konstituierenden Sitzung des Aufsichtsrats am 8. November 2010 traten die Hauptversammlung an die Stelle der Trägerversammlung und der Aufsichtsrat und die von ihm gebildeten Ausschüsse an die Stelle des Verwaltungsrats und dessen Ausschüsse. Trotz der Änderung ihrer Organstruktur bleibt die LBBW bis zu ihrer Umwandlung in eine Kapitalgesellschaft eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

# Die Geschäftsentwicklung der Landesbank Baden-Württemberg.

## Bericht zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage (HGB).

Die unterschiedliche Entwicklung der Kreditwirtschaft und der Finanzmärkte sowie die daraus resultierenden Spannungen beeinflussten die wirtschaftliche Entwicklung der LBBW im abgelaufenen Geschäftsjahr in besonderem Maße. Hierbei wirkte vor allem die kraftvolle konjunkturelle Erholung Deutschlands beflügelnd auf die operative Geschäftstätigkeit. Insbesondere das Geschäft mit Unternehmenskunden innerhalb der Kernmärkte der Bank verlief sehr erfreulich. Einerseits konnte das Zinsergebnis durch Margenausweitungen vor allem im Unternehmenskundengeschäft gesteigert werden, andererseits sorgte die wirtschaftliche Erholung für eine rückläufige Risikovorsorge. Gegenläufig wirkten vor allem die Verwerfungen auf dem Renten- und Devisenmarkt. Determiniert durch eine nach wie vor angespannte Marktsituation, hervorgerufen durch die sogenannte Schuldenkrise der Staaten an der Euro-Peripherie, ließen sich negative Ergebniseffekte im Handelsergebnis nicht ausgleichen. Daneben sorgten die konsequente Verfolgung und Umsetzung der mit der EU vereinbarten Restrukturierungsmaßnahmen für besondere Rahmenbedingungen. Dabei zeigten sich im Verwaltungsaufwand erste Erfolge, und die von der Restrukturierung betroffenen Geschäftsaktivitäten konnten bereits nachhaltig reduziert werden. Insgesamt zeigte die LBBW mit einem positiven Jahresüberschuss, basierend auf dem soliden, neu ausgerichteten Geschäftsmodell, dass sie auch in diesem durchweg anspruchsvollen Marktumfeld in der Lage war, operativ Kurs zu halten.

Des Weiteren sorgten die Vorgaben des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG), welche erstmalig für Geschäftsjahre beginnend ab dem 1. Januar 2010 verpflichtend anzuwenden waren, für deutliche Veränderungen innerhalb der Darstellung der Ergebnis- und Bilanzpositionen der Bank. Die Auswirkungen durch die Vorgaben des BilMoG führten im Bilanzformblatt zu Anpassungen in einzelnen Positionen. Die LBBW passte den Übergangsvorschriften des BilMoG entsprechend die Vorjahresvergleichszahlen im Anhang und in der Gewinn- und Verlustrechnung nicht an. Die Vermögens- und Finanzlage wurde maßgeblich durch den separaten Ausweis der Handelsaktivitäten inklusive der zusätzlich bilanzseitig abzubildenden Derivate des Handelsbestands beeinflusst. In der Handelsbilanz waren gemäß den alten HGB-Anforderungen sämtliche Handelsbestände der Bank auf einzelne Bilanzposten verteilt. Im Zusammenhang mit den Anforderungen des BilMoG wurden alle Bestände, welche in Handelsabsicht gehalten wurden, in die Handelsaktiva bzw. -passiva umgegliedert. Die auf diese Weise vorzunehmende Anpassung sorgte zum 1. Januar 2010 im Rahmen der Verschiebung für einen Aktivtausch in Höhe von rund 38 Mrd. EUR und einen Passivtausch von rund 6 Mrd. EUR. Daneben waren erstmalig die positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten des Handelsbestands zu zeigen. Die Bilanzierung der derivativen Geschäfte führte zu einer Bilanzverlängerung von rund 23 Mrd. EUR.

Aus den Anpassungen entstanden aufgrund von Ausweis- und Bewertungsunterschieden Auswirkungen auf die Ertragslage. Ausweisveränderungen zeigten sich dabei im Zinsüberschuss. Hier waren positive Zinszahlungen aus Zinsderivaten enthalten, welche im Vorjahr als Bestandteil des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften und des Provisionsergebnisses gezeigt wurden. Daneben wirkten Belastungen aus dem Zinsaufwand im Zusammenhang mit der Umstellung der Bilanzierung von Pensionsrückstellungen. Im außerordentlichen Ergebnis zeigte sich zum Umstellungszeitpunkt zusätzlich ein kumulierter Ergebniseffekt in Höhe von – 118 Mio. EUR. Dieser war im Wesentlichen auf die zu berücksichtigenden Rahmenbedingungen bei der Bildung von Pensionsrückstellungen sowie auf die Umstellung der Bewertung von Sicherungsbeziehungen zurückzuführen.

## Ertragslage.

	1.1.2010 – 31.12.2010	1.1.2009 – 31.12.2009	Veränderung 2009/2010	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Zinsüberschuss	2 361	2 172	189	8,7
2. Provisionsüberschuss	256	437	- 181	- 41,4
Provisionsergebnis ohne Garantieprovision	553	594	- 41	- 6,8
Garantieprovision Land Baden-Württemberg	- 297	- 156	- 141	90,4
3. Nettoertrag des Handelsbestands	15	313	- 298	- 95,2
4. Verwaltungsaufwendungen	- 1 350	- 1 545	195	- 12,6
5. Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen	17	- 18	35	-
<b>6. Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/ Bewertungsergebnis</b>	<b>1 299</b>	<b>1 359</b>	<b>- 60</b>	<b>- 4,4</b>
7. Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis	- 822	- 3 037	2 215	- 72,9
<b>8. Betriebsergebnis (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit)</b>	<b>477</b>	<b>- 1 678</b>	<b>2 155</b>	<b>-</b>
9. Außerordentliche Erträge/Aufwendungen	- 160	- 470	310	- 66,0
<b>10. Jahresergebnis vor Steuern</b>	<b>317</b>	<b>- 2 148</b>	<b>2 465</b>	<b>-</b>
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 33	- 40	7	- 17,5
<b>12. Jahresergebnis nach Steuern</b>	<b>284</b>	<b>- 2 188</b>	<b>2 472</b>	<b>-</b>



## Jahresergebnis in weiterhin anspruchsvollem Umfeld positiv.

Neben Effekten aus der Erstanwendung konnte der **Zinsüberschuss** im Vergleich zum Vorjahr um 189 Mio. EUR bzw. 9% auf 2 361 Mio. EUR erhöht werden. Hierbei wirkten die soliden Erträge aus Margenausweitungen innerhalb des Unternehmenskundengeschäfts, eine nach wie vor spürbare Entlastung bei den Zinsaufwendungen für die Liquiditätsbeschaffung, Entschädigungen aus der vorzeitigen Ablösung von Darlehen und Krediten sowie den im Zins auszuweisenden Beteiligungserträgen positiv.

Der **Provisionsüberschuss** reduzierte sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um – 41 % bzw. – 181 Mio. EUR auf 256 Mio. EUR. Dabei wirkten unter anderem Einmaleffekte aus dem Vorjahr, denen in der aktuellen Berichtsperiode keine ähnlichen Posten gegenüberstanden, vermindern. Daneben sorgte die Garantieprovision für den Risikoschirm (– 297 Mio. EUR) für eine signifikante Belastung des Provisionsergebnisses. Diese war in diesem Jahr erstmalig für das gesamte Geschäftsjahr auszuweisen.

Der **Nettoertrag des Handelsbestands** erreichte im abgelaufenen Berichtsjahr 15 Mio. EUR und lag damit um – 298 Mio. EUR unter dem Vorjahreswert. Die Verringerung ist maßgeblich auf den Handel mit sonstigen Marktpreisrisiken sowie den veränderten Ausweis der Ergebnisse aus dem Zinshandel zurückzuführen. Teilweise kompensatorisch wirkten dagegen die Veränderungen des Kredit- und Devisenhandels.

Im **Verwaltungsaufwand** zeigten sich zum Ende der abgelaufenen Berichtsperiode erste Erfolge aus den Maßnahmen im Zusammenhang mit dem eingeschlagenen Restrukturierungsprozess. Im Vergleich zum Vorjahr konnten sowohl die Personal- (+ 110 Mio. EUR) und die anderen Verwaltungsaufwendungen (+ 73 Mio. EUR) als auch die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen (+ 12 Mio. EUR) verringert werden. Teilweise wirkten dabei BilMoG-induzierte Umgliederungen zugunsten des Personalaufwands. Insgesamt reduzierte sich der Verwaltungsaufwand um 13% bzw. – 195 Mio. EUR auf 1 350 Mio. EUR.

Das **sonstige betriebliche Ergebnis** fiel mit einem Saldo von 17 Mio. EUR, welcher auf Erlöse vor allem aus dem Verkauf von Beteiligungen zurückzuführen war, deutlich positiv aus. Im Vergleich zum Vorjahreswert entspricht der Ausweis einer Steigerung von 35 Mio. EUR.

Die LBBW wies ein **Betriebsergebnis vor Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** in Höhe von 1 299 Mio. EUR aus. In Summe liegen die Zahlen des Berichtszeitraums damit um – 60 Mio. EUR bzw. – 4% hinter dem Vorjahreswert zurück. Dies lag im Wesentlichen an dem im Zusammenhang mit dem Risikoschirm auszuweisenden Provisionsaufwand. Die aus dem Risikoschirm vermiedenen Abschreibungen beliefen sich im Berichtsjahr auf insgesamt 45 Mio. EUR. Eine Zahlungsverpflichtung für das Land Baden-Württemberg bestand per 31. Dezember 2010 nicht.

## Konjunkturelle Erholung spiegelt sich im Ergebnis.

Das **Risikovorsorge-/Bewertungsergebnis** verbesserte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich um 2 215 Mio. EUR bzw. 73% auf – 822 Mio. EUR. Entlastet wurde vor allem die Kreditrisikovorsorge. Das konjunkturelle Wachstum und die daraus resultierende Erholung der Realwirtschaft wirkten in besonderem Maße stützend. Belastungen traten dabei im Zusammenhang mit dem Bewertungsergebnis für Wertpapiere/Derivate auf. Die von den Auswirkungen der europäischen Schuldenkrise verunsicherten Finanzmärkte sorgten insbesondere für eine Ausweitung der Risikoaufschläge für Staatspapiere der Staaten der Euro-Peripherie und im Vorjahresvergleich für eine Belastung des Euro auf dem Devisenmarkt. Diese Umstände, gepaart mit einer andauernden Marktvolatilität, führten unter anderem zu negativen Bewertungseffekten bei den Wertpapieren der Liquiditätsreserve und den Derivaten des Anlagevermögens (– 364 Mio. EUR).

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft verbesserte sich im Vorjahresvergleich signifikant um 1 383 Mio. EUR auf – 360 Mio. EUR. Maßgeblich für diese Entwicklung sind der konjunkturelle Aufschwung und damit eine deutliche Entspannung der Risikolage bei den Unternehmenskunden der Bank. Dies sorgte durch Auflösungen von gebildeten Wertberichtigungen für eine positive Entwicklung. Dagegen erwies sich die Immobilienbranche im angelsächsischen Wirtschaftsraum als der Haupttreiber für die Risikokosten im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010.

Auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen waren im Berichtszeitraum deutlich geringere Abschreibungen vorzunehmen (– 27 Mio. EUR). Insbesondere im Hinblick auf das Vorjahr und die vergleichsweise deutlichen Wertkorrekturen trugen 2010 die wirtschaftliche Entwicklung sowie die daraus folgende, prosperierende Unternehmensentwicklung zu einer Stabilisierung des Beteiligungsportfolios bei. Gleichwohl ließen sich zum Jahresende Verlustübernahmen aus verschiedenen Tochterunternehmen nicht vermeiden.

Das **Betriebsergebnis nach Risikovorsorge und Bewertungsergebnis** lag im Berichtsjahr mit 477 Mio. EUR deutlich über dem Wert des Vorjahres von – 1 678 Mio. EUR.

Das **außerordentliche Ergebnis** war im Wesentlichen durch den Ausweis der Erstanwendungseffekte aus der erstmalig verpflichtenden Anwendung des BilMoG sowie der weiteren Bildung von Restrukturierungsrückstellungen im Zusammenhang mit dem bei der EU eingereichten Restrukturierungsplan geprägt. Im Vorjahresvergleich zeigte sich eine Verbesserung um 310 Mio. EUR auf – 160 Mio. EUR.

## Restrukturierung hinterlässt erste positive Spuren im Jahresergebnis.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2010 war in besonderem Maße durch die weiterhin solide Ertragsentwicklung im operativen Geschäft, die Schwankungen der Finanzmärkte sowie die Auswirkungen der eingeläuteten Restrukturierung geprägt. Sowohl die Erholung der Realwirtschaft, die daraus resultierende Entlastung der Kreditrisikovorsorge und der reduzierte Verwaltungsaufwand als auch die Provisionszahlungen im Zusammenhang mit dem Risikoschirm bilden die Eckpfeiler des Jahresergebnisses. Zum Ende des Berichtsjahrs 2010 betrug das **Jahresergebnis nach Steuern** 284 Mio. EUR und lag damit um 2 472 Mio. EUR deutlich über dem Vorjahresverlust von – 2 188 Mio. EUR.

Zum Ende des Jahres 2010 erfolgte – aufgrund des positiven Ergebnisses – eine anteilige Auffüllung der durch den Verlust des letzten Jahres reduzierten stillen Einlagen und Genussrechte.

## Vermögens- und Finanzlage.

Aktiva	31.12.2010	31.12.2009 angepasst <sup>1)</sup>	31.12.2009	Veränderung 2009/2010 <sup>2)</sup>	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Barreserve	204	1 790	1 790	- 1 586	- 88,6
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralbanken zugelassen sind	163	41	41	122	> 100,0
3. Forderungen an Kreditinstitute	66 912	89 910	101 078	- 22 998	- 25,6
4. Forderungen an Kunden	135 833	156 463	158 133	- 20 630	- 13,2
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	74 484	87 078	119 332	- 12 594	- 14,5
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	856	1 226	1 840	- 370	- 30,2
7. Handelsaktiva	93 007	72 455	0	20 552	28,4
8. Beteiligungen	1 628	1 663	1 663	- 35	- 2,1
9. Anteile an verbundenen Unternehmen	3 176	3 885	3 885	- 709	- 18,2
10. Treuhandvermögen	993	666	666	327	49,1
11. Immaterielle Anlagewerte	74	73	73	1	1,4
12. Sachanlagen	453	483	483	- 30	- 6,2
13. Sonstige Vermögensgegenstände	1 262	1 392	5 310	- 130	- 9,3
14. Rechnungsabgrenzungsposten	2 706	1 436	1 783	1 270	88,4
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>381 750</b>	<b>418 561</b>	<b>396 078</b>	<b>- 36 811</b>	<b>- 8,8</b>

1) Die Spalte enthält Vorjahreszahlen, welche gemäß den geänderten Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) umgegliedert wurden.

2) Die Veränderungen beziehen sich auf die angepassten Zahlen per 31. Dezember 2009.

Passiva	31.12.2010	31.12.2009 angepasst <sup>1)</sup>	31.12.2009	Veränderung 2009/2010 <sup>2)</sup>	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78 947	124 281	132 743	-45 334	-36,5
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	99 676	114 650	115 368	-14 974	-13,1
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	91 761	113 825	116 238	-22 064	-19,4
4. Handelspassiva	82 441	37 936	0	44 505	> 100,0
5. Treuhandverbindlichkeiten	993	666	666	327	49,1
6. Sonstige Verbindlichkeiten	747	1 587	5 075	-840	-52,9
7. Rechnungsabgrenzungsposten	2 251	829	1 180	1 422	> 100,0
8. Rückstellungen	2 406	2 357	2 377	49	2,1
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 301	5 308	5 308	-7	-0,1
10. Genussrechtskapital	1 510	1 577	1 577	-67	-4,2
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	483	480	480	3	0,6
12. Eigenkapital	15 234	15 065	15 065	169	1,1
<b>Summe der Passiva</b>	<b>381 750</b>	<b>418 561</b>	<b>396 078</b>	<b>-36 811</b>	<b>-8,8</b>
13. Eventualverbindlichkeiten	30 055	37 118	37 118	-7 063	-19,0
14. Andere Verpflichtungen	22 012	27 655	27 655	-5 643	-20,4
<b>Geschäftsvolumen<sup>3)</sup></b>	<b>433 817</b>	<b>483 334</b>	<b>460 851</b>	<b>-49 517</b>	<b>-10,2</b>

1) Die Spalte enthält Vorjahreszahlen, welche gemäß den geänderten Vorschriften des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) umgegliedert wurden.

2) Die Veränderungen beziehen sich auf die angepassten Zahlen per 31. Dezember 2009.

3) Das Geschäftsvolumen umfasst neben der Bilanzsumme die außerbilanziell geführten Eventualverbindlichkeiten sowie andere Verpflichtungen.

## Geschäftsvolumen.

Im Rahmen der EU-Restrukturierung wurde vereinbart, das Bilanzvolumen des Konzerns sukzessive zu verringern. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte diese Vorgabe auch in der Bank zielkonform umgesetzt werden: Das Geschäftsvolumen der LBBW reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr – auf Basis der angepassten Zahlen – um -49,5 Mrd. EUR bzw. -10% auf 433,8 Mrd. EUR. Durch die Vorgaben des BilMoG waren in der Bilanz erstmalig Geschäfte im Zusammenhang mit Handelsaktivitäten separat auszuweisen. Diese Veränderungen führten zu einer Bilanzverlängerung und zu Verschiebungen zwischen einzelnen Bilanzposten. Insgesamt verzeichnete die LBBW einen Rückgang der Bilanzsumme um -36,8 Mrd. EUR und der außerbilanziellen Geschäfte um -12,7 Mrd. EUR.

Die Verringerung war dabei neben einem Rückgang des Interbankengeschäfts innerhalb der Bilanz auch auf die aktive Bestandsreduzierung im Zusammenhang mit Credit Default Swaps, bei welchen die LBBW als Sicherungsgeber auftritt, innerhalb der Eventualverbindlichkeiten zurückzuführen.

Zum Jahresende lag das Nominalvolumen der Derivate mit 2 317 Mrd. EUR um 2% über dem Wert des Vorjahres (2 265 Mrd. EUR). Dabei entfielen vom gesamten Derivatevolumen 93% auf Handelsbestände. Die Handelsgeschäfte beinhalteten weitgehend geschlossene Positionen aus gegenläufigen Derivaten. Die offenen Positionen der Handelsgeschäfte bewegten sich im Rahmen der vorgegebenen Risikolimites.

## Aktivgeschäft.

Im Kreditvolumen, bestehend aus den Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sowie dem außerbilanziellen Geschäft, zeigten sich teilweise deutliche Veränderungen. Aufgrund höherer Volumina im Handelsbestand – welche mit dem BilMoG-induzierten, ab 1. Januar 2010 verändert auszuweisenden Neugeschäft der Geldmarktpapiere zurückzuführen waren – und im Zusammenhang mit einem rückläufigen Interbankengeschäft reduzierte sich das Kreditvolumen um – 56,3 Mrd. EUR bzw. rund – 18% auf 254,8 Mrd. EUR.

Die Forderungen an Kreditinstitute reduzierten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um – 26% bzw. – 23,0 Mrd. EUR auf 66,9 Mrd. EUR. Der Rückgang ergab sich im Wesentlichen aus einer Verminderung der Bestände aus Schuldscheindarlehen (– 7,2 Mrd. EUR) sowie aus dem veränderten Ausweis der Forderungen aus Tages- und Termingeldern (– 12,8 Mrd. EUR).

Gleichzeitig verringerten sich auch die Forderungen an Kunden. Zum Ende der Berichtsperiode verzeichnete dieser Posten mit einem Jahresendbestand von 135,8 Mrd. EUR einen Rückgang von – 20,6 Mrd. EUR bzw. – 13%. Der Rückgang ergab sich maßgeblich aus einer Verminderung der Darlehensforderungen (– 6,1 Mrd. EUR) und aus dem veränderten Ausweis von Tages- und Termingeldern (– 11,5 Mrd. EUR) im Handelsbestand.

Der Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um – 12,6 Mrd. EUR bzw. – 15% auf 74,5 Mrd. EUR. Diese Entwicklung ist insbesondere dem Abbau von Wertpapieren fremder Emittenten (rund 11 Mrd. EUR) geschuldet.

Gleichzeitig bilanzierte die Bank innerhalb des Postens Handelsaktiva, BilMoG-konform, sämtliche mit einer Handelsabsicht gehaltenen Vermögenswerte. Im Geschäftsjahr stieg dieser Posten insbesondere im Zusammenhang mit den hier auszuweisenden Geldmarktgeschäften sowie den marktbedingten Wechselkurs- und Zinseffekten um 20,5 Mrd. EUR bzw. 28% auf 93,0 Mrd. EUR.

## Refinanzierung.

Die LBBW strebte auch im vergangenen Geschäftsjahr eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur an. Daher stützte sich die Refinanzierung im Wesentlichen auf drei Säulen, die je nach Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes unterschiedlich stark genutzt wurden. Das Refinanzierungsvolumen setzte sich diesem Ansatz folgend aus den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie den verbrieften Verbindlichkeiten zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich zum Jahresende gegenüber dem Vorjahr um – 45,3 Mrd. EUR auf 78,9 Mrd. EUR. Die Reduktion des Postens war vor allem auf den Rückgang von Termingeldern (– 32,5 Mrd. EUR) aufgrund des veränderten Ausweises von Geldmarktgeschäften zurückzuführen.

Durch eine im Vergleich zu den anderen Refinanzierungsquellen relativ betrachtete, geringere Reduzierung der Bestände erwiesen sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden zum Jahresende als bedeutendste Refinanzierungssäule der Bank. Mit einem Bestand in Höhe von 99,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 114,7 Mrd. EUR) stellte dieser Posten, trotz des Rückgangs um rund – 15 Mrd. EUR, 37% des Refinanzierungsvolumens.

Die verbrieften Verbindlichkeiten erreichten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 91,8 Mrd. EUR. Die Reduktion stand dabei mit dem niedrigeren Refinanzierungsbedarf der Bank im Zusammenhang mit der angestrebten Verringerung der Bilanzsumme in Verbindung. Fällige Schuldverschreibungen wurden in nur geringem Umfang durch Neuemissionen ersetzt. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich dieser Posten damit um – 19% bzw. – 22,1 Mrd. EUR.

Die LBBW emittierte am Kapitalmarkt neben ungesicherten Schuldverschreibungen auch Hypothekendarlehenpfandbriefe und öffentliche Pfandbriefe. Die Zielgruppen bei den direkten Platzierungen waren 2010 insbesondere Sparkassen, Privatkunden, Versicherungen sowie Pensions- und Investmentfonds. Daneben wurden auch bei anderen Banken und an den internationalen Kapitalmärkten Schuldverschreibungen begeben. Im Juni 2010 emittierte die LBBW mit großem Erfolg einen 1 Mrd. EUR öffentlichen Pfandbrief. Diese Transaktion unterstreicht die Rolle der LBBW als bedeutender Pfandbriefemittent in Deutschland. Kurze Zeit später, Mitte Juli 2010, gelang der LBBW die erfolgreiche Wiedereröffnung des RegS USD-Markts mit einer dreijährigen 500 Mio. USD öffentlichen Pfandbrief-Emission. Durch diese Begebung konnten zahlreiche neue Investoren für die LBBW gewonnen werden. Im Jahr 2010 gelang es der LBBW, ihren Refinanzierungsbedarf ohne Einschränkungen zu erfüllen.

Trotz des schwierigen Marktumfelds war die LBBW zu keinem Zeitpunkt auf die Begebung staatlich garantierter Emissionen angewiesen. Die gute Refinanzierungssituation der LBBW wurde durch die Einbindung in den Sparkassenverbund und das Kundengeschäft gestärkt.

Die Handelspassiva stiegen von 37,9 Mrd. EUR auf 82,4 Mrd. EUR. Analog der Bilanzentwicklung auf der Aktivseite wurde dieser Posten ebenfalls maßgeblich durch die marktbedingten Veränderungen des Wechselkurses und der Zinsen sowie durch das ab Beginn des Jahres abzubildende Neugeschäft der Geldmarktgeschäfte beeinflusst.

## Eigenkapital.

### Bilanzielles Eigenkapital.

Das bilanzielle Eigenkapital betrug zum 31. Dezember 2010 15,2 Mrd. EUR. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von rund 0,2 Mrd. EUR resultierte dabei aus den Veränderungen der stillen Einlagen zum Jahresende. Die Veränderungen entstanden im Wesentlichen aus der Wiederauffüllung in Höhe von rund 210 Mio. EUR, durch Fremdwährungseffekte im Zusammenhang mit stillen Einlagen, die nicht in Euro gehalten werden, sowie aus dem Abgang durch Fälligkeiten.

### Aufsichtsrechtliche Eigenmittel.

Für das Geschäftsjahr 2009 wies die LBBW einen bilanziellen Verlust in Höhe von 2,2 Mrd. EUR aus. Dieser war ab dem Zeitpunkt der Bilanzfeststellung 2009 bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel zu berücksichtigen. Hierdurch waren das gezeichnete Kapital sowie die Rücklagen, das sonstige Kapital im Sinne des § 10 Abs. 4 KWG (stille Einlagen) und die Genussrechte proportional zu vermindern bzw. herabzusetzen.

Die Auswirkungen des Verlusts auf die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel wurden durch eine abschreibungsbedingte Reduzierung der abzugspflichtigen Beteiligungsbuchwerte sowie durch die als erwartete Verluste teilweise bereits vorweg berücksichtigten Wertberichtigungen verringert. Nach

einem vor Bilanzfeststellung 2009 auszuweisenden Wertberichtigungsfehlbetrag, der hälftig vom Kern- und Ergänzungskapital abzuziehen war, konnte aufgrund der Wertberichtigungsbildung im Jahresabschluss 2009 für das Jahr 2010 ein Wertberichtigungsüberschuss ausgewiesen werden. Dieser erhöhte das Ergänzungskapital. Wegen der Unterschreitung der für die Anrechnung als haftendes Eigenkapital maßgeblichen Mindestrestlaufzeiten und wegen Fälligkeit konnten im Jahr 2010 Nominalbeträge in Höhe von 187 Mio. EUR stille Einlagen sowie 830 Mio. EUR Genussrechte nicht mehr als aufsichtsrechtliches Eigenkapital angesetzt werden. Des Weiteren fanden 843 Mio. EUR langfristige Nachrangverbindlichkeiten nur noch zu 40% bei der Berechnung des haftenden Eigenkapitals Berücksichtigung.

In der Gesamtbetrachtung aus der Verlustverteilung, der Entwicklung der Abzugsposten und den Auswirkungen der Restlaufzeitverminderung von Kapitalinstrumenten reduzierten sich die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel insgesamt um 2,1 Mrd. EUR.

Die anrechnungspflichtigen Positionen reduzierten sich im Rahmen der Neuausrichtung des Geschäftsmodells um 33,7 Mrd. EUR. Neben marktbedingten Veränderungen sorgte insbesondere der gezielte Abbau der Bilanzsumme für diese Reduktion. Insgesamt ergab sich dadurch eine Erhöhung der aufsichtsrechtlichen Quoten bzw. Kennziffern.

Die aufsichtsrechtlichen Kennzahlen der LBBW (Bank) stellten sich im Jahresvergleich wie folgt dar:

	31.12.2010	31.12.2009	Veränderungen 2009/2010	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	in %
<b>Aufsichtsrechtliche Eigenmittel <sup>1)</sup></b>	<b>20 507</b>	<b>22 656</b>	<b>- 2 149</b>	<b>- 9,5</b>
davon Kernkapital	14 981	16 692	- 1 711	- 10,3
davon Ergänzungskapital	5 024	5 413	- 389	- 7,2
davon Drittrangmittel	502	551	- 49	- 8,9
<b>Anrechnungspflichtige Positionen</b>	<b>115 846</b>	<b>149 538</b>	<b>- 33 692</b>	<b>- 22,5</b>
<b>Kernkapitalquote in %</b>	<b>12,9</b>	<b>11,2</b>		<b>1,7%-Punkte</b>
<b>Gesamtkennziffer in %</b>	<b>17,7</b>	<b>15,2</b>		<b>2,6%-Punkte</b>

1) Seit 2008: § 10 KWG i.V.m. § 2 SolvV.

# Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

## Entwicklung der Mitarbeiterzahlen.

Die Mitarbeiterzahl der Landesbank Baden-Württemberg ist zum 31. Dezember 2010 auf 10 472 Beschäftigte gesunken. Dies bedeutet gegenüber 10 947 Beschäftigten am 31. Dezember 2009 einen Rückgang um 475 Mitarbeiter (- 4,3 %). Zum 1. Januar 2011 sind weitere 149 Beschäftigte ausgeschieden. Der Rückgang der Beschäftigung in der LBBW (Bank) zum 1. Januar 2011 um 624 Mitarbeiter (- 5,7 %) auf 10 323 Beschäftigte ist im Wesentlichen auf Beschäftigungsreduzierungen aufgrund der EU-Restrukturierungsmaßnahmen zurückzuführen.

Die Frauen sind in der Bank mit einem Anteil von 51,0 % gegenüber den Männern in der Mehrheit. Die Quote der Teilzeitarbeitsverhältnisse einschließlich Altersteilzeit ist 2010 in der LBBW (Bank) von 21,3 % auf 22,2 % angestiegen. Die Fluktuationsrate lag 2010 in der LBBW (Bank) bei 6,5 % gegenüber 4,3 % im Vorjahr. Bereinigt um EU-restrukturierungsbedingte Vorruhestands- und Ausscheidensvereinbarungen (2,6 %) lag die Quote mit 3,9 % über dem Vorjahresniveau (3,5 %). Das Durchschnittsalter der Beschäftigten der Bank lag im Berichtsjahr bei 42,4 Jahren, die durchschnittliche Dauer der Betriebszugehörigkeit bei 15,9 Jahren. 16,4 % der Beschäftigten sind 30 Jahre und jünger.

## Personalwirtschaftliche Umsetzung der EU-Restrukturierung.

Schwerpunkt der personalwirtschaftlichen Umsetzung im Jahr 2010 war, die Abbauziele durch freiwilliges Ausscheiden zu erreichen. Hierzu wurde im Februar 2010 mit den Personalräten die Vorschaltvereinbarung zum freiwilligen Ausscheiden vereinbart, welche die Angebote der LBBW zum betrieblichen Vorruhestand sowie zum Ausscheiden gegen Abfindung regelte.

Abgelöst wurde diese durch den mit ver.di verhandelten Haustarifvertrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung, der am 18. Juni 2010 abgeschlossen wurde. Neben den aus der Vorschaltvereinbarung übernommenen Regelungen zum Vorruhestand und zum Aufhebungsvertrag sind darin Themen wie Beschäftigungssicherung, Altersteilzeit, Qualifikation, Mobilität, Stellenbesetzungen und Flexibilität vereinbart.

Daneben lag ein Hauptaugenmerk auf der Intensivierung des internen Arbeitsmarktes mit dem Ziel, möglichst viele offene Stellen intern zu besetzen. Hierzu wurde im Oktober 2010 eine Dienstvereinbarung zum internen Arbeitsmarkt abgeschlossen.



Parallel zur freiwilligen Phase werden seit November 2010 Beschäftigte in Überhangsfunktionen gezielt in Veränderungsgesprächen auf weitere Beschäftigungsperspektiven angesprochen. Dies kann z. B. eine Neuorientierung über den internen Arbeitsmarkt (ein Wechsel des Bereichs oder des Standorts) oder das Ausscheiden aus der Bank sein.

Die Verdoppelung der internen Stellenausschreibungen im Verlauf des Berichtsjahres von 240 auf 480 im 2. Halbjahr 2010 zeigt tendenziell bereits die Auswirkungen der Intensivierung des internen Arbeitsmarktes.

## Personalwirtschaftliche Instrumente und Konzepte.

Die seit 2009 bestehende Konsolidierung des Bereichs Personal mit eingeführtem HR-Portal und telefonischer HR-Direktberatung hat sich im Berichtsjahr weiter verfestigt. Der Personalbeschaffungsprozess wurde für den konzernweiten internen Arbeitsmarkt auf Online-Bewerbung per E-Recruiting mit Selbstpflege des Qualifikations- und Kandidatenprofils durch die Mitarbeiter umgestellt.

Schwerpunkt des Employer Brandings war 2010 die Zielgruppe »Studierende und Absolventen«. Um den akademischen Nachwuchs auf die Landesbank aufmerksam zu machen, wurde unter [www.lbbw-karrierestart.de](http://www.lbbw-karrierestart.de) eine eigene Microsite im Internet gestaltet, die als Erstkontaktmedium in kompakter Form die wesentlichen Vorteile der LBBW als Arbeitgeber transportiert. Damit soll die zeitweise rückläufige Anzahl der Trainees bedarfsgerecht wieder gesteigert werden.

## Ausbildung und Personalentwicklung.

### Ausbildung.

Die LBBW sieht eine wichtige gesellschaftspolitische und betriebliche Aufgabe in der beruflichen Qualifizierung junger Menschen. Zum Jahresende 2010 waren 547 (Vorjahr 628) Auszubildende und Studierende an Dualen Hochschulen zur Ausbildung bei der Bank beschäftigt.

Im Jahr 2010 traten 186 Berufsstarter neu in den Konzern ein. Die Qualität der Ausbildung spiegelt sich in den Abschlussleistungen der insgesamt 239 Absolventen wider. An 13 von 184 Absolventen der Bank im Berufsbild Bankkauffrau/-mann wurden Preise der Industrie- und Handelskammern verliehen. 37 Absolventen erhielten Belobigungen für herausragende Leistungen. An den Dualen Hochschulen schlossen im Berichtsjahr 55 Studierende der Bank ihr Studium erfolgreich ab. Für Spitzenleistungen erhielten 11 Absolventen eine besondere Auszeichnung der LBBW. Gemäß dem Tarifvertrag zur Standort- und Beschäftigungssicherung erhielten alle Absolventen ein Übernahmeangebot, teilweise befristet.

## Personalentwicklung.

Die Qualifizierung und Weiterbildung von Führungskräften und Mitarbeitern war auch 2010 weiterhin ein bedeutendes Thema in der LBBW. Während die Zahl der Personalentwicklungsmaßnahmen im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um rund ein Viertel auf 13 992 Seminarbesuche von Mitarbeitern der Bank zurückgegangen ist, nahm die Zahl der Führungsseminarbesuche um rund 68 % auf 652 Seminarbesuche zu. Die Zahl der Methodenkompetenz-Seminare blieb mit rund 1 402 Seminarbesuchen auf Vorjahresniveau.

2010 haben sich die Führungskräfte vielen Veränderungs- und Restrukturierungsprozessen stellen müssen. 2 481 Mal haben Führungskräfte die angebotenen Workshops zu Change-Management-Prozessen besucht, um die Veränderungsprozesse erfolgreich zu gestalten. Darüber hinaus haben viele Führungskräfte das Coaching-Angebot der LBBW-Managementberatung wahrgenommen, um sich individuell in Führungs- und Persönlichkeitsthemen beraten und begleiten zu lassen.

## Lebensraum Beruf gestalten – Zertifizierung audit berufundfamilie.

Nach erfolgreicher Auditierung durch die Hertiestiftung wurde die LBBW im März 2010 als familienbewusstes Unternehmen ausgezeichnet. Das Zertifikat bestätigt, dass die LBBW in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gut aufgestellt ist. Trotz restrukturierungsbedingter Veränderungen wird die LBBW ihre Ausrichtung als familienbewusstes und mitarbeiterorientiertes Unternehmen beibehalten und weiterentwickeln. Dabei wird der Schwerpunkt nicht alleine auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im klassischen Sinn gelegt, vielmehr sollen alle Beschäftigten, unabhängig von Geschlecht, Familienstand und Alter, angesprochen werden.

Die Verantwortlichen in der LBBW sind sich bewusst, wie wichtig es in der heutigen Arbeitswelt ist, den Lebensraum Beruf so zu gestalten, dass Mitarbeiterinteressen und Kundenbedürfnisse in eine tragfähige wirtschaftliche Balance gebracht werden. Derzeit verfügt die LBBW bereits über zahlreiche familienfreundliche Regelungen und Angebote, wie zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, ein zusätzliches Familienjahr oder betriebseigene Kinderbetreuungseinrichtungen wie die Kindertagesstätte »Frechdax«. Die Umsetzung der im Rahmen des Audits festgelegten 27 Maßnahmen bis 2013 wird dazu beitragen, die LBBW sowohl nach innen als auch nach außen als modernes und innovatives Unternehmen zu positionieren.

## Diversity und Chancengleichheit.

Diversity steht für ein Konzept der Unternehmensführung, das die Vielfaltigkeit der Beschäftigten und der Kundschaft erkennen, wertschätzen und für den Unternehmenserfolg nutzen möchte. Der Mensch in seiner Vielfalt steht im Mittelpunkt der Überlegungen und wird als wichtiger Wettbewerbsfaktor angesehen, um gezielt auf die Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Kundinnen und Kunden einzugehen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen ihre unterschiedlichen Talente, Erfahrungen und Sichtweisen motiviert und leistungsstark dem Unternehmen zur Verfügung stellen.

Eine zentrale Rolle bei Diversity spielt das Thema Chancengleichheit von Frauen und Männern. Dies bedeutet gleiche Qualifizierungs- und Aufstiegschancen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit gleichen Ausbildungsvoraussetzungen, sowohl in Vollzeit als auch in Teilzeit. Im 2003 vom Vorstand initiierten Frauennetzwerk engagieren sich mittlerweile rund 120 Mitarbeiterinnen der LBBW. Chancengleichheit für beide Geschlechter und bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben waren und sind die Kernziele der Initiative. Sie sind in den vom Vorstand 2009 verabschiedeten Leitplanken nachhaltiger Personalpolitik verankert. Die Schirmherrschaft zum Frauennetzwerk hat im Herbst 2010 der LBBW-Vorstandsvorsitzende Hans-Jörg Vetter übernommen. Frau Dr. Monika Stolz, Sozialministerin von Baden-Württemberg, würdigte im Rahmen der Jahresveranstaltung des Frauennetzwerkes die freiwilligen Selbstverpflichtungen der LBBW, für die das Unternehmen im März 2010 mit dem Zertifikat »familienbewusstes Unternehmen« ausgezeichnet wurde.

## Gesundheit.

Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit hohen Anforderungen an Mitarbeiter und Führungskräfte sind Investitionen in die Gesundheit und Leistungsfähigkeit essenziell. Dieses Engagement sieht die LBBW als strategische Investition in die wichtigste Ressource – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### Betriebliches Gesundheitsmanagement (BGM).

Nach erfolgreicher Auditierung und Zertifizierung erhielt die Landesbank Baden-Württemberg im November 2010 die Auszeichnung »Corporate Health Award 2010 Prämiert«. Damit wird der LBBW bestätigt, dass sie sich in vorbildlicher Weise für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter engagiert und das betriebliche Gesundheitsmanagement hohe Standards erfüllt. Die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens wird dadurch nachhaltig gestärkt. Gleichzeitig leistet die LBBW damit einen wichtigen Beitrag, um in der aktuellen Restrukturierungsphase die Belastungen für die Mitarbeiter zu mildern.

Im Jahr 2010 starteten umfassende Pilotprojekte in einem Zentralbereich und an zwei Vertriebsstandorten. Entsprechend dem State-of-the-art durchläuft die LBBW systematisch den BGM-Managementzyklus aus Bedarfsanalyse, Maßnahmenentwicklung, verhaltens- und verhältnisbezogener Intervention sowie Evaluation. Strategie dabei ist es, Gesundheitsmanagement im Sinne der ganzheitlichen Organisationsentwicklung zu verwirklichen. Neben dem bereits bestehenden »Runden Tisch Gesundheit« wurde ein »Lenkungsausschuss Gesundheitsmanagement« eingerichtet. Das interne Führungskräfte-Seminar »Führung und Gesundheit« ist inzwischen fester Bestandteil der Personalentwicklung.

### Betriebsmedizin, Arbeitsschutz, Sozialberatung.

Der Betriebsärztliche Dienst informiert und unterstützt die Mitarbeiter in allen gesundheitlichen Belangen. Die Bandbreite reicht dabei von der Hilfe bei akuten Beschwerden über zahlreiche Präventionsangebote bis hin zur Wiedereingliederung nach längerer Krankheit. An allen Hauptstandorten der LBBW fanden 2010 Gesundheitstage statt – in Stuttgart unter anderem zu den Themen Work-Life-Balance, Bewegung und psychische Gesundheit.

Auch im Arbeits- und Gesundheitsschutz leistet die LBBW weit mehr als gesetzlich vorgeschrieben. Ein besonderes Anliegen ist dabei die proaktive Mitarbeit an einem gesunden und leistungsfördernden Arbeitsumfeld.

Das Sozialreferat berät Mitarbeiter und Führungskräfte bei psychosozialen Problemen, akuten Krisen und belastenden Ereignissen. Es moderiert bei Konflikten am Arbeitsplatz und schult Führungskräfte zu psychosozialen Themen. Auch der aktuelle Personalabbau wird vom Sozialreferat durch Beratungen und Schulungen begleitet.

Als zukunftsorientiertes Unternehmen wird die LBBW weiter in die Gesundheit ihrer Mitarbeiter investieren. Nicht zuletzt basiert hierauf der Unternehmenserfolg.

## Vergütungsbericht 2010.

Die LBBW hat entsprechend den Regularien § 7 und § 8 der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) vom 13. Oktober 2010 einen Vergütungsbericht 2010 erstellt, der im 2. Quartal 2011 im Internet auf der Homepage der LBBW unter [www.LBBW.de](http://www.LBBW.de) veröffentlicht wird.

# LBBW Verbesserungsprozess.

Das Ideenmanagement der LBBW ermöglicht es den Mitarbeitern, ihr Ideen- und Kreativitätspotenzial zur Gestaltung der Arbeitsabläufe, Produkte und Dienstleistungen einzubringen. Mit ihren Ideen tragen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bei, Wirtschaftlichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Ansehen der LBBW zu verbessern. Dieser Prozess wird durch die Führungskräfte aktiv unterstützt und gefördert. Der LBBW Verbesserungsprozess ist seit Jahren führend in der Finanzdienstleistungsbranche und unterstützt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Bank.

Die Ideen werden sowohl zum eigenen Aufgabenbereich als auch aufgabenübergreifend eingebracht. Um die Weiterverfolgung und Umsetzung der Ideen nachhaltig sicherzustellen, ist im Bereich Personal ein entsprechendes Ideenmanagementsystem installiert.

Im letzten Jahr konnte die Anzahl der Ideen um 4 % auf 3 462 Verbesserungsvorschläge gesteigert werden. Neben dem monetär festgehaltenen Nutzen in Höhe von 2,15 Mio. EUR wurden mit den über 680 angenommenen Vorschlägen zahlreiche Prozesse effizienter gestaltet. Im Rahmen von Ideenwettbewerben, wie z. B. der Vermeidung von operationellen Risiken, wird der Gedanke der stetigen Weiterentwicklung aktiv begleitet. Neu im Jahr 2010 war die systematische Integration des Ideenmanagements in Projekte der Bank.

# Compliance.

Die LBBW definiert Compliance als die vorbeugende Beherrschung des Risikos, das durch Nichteinhaltung von geltendem Recht, Standards und Prozessen entsteht und damit das Geschäftsmodell, die Reputation und den Erfolg der Bank beeinträchtigt und die Erwartungen von Eigentümern, Kunden, Mitarbeitern und Öffentlichkeit enttäuscht.

Die Anforderungen an die LBBW-Compliance sind in einem Compliance Management System (CMS) niedergelegt. Dieses System verbindet Anforderungen an die Unternehmenskultur und interne Richtlinien, eine Compliance-Organisation, Informationssysteme, Kontrollen, Mitarbeiterschulungen sowie ein wechselseitiges Berichtswesen zu einem Instrument der risikoorientierten Unternehmensführung. Ziel ist es, eine durchgreifende Prävention zu erreichen, indem sich alle Handelnden der Bank zu rechtmäßigem Verhalten bekennen und entsprechend auftreten, womit Risikotransparenz und gestiegenes Vertrauen der Geschäftspartner erreicht werden.

## Kapitalmarkt-Compliance.

2010 stand im Zeichen der Umsetzung der Vorgaben der am 7. Juni 2010 von der BaFin veröffentlichten »Mindestanforderungen an Compliance und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG (MaComp)«. Anlass für die Entwicklung der MaComp waren die infolge der Finanzkrise gewonnenen Erkenntnisse über Mängel in den Vertriebsabteilungen vieler Wertpapierdienstleistungsunternehmen. Durch die Maßnahmen infolge der MaComp, insbesondere die ausgeweiteten Überwachungsaufgaben der Bank-Compliance, sollen das Vertrauen der Wertpapiermärkte gefördert sowie der Schutz der Gesamtheit der Anleger und die institutionelle Funktionsfähigkeit der Kapitalmärkte gestärkt werden. Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit von Compliance war die Begleitung der Umsetzung der seit dem 1. Januar 2010 verschärften Regelungen zur Protokollierung von Anlageberatungen.

Auch 2010 wurden verstärkt Mitarbeiterschulungen zur Erkennung von Insidermerkmalen und daraus resultierenden Handelsverboten durchgeführt. Neben der Beratung der Fachbereiche zu Fragen der Kapitalmarkt-Compliance lag der Schwerpunkt wieder auf der ständigen Kontrolle der Wertpapiergeschäfte im Hinblick auf die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften (Control Room).

## Geldwäscheprävention.

Die Anforderungen, welche die tiefgreifende Novelle des Geldwäschegesetzes mit sich gebracht hat, sind in der LBBW umgesetzt. Die zwingend vorgeschriebene Analyse der Gefährdungslage der Bank durch Geldwäsche wird den individuellen Bedürfnissen einer auf die LBBW zugeschnittenen Gefahrenbekämpfung gerecht. Der hohe Aufwand, der mit der Erstellung und laufenden Aktualisierung dieser Gefährdungsanalyse verbunden ist, muss dabei im Kontext einer gesamtheitlichen integrierten Compliance gesehen werden.

Als Ergebnis der deutlich gestiegenen Anforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und des Gesetzgebers wurden die Aufgaben der LBBW-Geldwäscheprävention neu strukturiert und den Prozess- und Arbeitsabläufen in der Bank angepasst.

## Finanzsanktionen/Embargo.

Durch den Anschluss der LBBW-Niederlassung in Singapur an das bestehende Finanzsanktions-Prüfsystem konnte der Standardisierungsgrad bei der Bearbeitung von Finanzsanktions- bzw. Embargoprüfungen weiter erhöht werden. Neben der permanenten Prüfung der Auslandszahlungsverkehrstransaktionen sowie des Kundenbestands der LBBW gibt die Embargoeinheit darüber hinaus Empfehlungen zu Fragen des Außenwirtschaftsrechts und unterstützt den Vertrieb bei der Umsetzung von gesetzlichen Vorgaben, wie z. B. den neuen weitreichenden Sanktionsmaßnahmen gegen den Iran (EU-Verordnung 961/2010), die zum Schutz unserer Kunden und der Bank konsequent umgesetzt werden.

## Finanzermittlungen.

Finanzbetrug stellt ein beträchtliches Gefährdungspotenzial dar, das neben materiellen Schäden auch unkalkulierbare Reputationsrisiken für ein Unternehmen beinhaltet. Aus diesem Grund legt die LBBW auch weiterhin ein besonderes Gewicht auf Schwerpunktschulungen ihrer Mitarbeiter und die Aufklärung ihrer Kunden über Tatbegehungsweisen und Tätertypologien. Das LBBW-Fraud Prevention Board befasst sich mit bereichsübergreifenden Betrugsthemen, z. B. mit der Einführung eines praxisnahen E-Learning-Schulungsprogramms für alle Mitarbeiter.

Weiter bildet die jährlich erstellte Gefährdungsanalyse die Grundlage dafür, gefährdete Themenbereiche zu erkennen und gezielt Präventionsmaßnahmen zu veranlassen. Neben dem Einsatz von zusätzlichen Prüfungen im Überweisungsverkehr und von Kreditunterlagen zur Verhinderung von strafbaren Handlungen ist die konsequente Verfolgung von Betrugsdelikten gegen das Vermögen der Bank wesentlicher Bestandteil der Einheit Finanzermittlungen.

## Datenschutz.

2010 stand im Zeichen der Umsetzung der Vorgaben, die sich aus den Novellen I bis III des im Jahr 2009 geänderten Bundesdatenschutzgesetzes ergaben. Die bisherige Umsetzung von Maßnahmen insbesondere zum Scoring, zur Werbung und zur Auftragsdatenverarbeitung wurde durch den Datenschutz intensiv begleitet.

Die zunehmende Sensibilität unserer Kunden für datenschutzrechtliche Themen drückte sich im Jahr 2010 durch zahlreiche Kundenanfragen und Auskunftersuche aus. Auch 2010 wurden wieder spezielle Schulungen zum Datenschutz für Mitarbeiter durchgeführt. Neben der Beratung der Fachbereiche zu Fragen des Datenschutzes lag ein Schwerpunkt des LBBW-Datenschutzes bei anlassfreien Prüfungen in speziell ausgewählten Geschäftsbereichen. Die internen Prüfungsschwerpunkte lagen hier bei Filialbegehungen, Zutrittskontrollmaßnahmen, Prozessen zum Auskunftersuchen von Kunden und dem Zustimmungsprozess zur Datenveröffentlichung im Internet.

Die LBBW nahm darüber hinaus bei externen Dienstleistern aus dem Kreditkartenbereich und der Akten- und Datenträgervernichtung Prüfungshandlungen vor Ort vor.



# Nachhaltigkeit.

Die Nachhaltigkeitspolitik der LBBW fasst die Leitsätze für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Unternehmensführung, Geschäftsbetrieb, Personal, Kommunikation sowie zum gesellschaftlichen Engagement zusammen. Die aktuelle Nachhaltigkeitspolitik wurde am 9. Februar 2010 vom Vorstand beschlossen und löst die erste Fassung aus dem Jahr 2006 ab. Konkretisiert wird die Nachhaltigkeitspolitik durch die sogenannten »Leitplanken Nachhaltigkeit«. Diese dienen als Orientierungsrahmen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele im Anlage- und Kreditgeschäft, in der Personalpolitik sowie im Umgang mit Ressourcen.

Über das nachhaltige Engagement der LBBW wird jährlich umfassend im Nachhaltigkeitsbericht berichtet. Der Bericht 2010 kann unter <http://nachhaltigkeit.lbbw.de> abgerufen werden.

## Nachhaltigkeit im Kerngeschäft.

Die LBBW bietet ihren privaten und institutionellen Kunden ein umfangreiches Portfolio nachhaltiger Produkte an. Auf diese Weise unterstützt die LBBW ihre Kunden bei der verantwortungsvollen, ökologischen und sozialen Anlage ihrer Vermögenswerte.

### Nachhaltige Anlageprodukte.

- Der »LBBW Nachhaltigkeit Aktien« wurde beim Rating von Euro Advisor Service im Oktober 2010 mit der Bestnote »2n« im Bereich »Newcomer« ausgezeichnet. Beim »LBBW Nachhaltigkeit Aktien« werden bei der Titelauswahl soziale, kulturelle, ethische und ökologische Kriterien zugrunde gelegt. Die Zusammenstellung des Anlageuniversums erfolgt auf Basis des Nachhaltigkeitsratings der Münchener oekom research AG.
- Der »LBBW Nachhaltigkeit Renten«, der im September 2009 für institutionelle Kunden aufgelegt wurde, ist seit März 2010 auch für Privatkunden zugänglich. Er investiert in Staatsanleihen, Pfandbriefe und Unternehmensanleihen von Firmen oder Staaten, die überdurchschnittlich nachhaltig agieren. Auch hier arbeitet die LBBW bei der Auswahl der Titel mit den Analysten der oekom research AG zusammen.
- Sowohl der »LBBW Nachhaltigkeit Aktien« als auch der »LBBW Nachhaltigkeit Renten« tragen das »Europäische Transparenzlogo für nachhaltige Publikumsfonds«. Damit werden Produkte ausgezeichnet, bei denen die Investitionskriterien und das Researchverfahren sowie die Anlagepolitik transparent offengelegt werden und so das Vertrauen der Anleger gestärkt wird.
- Darüber hinaus bietet die LBBW seit 2002 nachhaltige Spezialfonds für institutionelle Kunden an.
- Der »LBBW Global Warming« belegte beim von EuroFinanzen verliehenen Fund Award 2010 »Goldene Bullen« im Dreijahresvergleich den 2. Platz. Von der Ratingagentur Telos erhielt er das Rating AA+. Des Weiteren erhielt er von FWW Funds Stars 5 Sterne (Stand: 6. Juli 2010) und von Lipper 5 Leaderpunkte (Stand: 6. Juli 2010).
- Bereits seit vielen Jahren finanziert die LBBW Projekte im Bereich der Erneuerbaren Energien. Mit dem im März und April 2010 angebotenen »BW EcoSparbrief« konnten sich Kunden direkt in diesem Sektor engagieren. Unter dem Motto »Rendite mit gutem Gewissen« führte die BW-Bank eine breit angelegte Kampagne durch, um ihre Kunden über die Chancen nachhaltiger Geldanlagen zu informieren.

- Bei der Vermögensverwaltung berücksichtigt die BW-Bank auf Wunsch ausdrücklich Nachhaltigkeitskriterien bei der Zusammenstellung ihrer Portfolios. Dazu wird von der Ratingagentur oekom research AG vierteljährlich ein aktualisiertes Anlageuniversum geliefert, aus dem die Vermögensverwalter der BW-Bank ein individuelles Portfolio zusammenstellen.
- 2010 hat die LBBW ein Zertifikat mit Nachhaltigkeitsbezug aufgelegt. Die »LBBW Safe-Anleihe mit Cap« (Start: 1. März 2010) verbindet die Eigenschaften einer nachhaltigen Geldanlage mit einem hohen Maß an Sicherheit. Basiswert der Anleihe ist der EURO STOXX Sustainability Index, ein Nachhaltigkeitsindex, bei dem die Auswahl von Unternehmen außer nach ökonomischen auch nach ökologischen und sozialen Kriterien erfolgt.

## Finanzierungen.

Neben unseren nachhaltigen Finanzierungsangeboten (»klassische« Projektfinanzierungen für den Erneuerbare-Energien-Sektor, strukturierte Finanzierungslösungen für kleinere Photovoltaikanlagen bis 10 Mio. EUR, Fördermittelberatung, Vermittlung von Energieberatungsleistungen für Privatkunden) stand 2010 die weitere Umsetzung der »Nachhaltigkeitsleitplanken im Kreditgeschäft« im Fokus. Diverse Maßnahmen wurden im Laufe des Jahres im operativen Geschäft umgesetzt. Die wichtigste Maßnahme in diesem Zusammenhang ist ein neuer Prüfprozess für Branchen-Länder-Risiken bei der Kreditvergabe. Ziel ist es, kritische Branchen-Länder-Kombinationen zu identifizieren und so Nachhaltigkeitsrisiken rechtzeitig zu erkennen und zu analysieren.

## Nachhaltiger Geschäftsbetrieb.

Mit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsleitplanken zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen hat sich die LBBW unter anderem zu dem Ziel verpflichtet, die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. So soll z. B. durch eine Optimierung der Gebäudetechnik und der IT-Hardware in den Rechenzentren sowie am Arbeitsplatz der Energieverbrauch gesenkt werden. Im Bereich der Gebäudetechnik ist eine klare Trendwende bislang noch nicht geglückt. Der IT-Bereich und die Arbeitsgruppe »Geschäftsbetrieb« haben jedoch weitere Maßnahmen projektiert und umgesetzt, die den Energieeinsatz im Bereich der IT begrenzen sollen. Dabei zeichnen sich erste Erfolge ab: Nach jahrelang steigendem Energieverbrauch bei den Rechenzentren hat die LBBW im Jahr 2009 eine Konsolidierung erreichen können.

## Nachhaltige Personalpolitik.

An den Prinzipien einer nachhaltigen Personalpolitik wollen wir auch in der aktuell schwierigen Situation – trotz Finanzmarktkrise und des im Zuge der Restrukturierung der LBBW notwendigen Stellenabbaus – festhalten. Gerade in schwierigen Zeiten müssen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert und entwickelt werden, um für die aktuellen und kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein. Nähere Informationen enthält der Lagebericht ab Seite 24.

## Zertifizierungen.

Die LBBW hat sich zur Einhaltung der Norm ISO 14001 sowie des Standards des Eco-Management and Audit Schemes (EMAS) verpflichtet. Ziel von EMAS ist es, die Umweltleistung über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zu verbessern und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Die Umsetzung der Norm bzw. der Verordnung wurde auch im Jahr 2010 wieder durch ein internes und ein externes Umweltaudit überprüft. Die Prüfung ergab, dass das Umweltmanagementsystem der LBBW vollumfänglich den Anforderungen der EMAS-Verordnung bzw. der ISO 14001 entspricht.

## Nachhaltigkeitsratings.

- Die Münchener **oekom research AG** hat die LBBW im Mai 2010 auf einer Skala von A+ (am besten) bis D- (am schlechtesten) mit der Gesamtnote C bewertet. Mit diesem Ergebnis liegt sie über der von oekom festgelegten Mindestgrenze für nachhaltige Kapitalanlagen in der Finanzdienstleistungsbranche und wird als »Prime« eingestuft. In der Branchenanalyse vom August 2010 wurden insgesamt 37 Sparkassen, Genossenschafts-, Landes- und Regionalbanken in Bezug auf das soziale und ökologische Engagement untersucht. Die LBBW belegte hierbei Platz 3. Unter den deutschen Banken konnte sie sich den ersten Platz sichern.
- Im Nachhaltigkeitsrating von **Sustainalytics** vom März 2010 wurde die LBBW mit 70 von insgesamt 100 Punkten bewertet. Damit belegt die LBBW in diesem Rating im Sektor der nicht-börsennotierten Finanzinstitute auf internationaler Ebene Platz 2 von 76 Rängen (Stand: März 2010).
- Die **vigeo group** hat die LBBW im April 2010 bewertet. Die Nachhaltigkeitsleistung fällt im Branchenvergleich überdurchschnittlich gut aus.
- Im Nachhaltigkeitsrating 2010 von **imug** wurde die LBBW als Emittent von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehen positiv bewertet.
- Im Branchenrating nicht-börsennotierter Finanzinstitute der **Triodos Bank** 2010 belegte die LBBW Platz 3 von 13. Die LBBW wurde jedoch nicht ins nachhaltige Anlageuniversum der Triodos Bank aufgenommen.

# Risikobericht.

## Risikoorientierte Gesamtbanksteuerung.

Unter Risikomanagement versteht die LBBW<sup>1</sup> den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums für den Umgang mit Risiken im Rahmen der Risikotragfähigkeit, der durch den Vorstand festgelegten Strategie und dem konzernweiten System der risikoorientierten Gesamtbanksteuerung. Dazu gehören insbesondere Aufbau- und Ablauforganisation, Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie die Interne Revision.

## Risikostrategie.

Die Grundsätze des Risikomanagementsystems sind in den zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategien durch Vorstand und Aufsichtsrat festgelegt. In der konzernweit und risikokategorieübergreifend gültigen Konzernrisikostrategie werden unternehmenspolitische und risikostrategische Vorgaben für das Risikomanagement über Risikoleitsätze festgelegt. Die Leitsätze zum Risikomanagement stellen zentrale Grundsätze für die Abwägung von Chancen und Risiken innerhalb des LBBW-Konzerns dar und stehen im Einklang mit den Grundsätzen der EU-Restrukturierung. Sie bilden die Grundlage für ein unternehmensweit einheitliches Verständnis der Unternehmensziele im Zusammenhang mit dem Risikomanagement. Somit tragen sie zur Schaffung einer einheitlichen Risikokultur bei.

Der Vorstand und alle Mitarbeiter fühlen sich den Leitsätzen zum Risikomanagement verpflichtet und treffen ihre Entscheidungen unter Beachtung dieser Leitlinien. Die Leitsätze bilden – unter Materialitätsgrundsätzen – den Rahmen für die konkrete Ausgestaltung der Prozesse, Verfahren und Methoden des Risikomanagements.

Des Weiteren werden in der Konzernrisikostrategie risikopolitische Ziele und risikostrategische Nebenbedingungen formuliert. Darüber hinaus werden den Markt- und Marktfolgebereichen in den spezifischen Risikostrategien Prozesse, geschäftspolitische Strategien sowie Ergebnisziele in einem kombinierten Top-Down-/Bottom-Up-Prozess vorgegeben. Für alle wesentlichen Risikokategorien (gemäß nachfolgender Tabelle) wurden spezifische Strategien verabschiedet.

1) Die Risikosteuerung in der Landesbank Baden-Württemberg erfolgt auf Konzernebene. Im Übrigen stellt die Bank den dominierenden Anteil des Konzerns dar, daher sind in den folgenden Ausführungen im hier vorliegenden Lagebericht zur LBBW (Bank) viele Angaben zum Konzern enthalten.

## Risikotragfähigkeit.

Eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikokategorien und Tochtergesellschaften hinweg und deren Gegenüberstellung zur ökonomischen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) wird in der Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt.

Dabei werden folgende Risikokategorien identifiziert:

### Risikokategorien.

	Risikokategorie	Beschreibt mögliche ...
Wesentliche Risiken	<b>Kreditrisiken</b>	... Wertverluste durch den Ausfall oder die Bonitätsverschlechterung von Geschäftspartnern. ... Ausfälle von staatlichen Kreditnehmern sowie Zahlungsverkehrsbeschränkungen. ... Verluste durch Mindererlöse aus Sicherheitenverwertungen.
	<b>Marktpreisrisiken</b>	... Wertverluste durch Veränderungen der Zinssätze, Credit-Spreads, Aktienkurse, Devisen-, Rohwarenkurse, Volatilitäten.
	<b>Operationelle Risiken</b>	... Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge von externen Ereignissen eintreten, inkl. Rechtsrisiken.
	<b>Liquiditätsrisiken</b>	... Probleme, Zahlungsverpflichtungen kurzfristig nachzukommen oder größere Marktpositionen kurzfristig zum Marktwert schließen zu können.
	<b>Immobilienrisiken</b>	... Wertverluste im Immobilienbestand des Konzerns.
	<b>Developmentrisiken</b>	... Wertverluste, die insbesondere aus potenziellen Planabweichungen im Projektentwicklungsgeschäft der LBBW Immobilien GmbH resultieren.
	<b>Beteiligungsrisiken</b>	... Wertverluste in Konzernunternehmen und Beteiligungen, sofern nicht in den o. g. Risikokategorien enthalten.
	<b>Strategische Risiken</b>	... Verluste aufgrund strategischer Entscheidungen.
	<b>Reputationsrisiken</b>	... Verluste aufgrund einer Schädigung der Reputation der Bank.
	<b>Geschäftsrisiken</b>	... Verluste durch einen schlechteren Geschäftsverlauf als erwartet, sofern sie nicht die o. g. banktypischen Risiken betreffen.
	<b>Pensionsrisiken</b>	... Erhöhungen von Pensionsrückstellungen.
	<b>Eigenbonitätsrisiken</b>	... Mehraufwände aufgrund Erhöhung der Refinanzierungskosten.
	<b>Modellrisiken</b>	... Fehlabbildungen des tatsächlichen Risikos.
	<b>Veritätsrisiken</b>	... Verluste aufgrund fehlender rechtlicher Zahlungsverpflichtungen bei angekauften Forderungen.
	<b>Fondsplatzierungsrisiken</b>	... Verluste aufgrund der Nichtplatzierung von Eigenkapitalanteilen bei geschlossenen Fonds.

Die Kredit-, Marktpreis-, Immobilien-, Development-, Beteiligungs- und operationellen Risiken werden grundsätzlich als Value-at-Risk (VaR) quantifiziert. Die Liquiditätsrisiken werden durch eine festgelegte Liquiditätsrisikotoleranz und durch prozessuale Regelungen limitiert. Die sonstigen Risiken werden über vereinfachte Modelle quantifiziert.

Die Risikodeckungsmasse (RDM, entspricht Risikodeckungspotenzial lt. MaRisk) bezeichnet in der LBBW die nach ökonomischen Kriterien abgegrenzten Eigenmittel, die zur Deckung von unerwarteten potenziellen Verlusten zur Verfügung stehen. Neben dem Eigenkapital (nach IFRS inkl. Neubewertungsrücklagen) werden Nachrangkapital, realisiertes GuV-Ergebnis (IFRS) und stille Lasten als RDM-Bestandteile berücksichtigt.

Als einheitliche Risikomaßzahl auf der obersten Ebene wird der ökonomische Kapitalbedarf («ökonomisches Kapital») berechnet. In Abgrenzung zum regulatorisch notwendigen Eigenkapital bezeichnet es das aus Sicht der LBBW ökonomisch notwendige Kapital, das mithilfe von eigenen Risikomodellen ermittelt wird. Das ökonomische Kapital wird in der LBBW grundsätzlich als Value-at-Risk auf dem Konfidenzniveau 99,95 % und ein Jahr Haltedauer dargestellt.

Das oberste Risikolimit für ökonomisches Kapital («ÖKap-Limit») stellt ein konzernweit übergeordnetes Limit für alle wesentlichen quantifizierten Risiken dar. Dieses Limit spiegelt die maximale Bereitschaft zur Risikonahme der LBBW wider und wurde mit Bezug auf die konservative Leitlinie weit unterhalb der gesamten Risikodeckungsmasse festgelegt. Davon werden ÖKap-Limite für die verschiedenen Risikokategorien abgeleitet, wobei ein Puffer für die nicht direkt quantifizierbaren sonstigen Risiken sowie für Risiken aus unvorhersehbaren Stresssituationen vorgesehen ist.

## Stresstests.

Stresstests sind integraler Bestandteil des institutsinternen Risikomanagements der LBBW. Hierbei werden Stress-Szenarien so ausgestaltet, dass außergewöhnliche, aber plausible Ergebnisse unterschiedlicher Schweregrade auf die ökonomische, regulatorische und bilanzielle Sicht berücksichtigt werden. Um die Risikotragfähigkeit und die regulatorischen Kapitalquoten auch im Stressfall sicherstellen zu können, sind für die verschiedenen Risikokategorien Basisszenarien definiert worden, die dem vorgehaltenen Puffer für Stress-Szenarien gegenübergestellt werden.

Folgende Szenarien sind dabei implementiert und berechnet worden:

- Makroökonomische Szenarien, differenziert nach Faktoren, Branchen und Ländern (z. B. Auswirkung der europäischen Staatenkrise)
- Historische Szenarien
- Hypothetische Szenarien und Sensitivitäten
- Risikokategorie-spezifische und risikokategorieübergreifende Szenarien

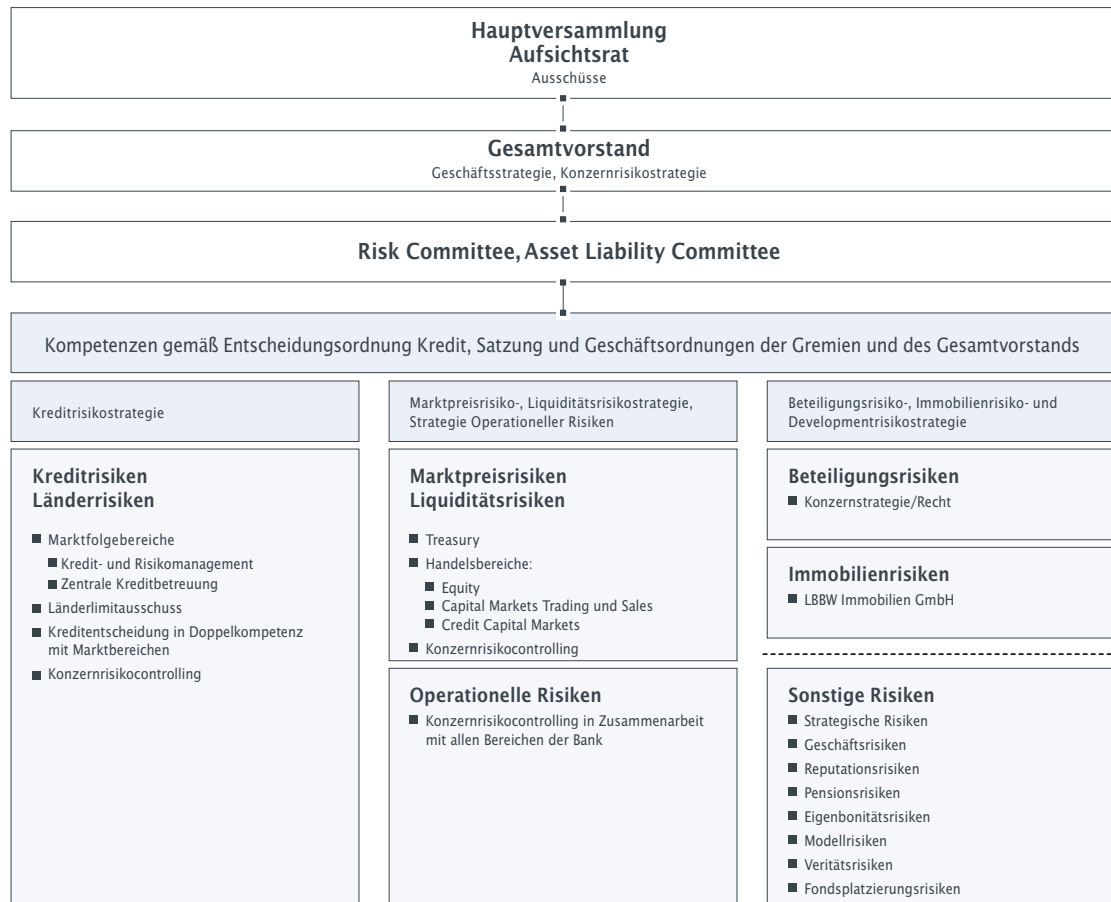
Die Resultate haben gezeigt, dass die Risikotragfähigkeit auch unter Stressbedingungen weiter gegeben wäre.

Zusätzlich wird regelmäßig ein inverses Stresstesting als Ergänzung zu den sonstigen Stresstests durchgeführt. Hierbei wird untersucht, welche Szenarien zu einer existenziellen Gefährdung der Bank führen würden.

Die LBBW hat im Jahr 2010 an den aufsichtlichen Stresstests teilgenommen. Die Ergebnisse hieraus haben gezeigt, dass die LBBW bei den vorgegebenen Marktfaktoren auch im Stressfall über eine gute Kapitalausstattung verfügt.

## Übergreifende Risikomanagementprozesse.

### Risikomanagementstruktur.



In der LBBW dürfen Geschäfte ausschließlich innerhalb klar definierter Limite bzw. Kompetenzen eingegangen werden. Risiken sollen aus Renditegesichtspunkten und aufgrund der damit verbundenen Ertragschancen und Wachstumspotenziale bewusst und kontrolliert eingegangen werden. Das Ziel der Geschäftstätigkeit ist es, unter Abwägung der potenziellen Risiken einen für die Bank höchstmöglichen Ertrag zu erzielen. Diese Leitlinien stellen die Grundlage der LBBW-Risikopolitik dar und geben den Rahmen der Geschäftstätigkeit vor.

Innerhalb des definierten Rahmens werden die Risikomanagemententscheidungen von den portfolioverantwortlichen Stellen unter Einhaltung der Funktionstrennung dezentral auf Basis von Einzelentscheidungen getroffen und durch das zentrale Konzernrisikocontrolling überwacht. Das hierzu eingerichtete Risikocontrolling- und Risikomanagementsystem erstreckt sich auf alle wesentlichen Risiken und auf deren risikokategoriespezifische Details.

Besondere Beachtung finden potenzielle Risikokonzentrationen. Sie sind in der LBBW nicht als eigenständige Risikokategorie definiert. Konzentrationen entstehen vielmehr zum einen durch den Gleichlauf von Risikopositionen innerhalb einer der genannten Risikoarten. Zum anderen können sie auch durch gemeinsame Risikofaktoren oder durch Interaktionen verschiedener Risikofaktoren unterschiedlicher Risikoarten entstehen. In der LBBW sind bestandsgefährdende Engagements und Konzentrationen auszuschließen. Es bestehen differenzierte Überwachungsprozesse und Limite (z. B. Branchenlimitierungen), um diese strategische Vorgabe zu überwachen.

Das Risk Committee setzt sich aus den für Financial Markets, Finanzen/Operations und IT sowie Marktfolge zuständigen Dezernenten sowie Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Marktfolge, Risikocontrolling und Finanzcontrolling, zusammen. Als beratender Ausschuss agiert es entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn bei der übergreifenden Überwachung der Risikotragfähigkeit und der wesentlichen Risiken sowie bei der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Basis dafür sind der monatliche Gesamtrisikobericht sowie weitere anlassbezogene Themenaufbereitungen. Des Weiteren unterstützt ein umfangreiches risiko- und themenspezifisches Berichtswesen die Entscheidungsträger beim Management der Risiken.

Das neue Asset Liability Committee agiert seit November 2010 entscheidungsvorbereitend für den Vorstand und unterstützt ihn unter anderem bei der Sicherstellung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung, der Aktiv-/Passivsteuerung und bei der Festlegung der Liquiditäts- und Refinanzierungsstrategie. Die Beschlussfassung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Das Committee wird koordiniert durch das Treasury und setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den für Financial Markets, Finanzen/Operations und IT sowie Marktfolge zuständigen Dezernenten sowie bestimmten Bereichsleitern, unter anderem aus Markt, Risikocontrolling, Finanzcontrolling und Rechnungswesen, zusammen.

## Neue Produkte Prozess.

Neuartige Produkte durchlaufen in der LBBW einen Neue Produkte Prozess, der die Abbildung in den verschiedenen Systemen der LBBW, etwa denen des Rechnungswesens oder des Risikocontrollings, sicherstellt. Dies betrifft in der LBBW grundsätzlich Handels- und Kreditprodukte, schwerpunktmäßig sind Produkte des Handels betroffen.



## Risiken aus Finanzinstrumenten.

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei dem einen Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt.

Als für Finanzinstrumente wesentlich eingestufte Risikokategorien werden das Kreditrisiko (Kreditnehmer-, Kontrahenten-, Emittenten-, Länder-, Transfer- und Sicherheitenrisiko), das Marktpreisrisiko (Aktienkurs-, Zins-, Währungs- und Rohwarenrisiko), das operationelle Risiko (Verlustgefahr infolge Unangemessenheit oder Versagen interner Verfahren und Systeme, Menschen oder infolge externer Ereignisse), das Liquiditätsrisiko (kurzfristiges Liquiditätsrisiko und Refinanzierungs(spread)risiko) und das Beteiligungsrisiko (Verlustgefahr aus nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen) sowie auch die sonstigen Risiken betrachtet.

Zum Management der für die LBBW relevanten Risiken steht eine ganzheitliche Betrachtungsweise im Vordergrund, die sich im vorliegenden Risikobericht, insbesondere bei der Betrachtung der Risikotragfähigkeit des LBBW-Konzerns, widerspiegelt. In der Risikotragfähigkeit wird eine konzernweite Zusammenfassung der Risiken über alle wesentlichen Risikokategorien und Tochtergesellschaften (Ökonomisches Kapital, grundsätzlich als Value-at-Risk) hinweg und deren Gegenüberstellung zur betriebswirtschaftlichen Kapitalausstattung (Risikodeckungsmasse) durchgeführt. Des Weiteren geben die Risikostrategien des LBBW-Konzerns den Risikorahmen vor. Zusätzlich sind detaillierte Angaben zu den Finanzinstrumenten im Anhang zum Jahresabschluss dieses Lageberichts enthalten.

## Prozessunabhängige Überwachung.

Der Bereich Revision überwacht prozessunabhängig alle Betriebs- und Geschäftsabläufe, das Risikomanagement und -controlling sowie das Interne Kontrollsystem (IKS) mit dem Ziel, das Vermögen der LBBW zu sichern und die betriebliche Leistungsfähigkeit zu fördern. Der Bereich Revision nimmt seine Aufgaben weisungsunabhängig wahr. Schriftliche und mit den geprüften Betriebseinheiten abschließend besprochene Prüfungsberichte informieren den Vorstand über die Prüfungsergebnisse. Der Bereich Revision überwacht auch die Erledigung der Prüfungsfeststellungen.

## Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. MaRisk.

Die LBBW unterliegt in vollem Umfang den Regelungen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk). Am 15. Dezember 2010 hat die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) mit der 3. MaRisk-Novelle die Mindestanforderungen konkretisiert und erweitert.

Durch die Neufassung der MaRisk werden vor allem die aufsichtlichen Anforderungen zum Strategieprozess, zur Berücksichtigung von Risikokonzentrationen und Diversifikationseffekten, zum Risikotragfähigkeitskonzept, zur Gesamtbanksteuerung, zum Stresstesting und zum Liquiditätsrisiko geschärft und ausgebaut. Die neuen Mindestanforderungen sind bis 31. Dezember 2011 vollständig umzusetzen. In der LBBW wurden zu diesen Themen umfangreiche Arbeitspakete zur Umsetzung

definiert, die teilweise bereits abgearbeitet wurden. Ausstehende Umsetzungsthemen werden bis zum Jahresende 2011 umgesetzt.

## SolvV.

Nachdem die aus Portfoliosicht wichtigsten Ratingverfahren durch die Aufsicht geprüft und abgenommen wurden, verwendet die LBBW seit dem 1. Januar 2008 den IRBA-Ansatz für die Eigenmittelunterlegung dieser Adressenausfallrisiken gemäß der Solvabilitätsverordnung (SolvV). Die LBBW strebt für die Folgejahre die aufsichtliche Zulassung weiterer Ratingverfahren an.

## Basel III.

Als Folge der tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise haben die G-20-Staaten eine umfangreiche Agenda zur Reform der Finanzmarktregulierung verabschiedet. Ziel der angestrebten Reformen ist, das Finanzsystem als Ganzes widerstandsfähiger zu machen.

Im Rahmen dieser Reform hat sich der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht im Auftrag der G-20-Staaten auf neue und erweiterte Vorschriften verständigt (sog. »Basel III-Framework«).

Kernstück der Reform ist die Verbesserung der Verlusttragfähigkeit des Eigenkapitals, insbesondere die Erhöhung sowohl der Quantität als auch der Haftungsqualität des Eigenkapitals sowie die Erweiterung der Risikomessung. Zukünftig sollen die Banken zur Deckung ihrer risikogewichteten Aktiva signifikant mehr Eigenkapital vorhalten. Operationalisiert wird dies durch höhere Mindestquoten und zusätzliche Kapitalpuffer.

Neben neuen Kennziffern zur Liquiditätsvorsorge und Verschuldung erarbeitete der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht auch Regeln, welche die Zyklizität der Eigenkapitalvorschriften nach Basel II (z. B. durch einen antizyklischen Kapitalpuffer) vermindern werden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Dämpfung der Systemrelevanz einzelner Banken diskutiert.

Die regulatorischen Neuerungen haben Implikationen auf die Geschäftsstrategie, die Ausrichtung der Geschäftsfelder, die Steuerungsmetrik sowie die technische Meldefähigkeit. Die Interdependenzen zwischen den regulatorischen Neuerungen und der Geschäftsstrategie erfordern eine integrierte Betrachtung.

Die Umsetzung des Themas Basel III wird in der LBBW durch ein interdisziplinäres Projektteam begleitet, welches neben quantitativen Auswirkungsanalysen Handlungsempfehlungen ausarbeitet und ein Basel-III-Implementierungsprojekt vorbereitet.

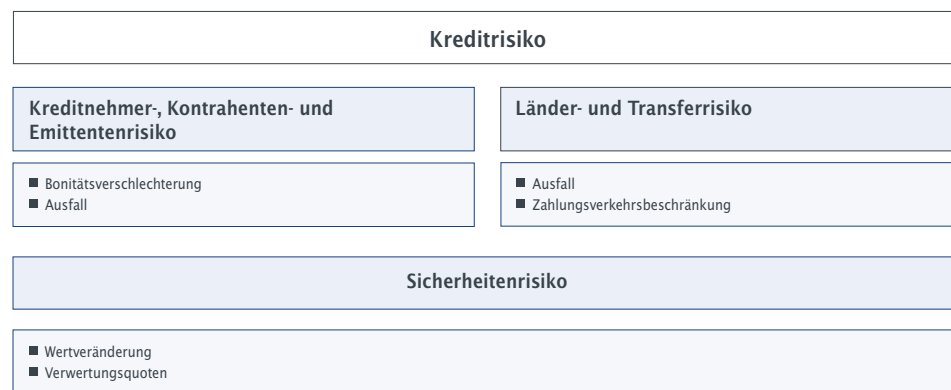
## Kreditrisiken.

Kreditrisiken werden in der LBBW als mögliche Wertverluste definiert, die durch

- Bonitätsverschlechterungen oder Ausfall von Kreditnehmern, Kontrahenten bzw. Beteiligungen,
  - die Auswirkung von grenzüberschreitenden Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder
  - Wertveränderungen von Sicherheiten
- entstehen.

Die Systematisierung des Kreditrisikos erfolgt gemäß der nachfolgenden Abbildung:

### Komponenten des Kreditrisikos.



### Kreditnehmer-, Kontrahenten- und Emittentenrisiko.

Risiko, dass ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht in vollem Umfang fristgerecht nachkommt, dass Bonitätsverschlechterungen bei Kreditnehmern oder Emittenten zu Wertverlusten führen oder dass bei Ausfall des Vertragspartners ein unrealisierter Gewinn nicht vereinnahmt werden kann.

### Länder- und Transferrisiko.

Ausfall eines öffentlichen Haushalts (analog Kreditnehmer-/Emittentenrisiko) und Risiko, dass bei grenzüberschreitenden Geschäften zahlungsfähige und zahlungswillige Kunden im Ausland aufgrund von Beschränkungen des Zahlungsverkehrs oder anderen hoheitlichen Maßnahmen ihre Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig erfüllen können.

### Sicherheitenrisiko.

Risiko, dass im Verwertungsfall Sicherheiten nicht die erwarteten (Markt-)Werte erzielen.

Das Management zur Begrenzung der vorgenannten Komponenten des Kreditrisikos wird in der LBBW als ganzheitlicher Prozess gelebt, der sich aus folgenden Komponenten zusammensetzt:

### Kreditrisikomanagement.



## Risikomessung.

Zur Risikomessung setzt die LBBW ein umfangreiches Instrumentarium von quantitativen Messverfahren ein. Diese unterliegen einer ständigen Qualitätskontrolle und werden bei Bedarf weiterentwickelt.

### Risikoklassifizierungsverfahren.

Für alle relevanten Geschäftsfelder hat die LBBW spezifische Ratingverfahren im Einsatz. Diese Verfahren quantifizieren die Ausfallwahrscheinlichkeit der Engagements. Dabei wird das Adressenausfallrisiko mit und ohne Berücksichtigung des Transferrisikos ermittelt.

Die Prognosefähigkeit der im Einsatz befindlichen Ratingverfahren wird regelmäßig überprüft und die Verfahren werden bei Bedarf weiterentwickelt. Die Pflege und Weiterentwicklung der Risikoklassifizierungsverfahren wird von der LBBW in Eigenregie oder in Kooperation mit der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (Tochtergesellschaft der Landesbanken) oder der S Rating GmbH (Tochtergesellschaft des DSGV) durchgeführt.

### Verwertungs- und Einbringungsquoten.

Für eine risikoadäquate Engagementbewertung ist neben der Ausfallwahrscheinlichkeit die Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall (loss given default) erforderlich. Diesbezüglich werden Schätzungen für Verwertungsquoten (durchschnittlich erwartete Erlöse aus der Sicherheitenverwertung in Relation zum Marktwert) sowie für Einbringungsquoten (Erlösanteile aus dem unbesicherten Anteil einer Forderung) ermittelt. Die Schätzungen basieren auf eigenen bzw. in Zusammenarbeit mit Sparkassen und anderen Landesbanken gesammelten Erfahrungswerten und Daten.

## Exposure zum Zeitpunkt des Ausfalls.

In Abhängigkeit von Produktart, Marktfaktor (Zins, Währung etc.) und Laufzeit erfolgt eine differenzierte Kalkulation von Potential Future Exposures, die eine adäquate Linienanrechnung gewährleisten.

## Erwartete Verluste und Credit Value-at-Risk.

Der erwartete Verlust – als Kennzahl in Abhängigkeit von der Kundenbonität, der Einschätzung der Verlusthöhe bei Ausfall sowie des erwarteten Exposures zum Zeitpunkt des Ausfalls – liefert die Basis für die Höhe der Standardrisikokosten. Diese gehen im Rahmen der Einzelgeschäfts-Vorkalkulation in die Ermittlung der risikoadäquaten Kreditkonditionen ein. In der Portfoliobetrachtung können mit dieser Kennzahl eine Vergleichbarkeit verschiedener Portfolios hergestellt und die Planrisikokosten plausibilisiert werden. Im Rahmen der Impairmentrechnung wird für die Kalkulation der pauschalen Risikovorsorge (GLLP und PLLP-non impaired) ebenfalls auf das Konzept des erwarteten Verlustes zurückgegriffen, um den tatsächlichen Verlust (incurred loss) zu schätzen, der aufgrund von Informationsverzügen noch nicht erkannt wurde.

Der unerwartete Verlust oder Credit Value-at-Risk (CVaR) bezeichnet in der LBBW den potenziellen Barwertverlust eines Portfolios über den erwarteten Verlust hinaus. Hierbei wird der Betrag ermittelt, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (Konfidenzniveau) im Zeithorizont von einem Jahr nicht überschritten wird. Dabei spielen Konzentrationsrisiken eine entscheidende Rolle: Größenkonzentration und Branchenkonzentrationen bei einzelnen Kreditnehmern erhöhen das Portfoliorisiko, eine hohe Granularität und Diversifikation vermindern dieses. Um diesen Wert zu ermitteln, verwendet die LBBW ein auf der Modellierung von Ratingmigrationen beruhendes Kreditportfoliomodell. Entsprechend ihrem Rating sind den einzelnen Kreditnehmern Ausfall- und Migrationswahrscheinlichkeiten zugeordnet. Diese werden so modelliert, dass Korrelationen zwischen den Kreditnehmern (insbesondere anhand ihrer Zuordnung zu Branchen und Ländern) angemessen berücksichtigt werden. Das Kreditexposure wird dazu einer Mark-to-Model-Bewertung unterzogen, die Berechnung ist barwertorientiert. Zur Risikorechnung verwendet das Kreditportfoliomodell einen Monte-Carlo-Simulationsansatz. Der CVaR wird analog zu den sonstigen Risikokategorien zum Konfidenzniveau von 99,95 % berechnet.

## Stresstests.

Neben den letztlich vergangenheitsorientierten statistischen Kennzahlen und Instrumenten der Risikomessung sind Stress-Szenarien ein wesentlicher Baustein der Risikoabschätzung. Sie analysieren im Vorhinein die Wirkung möglicher konjunktureller Schwankungen und krisenhafter Marktentwicklungen daraufhin, ob die Risikotragfähigkeit der LBBW auch für diese Extremsituationen ausreichend bemessen ist. In der LBBW wird ein Set von standardisierten Kreditrisiko-Stress-Szenarien gerechnet, die in die Risikotragfähigkeit Eingang finden. Darüber hinaus werden nach aktuellem Bedarf spezielle Stress-Szenarien ergänzt, die Veränderungen des LBBW-Portfolios in Bezug auf potenzielle Entwicklungen (z. B. Branchenkrisen) analysieren.

## Risikoüberwachung und -reporting. Einzelengagementebene.

Die Überwachung der Risiken auf Einzelengagementebene wird durch die fortlaufende Beobachtung des Kunden und seines Umfeldes durch die engagementverantwortlichen Risikoanalysten der Marktfolge gewährleistet.

Die internen Prozesse der LBBW sind darauf ausgerichtet, auf Grundlage von Frühwarnindikatoren bonitätsschwache Engagements bzw. Bonitätsverschlechterungen frühzeitig zu erkennen. Dadurch können im Dialog mit dem Kunden rechtzeitig geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden. In Abhängigkeit vom Risikogehalt werden die problembehafteten Engagements in Intensivbetreuungs-, Sanierungs- und Abwicklungsfälle differenziert und von spezialisierten Abteilungen betreut. Die LBBW strebt dabei im Einklang von Eigen- und Kundeninteresse eine Verlustminimierung durch erfolgreiche Sanierungsaktivitäten an.

Zur gezielten Berichterstattung an die zuständigen Entscheidungsträger ist ein Ad-hoc-Reporting-Prozess für bedeutende und außergewöhnliche Ereignisse implementiert. Größere und/oder schwierige Kreditrisikoengagements werden dem Vorstand und den Aufsichtsgremien mit fundierten Aussagen zur jeweiligen Engagementstrategie und zur wirtschaftlichen Entwicklung regelmäßig zur Kenntnis gegeben.

## Portfolioebene.

Die Überwachung des Adressenausfallrisikos auf Portfolioebene erfolgt im von Markt- und Marktfolgebereichen organisatorisch getrennten Bereich Konzernrisikocontrolling. In diesem sind weiter die Zuständigkeit für die Angemessenheit der Ratingverfahren, die Kreditrisikomessung, die Überwachung der Kontrahenten-, Länder- und Branchenlimite sowie die Erstellung der Risikoberichte angesiedelt.

Die Überwachung der Risiken erfolgt durch Limitierungen auf verschiedenen Portfolioebenen und das Konzern-Kreditrisiko ist darüber hinaus mittels eines Limits für das ökonomische Kapital auf Basis des Credit Value-at-Risk (CVaR) begrenzt.

Die Einhaltung der Länderlimite wird mit einem speziellen Limitsystem kontrolliert. Für die im Jahr 2010 stark im Fokus stehenden sogenannten PIIGS-Länder wurde auf Basis dieses Systems eine regelmäßige Berichterstattung an den Vorstand installiert.

Das Portfolio der Financial Institutions ist sowohl in der Summe als auch – ergänzend zum Länderlimit – länderabhängig limitiert. Je Land wird zudem mit einem weiteren Limit das Exposure aller nicht systemrelevanten Financial Institutions begrenzt.

Branchenrisiken aus dem Corporates-Portfolio werden durch die Vorgabe branchenbezogener Limite begrenzt und überwacht. Das Limitsystem beruht auf einem eigens dafür konzipierten risikoorientierten Branchenschlüssel, der entlang der Wertschöpfungskette der Unternehmen Branchensegmente mit hohen Verlustabhängigkeiten zusammenfasst. So werden beispielsweise Maschinenbauunternehmen, deren Produkte überwiegend an Kunden aus der Automobilbranche verkauft werden, ebenfalls der Automobilbranche zugeordnet.

Das monatlich stattfindende Risk Committee informiert die Entscheidungsträger turnusmäßig über die Risikolage auf Portfolioebene und die Einhaltung der geschilderten Limitierungen. Ergänzend hierzu liefert der Kreditrisikobericht als Teil des Gesamtrisikoberichts zusätzliche Detailinformationen. Mittels Portfolioanalysen wird über die aktuelle Risikosituation berichtet. Gegebenenfalls werden den Entscheidungsträgern (Gesamtvorstand und Aufsichtsgremium) Handlungsempfehlungen gegeben. Zusätzlich erhält der Vorstand regelmäßig Portfolioberichterstattungen der jeweiligen Marktfolgeeinheiten mit Detailinformationen zu Risikoentwicklungen diverser Geschäftsfelder sowie zu kritischen Engagements. Außerdem wird monatlich die laufende Entwicklung der tatsächlichen Risikokosten und die Abweichung zu den Plan- bzw. Standardrisikokosten berichtet.

## Risikosteuerung.

Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt insbesondere durch die Vorgaben der Kreditrisikostrategie, durch die Einhaltung der ÖKap-Limite in Bezug auf den Credit Value-at-Risk sowie der Überwachung von Konzentrationsrisiken (Branchen, Länder, Einzelkontrahenten).

### Einzelengagementebene.

Für das Risikomanagement auf Ebene der Einzeladressen sind die Marktfolgebereiche zuständig. Wesentliche Bestandteile der Einzelgeschäftssteuerung sind risikolimitierende, risk-return-orientierte sowie geschäftsfeldspezifische Vorgaben im Rahmen der Kreditrisikostrategie. Die Risikobegrenzung auf Einzelgeschäftsebene erfolgt zum einen durch die differenzierte Vorgabe einer Mindestbonität für die Kreditnehmer. Zum anderen werden Kredithöhe, Laufzeit und Sicherheitenstruktur an die Kundengruppe und die Bonität der jeweiligen Kreditnehmer gekoppelt.

Da aus ökonomischer Sicht der risikoadjustierte wirtschaftliche Ergebnisbeitrag wesentliche Entscheidungsgrundlage für den Geschäftsabschluss ist, besteht in der LBBW die Pflicht zur Vorkalkulation aller Geschäfte. Kalkulationsbestandteile sind neben dem Einstandszinssatz die Bedarfsspanne (Deckung der Bearbeitungskosten), die Kapitalspanne (Verzinsung des Eigenkapitals) und die Risikospanne (Deckung erwarteter Verluste). Die Ergebnisse der Vorkalkulation sind Grundlage der Geschäftssteuerung auf Einzelkunden- und Profit-Center-Ebene.

### Portfolioebene.

Zur Steuerung des Konzern-Kreditportfolios wird insbesondere die Auslastung des Limits für das ökonomische Kapital für Kreditrisiken (auf Basis Credit Value-at-Risk) überwacht. Auf Basis eines Ampelsystems werden bei hohen Limitauslastungen frühzeitig risikoreduzierende Maßnahmen eingeleitet. Ergänzend liefern die Ergebnisse der Stresstests Hinweise auf potenziell gefährliche Risikokonstellationen.

Länderlimite werden vom Vorstand auf Basis eines Vorschlags des Länderlimitausschusses festgelegt. Bei einer hohen Länder-Limitauslastung wird dem Länder- und Transferrisiko durch die Verhängung von Geschäftsstopps gezielt entgegengesteuert. Bei Verschlechterungen der Länderbonität werden Limite reduziert und/oder Geschäftsstopps ausgesprochen.

Die Limitierung des Portfolios der Financial Institutions sowie der Corporates-Branchen wird kontinuierlich überwacht und löst bei Bedarf steuernde Maßnahmen, wie z. B. Kauf von Sicherungsgeschäften, Neugeschäftsstopp etc. aus.

Auf Ebene der Geschäftsfelder erfolgt die Risikobegrenzung durch die Einhaltung der quantitativen Vorgaben der Kreditrisikostategie in Bezug auf Ratingstrukturen, Portfolioqualität und Risk-Return-Vorgaben (z. B. Zielvorgaben zur Eigenkapitalrentabilität). Durch die Ausrichtung der Strategie auf operative Geschäftsfelder sind klare (Teil-)Portfolio-Zuständigkeiten für die Einhaltung der Vorgaben aus der Kreditrisikostategie definiert. Ergänzend erstrecken sich die Vorgaben der Strategie auf die zulässigen Produktarten pro Geschäftsfeld.

Die LBBW hat zum 1. Dezember 2009 im Dezernat Marktfolge einen neuen Bereich eingerichtet, der für das Management des Credit Investment Portfolios (CIP) verantwortlich ist. Im CIP gebündelt ist das Kreditersatzgeschäft der LBBW, der ehemaligen Sachsen LB und der ehemaligen Landesbank Rheinland-Pfalz. Der im Zuge der Restrukturierung der LBBW eingeleitete Abbau des CIP-Portfolios wird in den kommenden Jahren sukzessive fortgesetzt.

## Risikolage.

### Vorbemerkung.

Die verschiedenen Portfoliodarstellungen nach Regionen, Ratingstufen und Branchen geben einen Überblick über die Risikolage der LBBW. In den nachfolgenden Tabellen wird als Betragsgröße das Brutto-Exposure oder alternativ das Netto-Exposure ausgewiesen. Während das Brutto-Exposure definiert ist als Inanspruchnahme zuzüglich externer offener Kreditzusagen, berücksichtigt das Netto-Exposure noch zusätzlich Sicherheitenwirkungen.

### Regionen.

In der regionalen Verteilung überwiegt mit über 61 % des Brutto-Exposures das inländische Geschäft (31.12.2009: 60%). Hier zeigt sich die Fokussierung auf die Kernmärkte im Privat-, Mittelstands- und Großkundengeschäft sowie die Funktion als Sparkassenzentralbank. Die Auslandsengagements verteilen sich zu 89 % auf Westeuropa und Nordamerika und somit auf Länder mit keinem (Euro-Zone) oder sehr geringem Transferrisiko. Der Gesamtportfolioanteil aller Engagements in den sogenannten PIIGS-Ländern beträgt weniger als 5 % und wird auch zukünftig weiter reduziert werden. Engagements in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und gegenüber supranationalen Institutionen stellen in Summe weniger als 2 % des Gesamtportfolios.



## Brutto-Exposure nach Regionen.

Region	Anteil
Deutschland	61,7 %
Westeuropa (ohne Deutschland)	25,0 %
Nordamerika	9,1 %
Asien/Pazifik	2,4 %
Osteuropa	1,3 %
Lateinamerika	0,5 %
Afrika	0,0 %
Supranationale	0,0 %
<b>Summe</b>	<b>100,0 %</b>

## Reduzierung des Kreditrisikos.

Die obige Darstellung des Kreditportfolios auf Basis des Brutto-Exposures lässt die Risikoreduzierung durch Sicherheitenwirkungen unberücksichtigt. Zum einen wird das Kreditrisiko auf Einzeladressebene durch Netting- und Collateral-Vereinbarungen reduziert, zum anderen kommen zu diesem Zweck klassische Kreditsicherheiten wie Grundpfandrechte, Garantien, Bürgschaften, Verpfändung, Abtretung und Sicherungsübereignung zum Einsatz. Aus diesem Grund liefert das Netto-Exposure ein genaueres Bild der Risikolage. Das Netto-Exposure leitet sich wie folgt aus dem Brutto-Exposure ab:

Mio. EUR	
<b>Brutto-Exposure*</b>	<b>460 441</b>
Netting/Collateral	- 41 602
Kreditderivate	- 30 865
Klassische Kreditsicherheiten	- 51 688
<b>Netto-Exposure*</b>	<b>336 286</b>

\* Nicht dargestellt sind konzerninterne Forderungen in Höhe von 11,3 Mrd. EUR Brutto-Exposure bzw. 11,1 Mrd. EUR Netto-Exposure.

Der Ausweis der klassischen Kreditsicherheiten erfolgt konservativ, d. h. unter Berücksichtigung von differenzierten Schätzern für Verwertungs- und Einbringungsquoten unter Zerschlagungsgesichtspunkten.

## Portfolioqualität und Branchen.

Die Aufgliederung des Netto-Exposures nach den Dimensionen Branche und Rating gibt gleichermaßen Auskunft über den Umfang der Geschäftstätigkeit der LBBW und die Risikosituation in der jeweiligen Branche. Die Brancheneinteilung erfolgt auf Grundlage des LBBW-internen risikoorientierten Branchenschlüssels.

### Netto-Exposure nach Rating\* und Branchen.

Netto-Exposure in Mio. EUR	AAA – BBB-	BB+ – B+	B – C	Default	Sonstiges	Gesamt
<b>Finanzinstitute</b>	157 165	5 605	937	1 395	1 815	166 917
Kreditinstitute	131 213	4 173	384	710	22	136 502
Finanzdienstleistungen	25 952	1 431	553	685	1 794	30 415
<b>Unternehmen</b>	54 129	18 551	3 914	4 193	1 058	81 845
Automobil	4 518	3 385	472	568	18	8 961
Bauwirtschaft	3 774	1 756	351	429	108	6 419
Branchenübergreifende Dienstleistungen für Unternehmen	1 823	606	94	255	144	2 921
Branchenübergreifende Industriegüter	2 111	658	73	84	39	2 965
Commercial Real Estate	5 650	2 529	762	1 497	67	10 505
Health Care	2 073	486	42	57	124	2 782
Lebensmittel-Handel und sonstige nicht zyklische Konsumgüter	2 090	774	8	43	10	2 924
Transport und Logistik	2 825	751	595	88	38	4 296
Versicherungen	3 360	67	53	24	21	3 524
Versorger	4 752	465	86	21	27	5 352
Sonstige Branchen**	21 153	7 074	1 378	1 127	462	31 195
<b>Öffentliche Hand</b>	77 816	236	1	2	37	78 091
<b>Privatpersonen</b>	2 817	831	176	226	5 384	9 434
<b>Summe</b>	291 927	25 223	5 028	5 815	8 293	336 286
in Prozent	86,8%	7,5%	1,5%	1,7%	2,5%	100,0%

\* Äquivalente externe Ratingklassen

\*\* In »Sonstige Branchen« sind Branchen mit einem Anteil < 2% am Unternehmensportfolio zusammengefasst.

Aus der Ratingverteilung ist ersichtlich, dass 86,8% des Netto-Exposures (Vorjahr: 82,8%) auf Geschäfte mit Kunden sehr guter bis guter Bonitäten (sog. investment grade Ratings) entfällt. Leistungsgestörte Engagements (siehe Spalte »Default«) nehmen mit 1,7% (Vorjahr: 1,5%) weiterhin einen geringen Anteil am Gesamtportfolio ein. In der Spalte »Sonstiges« sind Geschäfte mit Kunden aufgeführt, bei denen z. B. aus Risikorelevanzgründen auf ein Rating verzichtet wird.

Die Branchenverteilung weist als größtes Teilportfolio die Finanzinstitute aus. Sparkassen und Landesbanken stellen hiervon mehr als die Hälfte des Netto-Exposures.

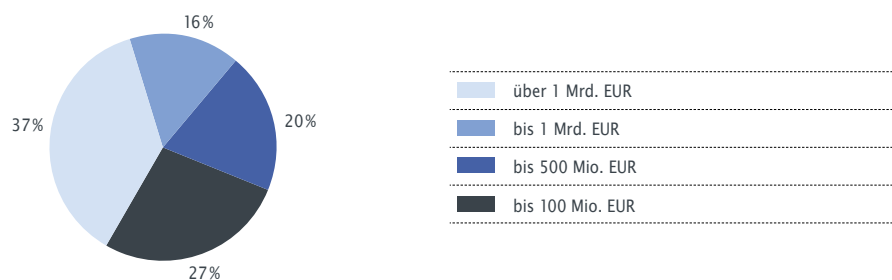
Das Portfolio der Unternehmenskunden zeigt die vorhandene Branchendiversifikation. Die Branchen »Commercial Real Estate« und »Automobil« sind die gewichtigsten Unternehmensbranchen, in Relation zum Gesamtportfolio stellen diese dennoch nur einen Portfolioanteil von 3,1 % bzw. 2,7%. Auf Jahressicht hat sich der Gesamtportfolioanteil der Branche »Versorger« von 2,7 % auf 1,6 % überproportional reduziert. Entscheidender Treiber dieser Entwicklung ist die im Jahr 2010 neu eingeführte Branche »Erneuerbare Energien« (2,4 Mrd. EUR Netto-Exposure per 31. 12. 2010), die sich in großem Umfang aus Kreditnehmern zusammensetzt, die vormals der Branche »Versorger« zugeordnet waren. Geschäfte mit der Öffentlichen Hand und mit Privatpersonen tragen zur weiteren Portfolio-diversifikation bei.

## Größenklassen.

Der Portfolioanteil der Größenklasse >1 Mrd. EUR Netto-Exposure verringert sich auf Jahressicht von 40 % auf 37 %: Hiervon entfallen 43 % auf Exposures gegenüber Landesbanken und Sparkassen (davon mehr als zwei Drittel unter Gewährträgerhaftung) und weitere 39 % auf Exposures gegenüber Öffentlichen Haushalten (insbesondere inländische Gebietskörperschaften). Der Rest verteilt sich auf Banken und Unternehmen mit fast ausschließlich sehr guter bis guter Bonität. Durch sukzessiven Abbau bei einzelnen Großengagements wird auch zukünftig eine weitere Anteilsreduzierung der Größenklasse >1 Mrd. EUR Netto-Exposure am Gesamtportfolio verfolgt.

Auch in den Größenklassen bis 1 Mrd. EUR bzw. bis 500 Mio. EUR Netto-Exposure dominieren mit einem Anteil von über 96 % bzw. über 90 % die sehr guten bis guten Bonitäten. Die Größenklasse kleiner 100 Mio. EUR bildet ein aus Retail- und Unternehmenskunden bestehendes granulares Portfolio.

## Größenklassenverteilung in % (Kreditnehmereinheiten).



## Risikovorsorge.

Die Entwicklung der Risikovorsorge zeigt die folgende Tabelle:

### Bewertungsergebnis Kredit.

Mio. EUR	Bestand	Um- buchungen	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Direktab- schreibung/ Eingänge auf abge- schriebene Förde- rungen	Währungs- differenz
Bonitätsrisiken	4 261,4	-24,5	1 296,3	880,7	596,1	94,7	105,7
PWB	456,5	0,0	176,6	327,8	0,0	0,0	0,0
<b>LBBW (Bank)</b>	<b>4 717,9</b>	<b>-24,5</b>	<b>1 472,9</b>	<b>1 208,5</b>	<b>596,1</b>	<b>94,7</b>	<b>105,7</b>

Mio. EUR	G+V- relevante Risiko- kosten	Bestand 12/10	in % zum Brutto- Exposure	Brutto- Exposure
Bonitätsrisiken	510,3	4 162,2	0,90%	460 440,8
PWB	-151,3	305,2		
<b>LBBW (Bank)</b>	<b>359,1</b>	<b>4 467,4</b>		

Die Kreditrisikokosten per 12/2010 liegen mit ca. 360 Mio. EUR deutlich unter dem Planwert. Haupttreiber der Risikokosten im Kreditgeschäft ist vor allem die Branche »Commercial Real Estate« (ca. 300 Mio. EUR), insbesondere in den USA.

Die deutliche Unterschreitung des Planwertes ist neben hohen Auflösungen aus EWB-Bildungen der Jahre 2008/2009 auch auf die nahezu ausgebliebene Insolvenzwelle im Unternehmens-/Mittelstandsegment zurückzuführen.

Darüber hinaus weist die Portfoliowertberichtigung vor allem aufgrund von Ratingverbesserungen Auflösungen gegenüber dem Jahr 2009 auf.

Das Netto-Exposure in der Default-Klasse übersteigt die gebildete Risikovorsorge. Dies erklärt sich unter anderem durch einen konservativen Wertansatz der Sicherheiten sowie aus der Beobachtung von nur temporär begrenzten Zahlungsverzögerungen von Engagements, aus denen kein Risikovor-sorgebedarf generiert wird.

## Marktpreisrisiken.

Unter Marktpreisrisiken versteht die LBBW die potenziellen Verluste aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen. Die Marktpreisrisiken werden nach Einflussfaktoren untergliedert. Nachfolgende Ausprägungen von Marktpreisrisiken entstehen aus den Geschäftsaktivitäten der LBBW:

### Ausprägungen von Marktpreisrisiken.

Marktpreisrisiken	Ausprägung
Aktienkursrisiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Allgemeine und besondere Kursrisiken</li> <li>■ Optionsrisiken</li> </ul>
Zinsrisiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Allgemeine und spezifische Zinsänderungsrisiken</li> <li>■ Optionsrisiken</li> <li>■ Credit-Spread-Risiken</li> </ul>
Währungs-/Rohwarenrisiken	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Wechselkursrisiken</li> <li>■ Rohwarenrisiken</li> <li>■ Optionsrisiken</li> </ul>

## Risikomessung. Risikomodell.

Die LBBW ermittelt den Value-at-Risk (VaR) aus Marktpreisrisiken mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von zehn Tagen; zur bankinternen Steuerung werden die Parameter 95 % und ein Tag Haltedauer verwendet.

Gemessen wird mittels eines eigenentwickelten Verfahrens, das auf einer klassischen Monte-Carlo-Simulation beruht. In der Simulation werden marktinduzierte Wertschwankungen auch von komplexen Geschäften größtenteils nicht genähert, sondern mit vollständiger Bewertung berücksichtigt. Die historischen Zeitreihen der letzten 250 Tage gehen gleich gewichtet in die Schätzung der Kovarianzen ein. Mittels Backtesting-Analysen wird die Qualität der eingesetzten VaR-Schätzverfahren sichergestellt. Das Modell der LBBW wird auch für die übrigen Konzerngesellschaften mit wesentlichen Marktpreisrisiken verwendet, sodass eine konzernweit einheitliche Steuerung mit der Risikokennzahl Value-at-Risk möglich ist. Das Modell wird für allgemeine Zins- und Aktienrisiken zur Ermittlung der Eigenkapitalunterlegung für Marktrisiken verwendet.

Marktpreisrisiken werden in der LBBW im Handelsbuch und im Anlagebuch konsistent mit der gleichen VaR-Methodik abgebildet.

Zinsrisiken als potenziell nachteilige Entwicklungen der Marktzinssätze beziehen sich sowohl auf die Handelsportfolios als auch auf die strategische Zinsposition des Anlagebuchs.

Die Credit-Spread-Risiken haben im Zuge der Finanzmarktkrise einen bedeutenden Anteil am Marktpreisrisiko der LBBW erlangt. Die bonitätssensitiven Geschäfte des Handels- und des Anlagebuches werden auf rating- und branchenabhängige Zinskurven gemappt. Damit werden auch die allgemeinen Credit-Spread-Risiken aus Bonds und ABS-Papieren gemessen. Zusätzlich wird für Wertpapiere das emittentenspezifische Risiko anhand der Spreads (und der Spreadvolatilität) einzelner Adressen berechnet. Die Credit-Spread-Risiken aus allen Kreditderivaten werden anhand eines Multi-Index-Modells ermittelt. Hier gehen die jeweiligen Credit-Spreads des Referenzschuldners in die Risikorechnung ein.

Ergänzt werden die VaR- und Sensitivitäten-Berechnungen wöchentlich durch separate Stress-Szenarien für das Handels- und Anlagebuch. Durch das Stresstesting wird untersucht, wie sich der Wert eines Portfolios unter extremen Marktbedingungen verändert. Mit dem Fokus, besondere Kurvenbewegungen und Spreadveränderungen abzubilden, greift die LBBW sowohl auf selbst definierte (synthetische) als auch auf historische Marktbewegungen zurück. Synthetische Szenarien beziehen sich meist auf ausgewählte Marktfaktorgruppen (wie Zinsshifts, Aktienschifts) einzeln oder in Kombination oder den Stresstest von Basisrisiken (z. B. von verschiedenen Zinskurven). Besondere Aufmerksamkeit wurde im Jahr 2010 der Entwicklung von makroökonomischen Szenarien gewidmet, in denen unter anderem der weitere Verlauf und die potenziellen Auswirkungen der europäischen Staatenkrise analysiert wurden. Historische Szenarien wurden aus den Datenanalysen von Marktschocks generiert, wobei die vorhandenen Szenarien speziell um Stresstests für die Finanzmarktkrise erweitert wurden. Alle Szenarien dienen dazu, zukunftsgerichtet extreme Ereignisse an den Finanzmärkten abzubilden, die im VaR als historienbasierte Kennzahl nicht in dezidierter Form enthalten sind. Die Ergebnisse werden sowohl portfoliobezogen als auch mit ihrer Auswirkung auf den Gesamtkonzern und die Risikotragfähigkeit an die jeweiligen Entscheidungsträger berichtet und berücksichtigt.

Aus den im Juli 2009 veröffentlichten »Revisions to the Basel II market risk framework« des Baseler Committees resultiert die aufsichtsrechtliche Anforderung, ein »stressed value-at-risk«-Konzept umzusetzen und dabei eine Beobachtungsperiode zu berücksichtigen, die einen »signifikanten finanziellen Stresszeitraum« darstellt. Obwohl die Pflicht zur Umsetzung und Eigenkapitalunterlegung auf 2011 verschoben wurde, hat die LBBW das Konzept bereits 2010 produktiv genommen und in die Gesamtbanksteuerung sowie in die Risikotragfähigkeitsrechnung integriert.

#### Weiterentwicklung des Risikomodells.

Wenn die vollständige Abbildung der Produkte des Handels nicht sofort umgesetzt werden kann (z. B. nach einem Neue Produkte Prozess), findet ein Stufenverfahren Anwendung, in dem der Handel in diesen Produkten zunächst nur sehr stark reglementiert stattfindet.

Auch im Jahr 2010 hat die LBBW ihr internes Marktrisikomodell unter anderem aufgrund der Dynamik der Kapitalmärkte sowie veränderten regulatorischen Anforderungen, wie beispielsweise mit der Umsetzung des stressed VaR-Konzepts, weiterentwickelt.

Im Sinne einer regelmäßigen Qualitätssicherung und Validierung werden neben den Bewertungen auch die Adäquanz der Risikomodellierung und die verwendeten Risikofaktoren regelmäßig überprüft. Sollten bestimmte Märkte und Risikoarten künftig an Bedeutung gewinnen, kann das eigenentwickelte Modell flexibel erweitert werden.

Generell gilt jedoch, dass den Bewertungsverfahren Grenzen gesetzt sind: Jede Art der Modellierung beinhaltet eine Vereinfachung gegenüber der Realität. Derartigen »Modellrisiken« begegnet die LBBW durch weiterführende Analysen und Limitierungen (z. B. für spezifische Sensitivitäten oder Szenario-werte) sowie ggf. durch Bewertungsabschläge. Für Modellrisiken wird zusätzlich ein entsprechender Puffer in der Risikotragfähigkeit freigehalten.

### Risikosteuerung.

Die laufende Risikosteuerung erfolgt durch die jeweiligen Portfolioverantwortlichen in den Handelsbereichen und im Bereich Treasury im Rahmen der Marktpreisrisikostrategie sowie der gesetzten Limite. Die Limite auf Basis von Value-at-Risk (VaR), Stop-Loss oder Sensitivitäten werden vom Gesamt-vorstand festgesetzt, bezüglich bestimmter Subportfolios wird diese Kompetenz an einzelne Vorstandsmitglieder delegiert und in einem hierarchisch gegliederten Kompetenzsystem weiterverteilt.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Handelsbuch ist Aufgabe der Handelsbereiche. In den Handelsbereichen sind nach Produktzuständigkeiten die Trading- und Sales-Einheiten der Bank zusammengefasst:

Die Aufgabe der Sales-Einheiten liegt im Abschluss von Handelsgeschäften mit Kunden und der Akquisition bzw. Pflege von Verbindungen zu institutionellen Investoren. Sie gehen darüber hinaus keine Risiko-Positionen ein.

Die Trading-Einheiten sind für den Handel der Bank zuständig, insbesondere werden die Marktpreisrisiken aus denjenigen Geschäften der Sales-Gruppen, die nicht zur Absicherung durch den Bereich Treasury vorgesehen sind, in Handelsbücher übernommen. Die Trading-Einheiten tragen die Marktpreisrisiko- und Ergebnisverantwortung.

Die Geschäfte des Kreditsatzgeschäfts sind in einem Portfolio (CIP) gebündelt. Die Geschäfte werden sukzessive gemäß EU-Plan abgebaut.

Die Zinsänderungsrisiken aus den Neugeschäften mit Kunden schließt der Bereich Treasury im Wesentlichen zeitnah durch Gegengeschäfte.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken im Anlagebuch liegt in der direkten Verantwortung des Vorstands.

### Risiküberwachung.

Die Auslastung der Limite und die Einhaltung der unter anderem in den Portfoliosteckbriefen festgelegten Risikostrategie werden durch den jeweiligen Portfolioverantwortlichen im Konzernrisikocontrolling überwacht und dem Gesamtvorstand berichtet. Neben der täglichen Berichterstattung erhält der Vorstand im monatlichen Rhythmus mit dem Gesamtrisikobericht detaillierte Informationen über die Risiko- und Ertragsentwicklung sowie wöchentlich Reports zu Worst-Case-Ergebnissen. Die ergänzenden stressed VaR-Werte werden monatlich gerechnet und berichtet.

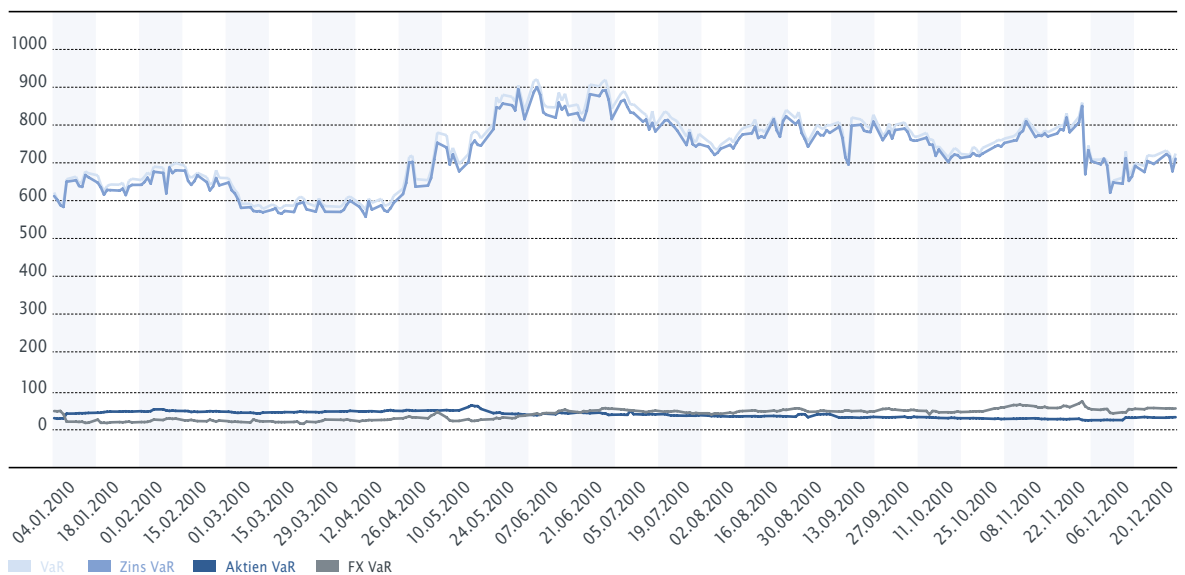
## Risikolage.

### Entwicklung der Marktpreisrisiken.

Die eingegangenen Marktpreisrisiken standen 2010 durchweg im Einklang mit der Risikotragfähigkeit der LBBW. Im Mai und Juni des Jahres 2010 kam es allerdings infolge der europäischen Staatenkrise zu VaR- und Stopp-Loss-Limitüberschreitungen bis auf die Ebene der Bank und des Konzerns, welche entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert wurden.

Die folgende Grafik stellt den Jahresverlauf der Marktpreisrisiken der Bank dar.

### Risikoverlauf LBBW (Bank) in Mio. EUR.



Im ersten Halbjahr stieg das Marktpreisrisiko der Bank deutlich an, weil sich die Credit-Spreads der Sovereigns im Zug der europäischen Staatenkrise deutlich ausgeweitet haben. Dies führte zu einer Änderung des Spreadniveaus und zu einer Erhöhung der Volatilität der Credit-Spreads. Die Beruhigung der Märkte spiegelt sich über den gleich gewichteten 250-Tage-Durchschnitt erst langsam und zeitverzögert in der Volatilität und damit im Marktpreisrisiko wider. Credit-Spread-Risiken sind dabei in den Zinsänderungsrisiken enthalten.

Seit Dezember 2010 wird das Credit-Spread-Risiko des klassischen Kreditgeschäfts nicht mehr im Marktpreisrisiko berücksichtigt. Dies führte zu einem sichtbaren Risikorückgang im Marktpreisrisiko. Die Vorgehensweise ist Marktstandard, da das Portfolio insbesondere Kreditrisiken ausgesetzt ist und entsprechend im Kreditrisiko (CVaR) berücksichtigt wird.

Die Marktpreisrisiken der LBBW werden insgesamt von Zins- und Credit-Spread-Risiken geprägt. Das Gesamtrisiko wird dabei dominiert von den Positionen im Anlagebuch. Maßgeblich sind hier die Basisrisiken im Zinsbereich zwischen einzelnen europäischen Staaten bzw. Financial-Kurven und der Swapkurve sowie das Exposure gegenüber Credit-Spreads inklusive der Risiken aus festverzinslichen Wertpapieren, Kreditderivaten und dem Kreditersatzgeschäft. Weniger bedeutsam als Zins- und



Spreadrisiken sind bei der LBBW die Aktienrisiken sowie Währungs- und Rohwarenrisiken. Letztere beinhalten auch Risiken aus Edelmetall- und Sortenbeständen, die nur in geringem Umfang vorliegen.

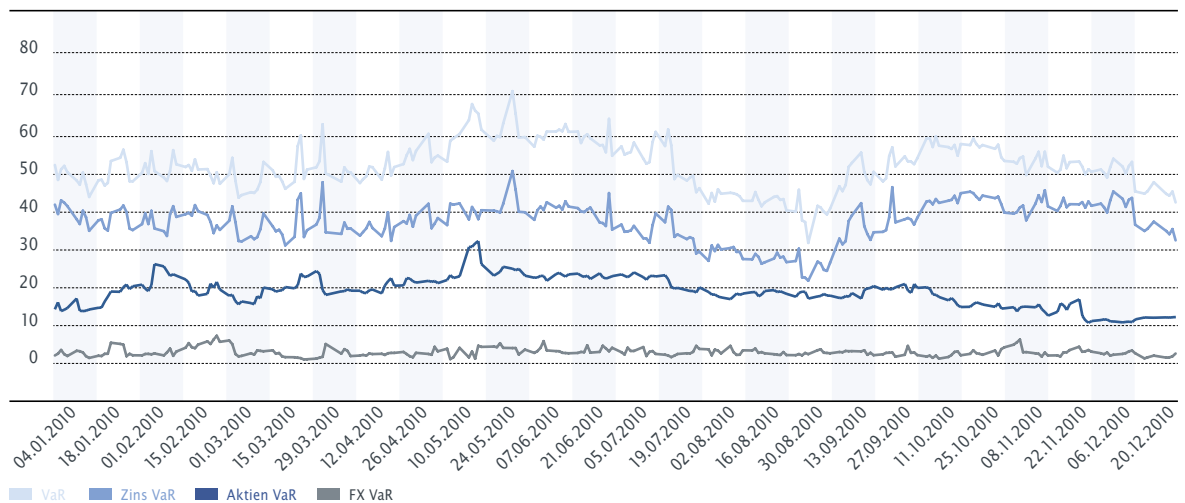
Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des VaR (99%/10 Tage) nach Risikoarten auf Gesamtbankenbene:

VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2010	30.12.2009
<b>LBBW (Bank) Gesamt</b>	<b>728</b>	<b>913</b>	<b>570</b>	<b>717</b>	<b>620</b>
Zinsänderungsrisiken (inkl. Credit-Spread-Risiken)	712	893	550	704	611
Aktienrisiken	31	54	16	24	23
Währungsrisiken	31	63	8	46	40

Für die Handelsbuchpositionen ergeben sich folgende Verlaufsgrafik und tabellarische Zusammensetzung der Marktpreisrisiken:

#### Risikoverlauf Handelsbuch in Mio. EUR.



VaR 99 %/10 Tage

Mio. EUR	Durchschnitt	Maximum	Minimum	30.12.2010	30.12.2009
<b>LBBW (Bank) Handelsbuch</b>	<b>52</b>	<b>71</b>	<b>32</b>	<b>43</b>	<b>62</b>
Zinsänderungsrisiken	37	51	21	32	53
Aktienrisiken	19	33	11	12	14
Währungsrisiken	3	7	1	3	2

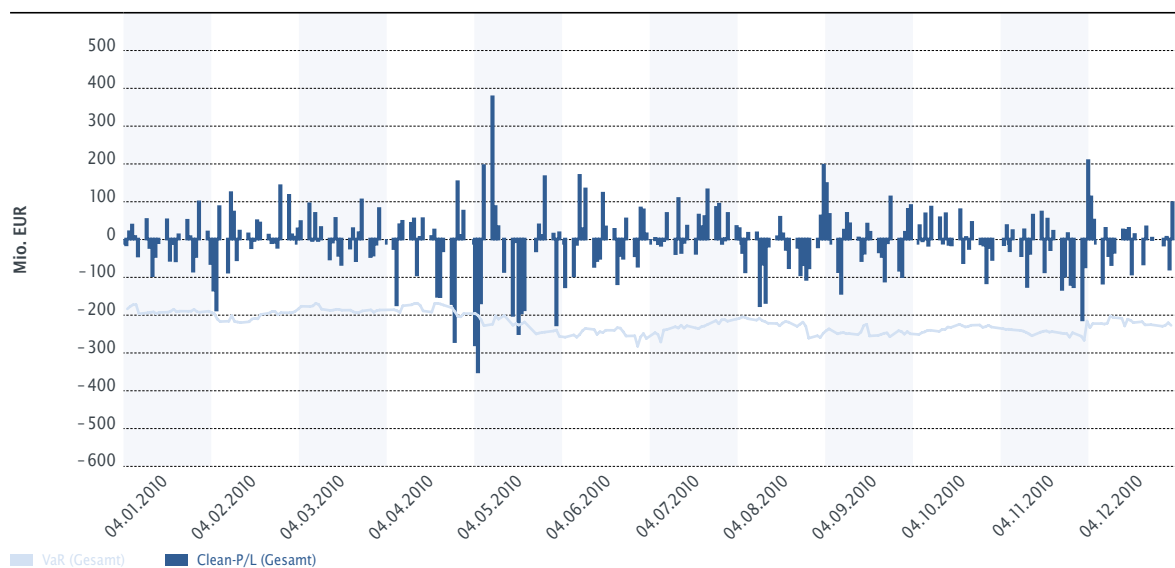
Die Betrachtung der Handelsbuchrisiken zeigt, dass sich die europäische Staatenkrise durch das geringere Credit Spread Exposure weniger als im Anlagebuch auf die Risikowerte ausgewirkt hat.

### Backtesting.

Der im Risikomodell berechnete VaR-Wert stellt eine statistische Prognose über die in einem bestimmten Zeithorizont zu erwartenden Portfolioverluste aus Marktpreisrisiken dar. Um die Angemessenheit des Modells zu überprüfen, ist es erforderlich, die Güte der Prognose zu untersuchen. Dies erfolgt in Form eines Backtestings. Konkret wird hierbei die Anzahl der VaR-Überschreitungen durch die tatsächliche Portfoliowertänderung infolge von Marktdatenänderungen (Clean-P/L), sogenannte Ausnahmen, gezählt. Bis einschließlich 30. Dezember 2010 waren im Rahmen des Backtestings für die zurückliegenden 250 Handelstage keine Modellausnahme für das Handelsportfolio, aber vier Ausnahmen für die Bank zu verzeichnen. Die Ausnahmen entstanden im Zuge der europäischen Staatenkrise aus den Anlagebuchbeständen wegen der Ausweitung der Credit-Spreads der betroffenen Sovereigns und aus der Spreadausweitung der EUR-Financials sowie Government-Zinskurven zur EUR-Swapkurve. Das Handelsportfolio, für das die Eigenmittelunterlegung der Aktien- und allgemeinen Zinsrisiken über das interne Risikomodell erfolgt, weist allerdings keine Ausnahme auf. Das bedeutet, dass aufsichtsrechtlich kein zusätzliches Eigenkapital für Modellausnahmen angerechnet werden muss.

### Backtesting Portfolio LBBW (Bank) für den Zeitraum 01.01.2010 – 30.12.2010.

VaR-Parameter: 99% Konfidenzniveau, 1 Tag Haltedauer



Die Grafik zeigt, wie im Mai des Jahres mit der europäischen Staatenkrise das Risiko und die Schwankung der Clean-P/L deutlich angestiegen sind.

### Stresstest.

Die Auswirkungen der simulierten Stress-Szenarien stiegen im Jahr 2010 deutlich an. Die größte Bedeutung haben dabei die historischen Szenarien, die aus den Datenanalysen der Finanzmarktkrise generiert wurden. Im Juli 2010 kam es zu geringfügigen Limitüberschreitungen im Stresstestlimit für Marktpreisrisiken der Bank, der Gesamtpuffer in der Risikotragfähigkeit für alle Stress-Szenarien wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt überschritten. Die Limitüberschreitungen wurden dabei entsprechend dem internen Eskalationsprozess kommuniziert und überwacht.

## Marktliquiditätsrisiken.

Marktliquiditätsrisiken bezeichnen das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder bei Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten glattstellen zu können. Falls z. B. ein hohes Volumen kurzfristig veräußert oder eingedeckt werden soll, ist von einem entsprechenden Einfluss auf die Märkte auszugehen, der den zu erwartenden Erlös schmälert. Die Marktliquiditätsrisiken werden als Bestandteil der Marktpreisrisiken bei Handelsprodukten (insbesondere bei Wertpapieren) betrachtet.

Die LBBW hat in 2010 die Jump-to-Default-Methode für Aktien und Aktienderivate eingeführt. Es handelt sich dabei um eine Szenario-Rechnung, bei der alle Positionen, die sich auf ein Underlying beziehen, neu bewertet werden, indem dessen Preis auf Null gesetzt wird. Der Differenzbetrag zum aktuellen Marktwert stellt die Inanspruchnahme dar, die limitiert ist und überwacht wird.

Darüber hinaus bezieht sich der Begriff Marktliquiditätsrisiken auf potenzielle Verluste dadurch, dass Marktsegmente an Liquidität verlieren, wie 2007 und 2008 im Bereich der Credit-Spread-Produkte und speziell bei Verbriefungen. Durch die plötzlich fehlende Liquidität in bis dahin sehr liquiden Märkten kam es seitdem in diesen Marktsegmenten zu Schwierigkeiten in der Marktbewertung und in den darauf aufbauenden Prozessen.

Die geringe Liquidität von Produkten führt in der Regel zu einer höheren Volatilität und damit zu einer Erhöhung im Marktpreisrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko ist damit implizit weitgehend in der Marktpreisrisikorechnung enthalten. Eine plötzlich fehlende Liquidität in Marktsegmenten, die im Normalzustand hoch liquide sind, ist dagegen nicht vergleichbar über historienbezogene Modelle abbildbar. Hier muss mit Szenarioannahmen und pauschalen Aufschlägen gearbeitet werden. Das Risikomanagement der LBBW zielt darüber hinaus darauf ab, auch in Krisensituationen großen Handlungsspielraum zu behalten, da sich Verluste ggf. vermeiden lassen, wenn ein Institut nicht gezwungen ist, trotz widriger Marktliquiditätssituation Positionen zu verkaufen bzw. zu schließen.

## Liquiditätsrisiken.

Die LBBW unterscheidet bei der Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken zwischen dem kurzfristigen Liquiditätsrisiko, das die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit aufgrund akuter Zahlungsmittelknappheit bezeichnet, und dem Refinanzierungs(spread)risiko, das negative Ertragswirkungen infolge einer möglichen Verschlechterung der Refinanzierungsspreads beschreibt.

## Risikomessung.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Sinne einer jederzeitigen Verfügbarkeit ausreichender Zahlungsmittel kann über einen Value-at-Risk nicht angemessen quantifiziert und beurteilt werden. Es wird deshalb im LBBW-Konzern über quantitative Vorgaben gesteuert, die gemäß der Liquiditätsrisikotoleranz vom Vorstand festgelegt wurden.

Die Ermittlung der Liquiditätsrisikoposition umfasst unter anderem:

- Die tägliche und für den Konzern mindestens wöchentliche Erstellung der Liquiditäts-Gaps im Horizont bis 12 Monate.
- Die tägliche Ermittlung des freien Refinanzierungspotenzials bei Notenbanken.

- Die monatliche Erstellung von Gaps für die langen Laufzeiten zur Beurteilung der Refinanzierungs(spread)risiken.
- Die Erstellung von Investorenlisten, anhand derer etwaige Veränderungen hinsichtlich der Diversifikation der Investorenbasis erkannt werden können.
- Im Rahmen regelmäßiger Stresstests Beurteilung der drei Szenarien »Ratingdowngrade«, »Finanzmarktkrise« und »Kombination« (Marktkrise mit gleichzeitigem Downgrade von LBBW und Wettbewerbern). Laufende Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der verwendeten Annahmen und Parameter.

Die Liquiditätsrisikotoleranz wird maßgeblich über ein »Survival Period-Konzept« definiert, d. h., es werden Zeitspannen vorgegeben, über welche die Bank auch bei stark eingeschränkten Mittelaufnahme-Möglichkeiten am Markt unter unterschiedlichen Annahmekonstellationen (Entwicklungspfaden) mindestens zahlungsfähig bleiben soll. Daneben besteht ein Limitsystem für den maximalen Refinanzierungsbedarf aufgrund von Fälligkeiten aus dem Geschäftsbestand auf Sicht von 3 Monaten sowie 12 Monaten.

Zur Beurteilung der Liquiditätsrisiken im Konzern sind alle wesentlichen Tochtergesellschaften und alle Conduits/SIVs in die regelmäßige Berichterstattung nach LBBW-Vorgaben eingebunden (wöchentlicher Konzern-Cash-Flow, monatlich ausführlich im Gesamtrisikobericht). Die Liquiditätsrisiken aus außerbilanziellen Gesellschaftskonstruktionen werden grundsätzlich gleich beurteilt und berichtet wie Liquiditätsrisiken auf der Bilanz.

## Risikosteuerung.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken sowie der Refinanzierung erfolgt unter den in der Liquiditätsrisikotoleranz festgelegten Maßgaben durch den Bereich Treasury unter der primären Zielsetzung der Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sowie der aktiven Ertrags- und Risikooptimierung bestehender Fälligkeitsinkongruenzen im Rahmen der Fundingplanung.

Die Refinanzierungsstrategie der LBBW zielt auf die Diversifikation bezüglich Produkt- und Investorengruppen ab. Im Jahr 2010 bildeten Anlagen von Sparkassen und inländischen institutionellen Investoren neben dem Retail-Geschäft die Hauptquellen für mittel- und langfristiges Funding.

Die Stellung marktgerechter interner Verrechnungspreise durch das Treasury ist ein elementares Steuerungselement für die Aktiv- und Passivseite der LBBW. Die Verrechnungspreise werden laufend den Marktgegebenheiten angepasst.

Für die Sicherstellung der Intraday-Liquidität ist die Gelddisposition im Handel zuständig. Hier erfolgen die Planung der täglichen Zahlungen und die Ermittlung des Geldbedarfs bis zum Tagesende unter kontinuierlicher Berücksichtigung der erst im Tagesverlauf bekannt werdenden Zu- und Abflüsse aus dem Zahlungsverkehr und der Zentralbankfunktion für die Sparkassen.

Zur Sicherstellung der Liquidität in akuten Krisensituationen existiert eine detaillierte Notfallplanung. Unter anderem ist die Bildung eines Krisenstabs unter Beteiligung von Mitgliedern des Vorstands vorgesehen. Die Notfallplanung wird mindestens jährlich überprüft und durch den Vorstand neu in Kraft gesetzt.

## Risiküberwachung.

Für die regelmäßige Überwachung der Liquiditätsrisiken ist auf Leitungsebene das Risk Committee der LBBW und auf operativer Ebene das Liquiditätsrisikocontrolling im Bereich Konzernrisikocontrolling verantwortlich. Im Gesamtrisikobericht wird monatlich ausführlich im Risk Committee über alle wesentlichen Aspekte des Liquiditätsrisikos wie Liquiditätsbedarf, Liquiditätsreserven und die Einhaltung der Festlegungen zur Liquiditätsrisikotoleranz einschließlich der Ergebnisse der durchgeführten Stresstests berichtet.

## Risikolage.

An den Geld- und Kapitalmärkten kam es im Jahr 2010 infolge der europäischen Staatenkrise zu zeitweise erheblichen Verwerfungen. Phasenweise war die Verfügbarkeit von USD-Refinanzierungen für europäische Banken stark eingeschränkt. Trotz dieses schwierigen Umfelds hat die LBBW die Liquiditätsrisiken deutlich abgebaut und war auch im Jahr 2010 zu jeder Zeit in der Lage, in ausreichendem Umfang Refinanzierungsmittel über den Markt zu beschaffen.

Die Anforderungen der Liquiditätsverordnung wurden im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennzahl der LBBW (Bank) lag per 31. Dezember 2010 bei 1,45 (2009: 1,52).

## Risikomanagementsystem für das Pfandbriefgeschäft.

Für die Überwachung der Risiken aus dem Pfandbriefgeschäft (§ 27 PfandBG) ist ein differenziertes Limitsystem vorhanden. In Bezug auf die barwertige Überdeckung werden regelmäßig Stresstests durchgeführt. Für den Fall, dass die festgelegten Limite erreicht werden, ist ein Verfahren für die Risikorückführung implementiert. Im Rahmen der internen Berichterstattung werden der Vorstand und das Risk Committee vierteljährlich über die Einhaltung der Vorschriften des Pfandbriefgesetzes und die Auslastungen der gesetzlichen und internen Limite unterrichtet. Das Risikomanagementsystem wird mindestens jährlich einer Überprüfung unterzogen.

## Operationelle Risiken.

Operationelle Risiken (OpRisk) sind die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition umfasst auch rechtliche Risiken.

## Risikomessung.

In der LBBW wird zur Ermittlung des regulatorischen Kapitalbedarfs der Standardansatz verwendet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeit der Bank ist im Jahr 2010 ein OpVaR-Modell eingeführt worden. Für den Operationellen Value-at-Risk ist im Rahmen der aktuellen methodischen Weiterentwicklung die Umstellung auf das Konfidenzniveau 99,95 % geplant.

Das Modell basiert auf dem Loss Distribution Approach. Es erfolgt eine separate geschäftsfeld-spezifische Modellierung von Häufigkeits- und Schadenshöhenverteilung. Für die OpVaR-Berechnung werden interne und externe Schadensfälle einbezogen. Das Modell wird stetig weiterentwickelt.

## Risikosteuerung und -überwachung.

Eine gelebte Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken ist die Voraussetzung für deren Überwachung und Steuerung. Jeder Mitarbeiter ist zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit operationellen Risiken aufgerufen.

Das Management dieser Risiken in der LBBW fällt in die primäre Verantwortung der Bereiche und Tochterunternehmen. In diesem Zusammenhang sind die dezentralen Operational Risk Manager von hoher Bedeutung. Sie unterstützen die Bereichsleitungen und Geschäftsführer bei der Anwendung der OpRisk-Controllinginstrumente, sind Ansprechpartner für die zugehörigen Mitarbeiter zu operationellen Risiken und stehen in engem Austausch mit dem zentralen OpRisk-Controlling. Für die Weiterentwicklung und Umsetzung von Methoden und Instrumenten des OpRisk-Controllings ist eine unabhängige, zentrale Organisationseinheit im Bereich Konzernrisikocontrolling zuständig. Für eventuelle Schäden sorgt der zentrale Bereich Konzernstrategie/Recht – soweit dies möglich und sinnvoll ist – durch den Abschluss von Versicherungen vor. Im Jahr 2010 erfolgte eine Analyse des OpRisk-Datenbestands vor dem Hintergrund einer Optimierung des Versicherungsportfolios.

Ein Hauptaugenmerk im OpRisk-Management und -Controlling liegt darauf, operationelle Risiken früh zu erkennen und die daraus resultierenden Verluste durch Maßnahmen zu reduzieren bzw. zu vermeiden. Zur Identifizierung und Beurteilung der Risikosituation werden verschiedene Instrumente eingesetzt. Neben der internen und externen Schadensfallsammlung, der Risikoinventur (Self Assessment und Szenarioanalyse) und der Analyse der Risikoindikatoren spielt das OpRisk-Maßnahmenmanagement eine wichtige Rolle in der Steuerung operationeller Risiken.

Das zentrale OpRisk-Controlling stellt den Entscheidungsträgern im Rahmen der regelmäßigen Risikoberichterstattung relevante Informationen zur Verfügung. Bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion wird der Vorstand durch das Risk Committee unterstützt. In diesem Gremium werden Schadensfallberichte, Risikoinventur-Ergebnisse und Risikoindikatoren diskutiert sowie Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur und aktuelle Ereignisse thematisiert.

Das im Geschäftsjahr 2010 im Rahmen der Risikotragfähigkeit der Bank für die interne Steuerung eingeführte OpVaR-Modell ist in das strategische Konzern-Limitsystem integriert. Die Methoden-umstellung führte zu einer Erhöhung des ökonomischen Kapitals für operationelle Risiken. Zusätzlich wurden neu definierte ökonomische Stress-Szenarien eingeführt, welche die Risikoparameter des OpVaR-Modells (Häufigkeit oder Schadenshöhe zukünftiger erwarteter Schadensfälle) variieren. Hierdurch werden die wesentlichen Geschäftsfelder und Ereigniskategorien abgedeckt.

Gemeinsam mit den dezentralen OpRisk-Managern wurden umfangreiche segmentspezifische und -übergreifende Maßnahmen zur Förderung der Risikokultur im Umgang mit operationellen Risiken identifiziert und umgesetzt. Die Maßnahmenverfolgung bildet auch im Jahr 2011 konzernweit ein Schwerpunktthema.

## Risikolage.

Bei der LBBW werden, wie die Ausführungen in den nachstehenden Abschnitten zeigen, keine bestandsgefährdenden operationellen Risiken erwartet. Operationelle Risiken lassen sich trotz umfangreicher Vorsorgemaßnahmen jedoch nie vollständig vermeiden.

### DV-Risiken.

Die LBBW berücksichtigt kontinuierlich internationale Standards im IT-Sicherheitsbereich und orientiert sich dabei an den ISO-Standards 27001, 27002 und 27005. Das IT-Risikomanagement für den Bereich IT/Organisation ist zentralisiert und liegt im Verantwortungsbereich des Konzern-IT-Sicherheitsbeauftragten.

Des Weiteren wurde 2010 mit dem Projekt IKON ein IT-Kontrollrahmenwerk zur Schaffung von Transparenz über die Einhaltung interner und externer Vorschriften für einen ordnungsgemäßen und revisionskonformen IT-Betrieb eingeführt. Wesentlicher Bestandteil war die Implementierung einer Prozessorganisation.

Um die Handlungsfähigkeit bzw. Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs bei Ausfall von DV-Systemen sicherzustellen, besteht ein spezieller Krisenstab IT, der nach einem definierten Ablaufprozess im Krisenfall die Koordination aller Aktivitäten und die zentrale Kommunikation, auch zu den baden-württembergischen Sparkassen, gewährleistet. Die Vorgehensweise und die organisatorischen Maßnahmen im Falle einer Krise sind in einem IT-Krisenmanagement-Handbuch beschrieben. Für den Notbetrieb der IT-Systeme hält der IT-Betrieb Notfallpläne vor, die durch regelmäßige Übungen überprüft werden. Im Rahmen des übergeordneten Business Continuity Management (BCM) der LBBW erfolgt ein regelmäßiger Abgleich der IT-Notfallpläne mit den Anforderungen aus den Geschäftsfortführungsplänen der Fachbereiche.

Die LBBW verfügt für den Produktionsbetrieb über zwei unabhängige, örtlich getrennte Rechenzentren. In Abhängigkeit der Kritikalität von Anwendungen gibt es verschiedene Notfall- bzw. Backup-Konzepte mit entsprechenden Wiederherstellungszeiten gemäß den Anforderungen der Fachbereiche. Darüber hinaus existieren für den Handel wie auch für die Handelsabwicklung permanente Backup-Arbeitsplätze am Ausweichstandort, die ebenfalls regelmäßig überprüft werden. Die grundlegende Versorgungssicherheit der Rechenzentren wird über die Einhaltung der externen und internen Vorschriften für Wartungsarbeiten und Funktionstests gewährleistet.

Derzeit bestehen bei der LBBW keine außergewöhnlichen DV-Risiken. Durch die stetige Weiterentwicklung und Verbesserung des DV-Umfelds ist auch künftig ein geordneter DV-Betrieb in der LBBW sichergestellt.

### Personalrisiken.

Der Erfolg der LBBW hängt wesentlich von engagierten Mitarbeitern ab – so ist es auch im Leitbild der LBBW verankert: »Wir Mitarbeiter machen den Erfolg der Bank. Mit Kompetenz, Wissen und Engagement.« Ziel eines umfassenden Personalrisikomanagements ist die Identifikation negativer Tendenzen (Risikoüberwachung) und die Bewertung geeigneter Maßnahmen, um Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren (Risikosteuerung).

Der Personalbereich unterscheidet dabei verschiedene Arten von Personalrisiken als Ansatzpunkte seiner Risikoüberwachung und -steuerung. Engpass-, Austritts-, Anpassungs- und Motivationsrisiken sind frühzeitig zu erkennen und die daraus resultierenden Kosten, wie zum Beispiel Personalsuch-, Kündigungs- und Fluktuationskosten, zu minimieren. Diese Risiken werden in periodischen Auswertungen und Analysen sowie den unternehmensübergreifenden Vergleichen von Personalkennzahlen, wie beispielsweise Fluktuationsraten, Fehlzeiten oder Daten über Personalentwicklungsmaßnahmen (insbesondere Führungskräftebildungen), gemessen.

Im Risikofeld »Austrittsrisiko« werden beispielsweise ausgetretene Mitarbeiter schriftlich zu ihren Austrittsgründen befragt. So haben diese nochmals Gelegenheit, ihre Meinung frei über die LBBW als Arbeitgeberin zu äußern. Ein Schwerpunkt liegt auf der internen Nachwuchsförderung. Um dem Risiko fehlender Leistungsträger zu begegnen (»Engpassrisiko«), wird deshalb das Mitarbeiterpotenzial systematisch erfasst und analysiert. Im Hinblick auf die demografischen Veränderungen steht die Altersstruktur der LBBW unter besonderer Beachtung, auch wenn sich in den nächsten Jahren kein Handlungsbedarf abzeichnet.

Möglichen Risiken im Personalbereich begegnet die LBBW bereits heute mit einer Reihe von Maßnahmen. Sie reichen von der rechtlichen Absicherung der LBBW bis zur aufgabenadäquaten Qualifizierung der Mitarbeiter. Hierzu wird unter anderem jährlich ein zielgruppenorientiertes fachliches Bildungsprogramm aufgelegt. Daneben besteht eine eigene Abteilung mit Aufklärungs- und Überwachungsfunktionen zu Compliance- und Geldwäschegesetzregelungen.

Im Rahmen des EU-Restrukturierungsprojektes wurden bisher über 1 000 Mitarbeiterkapazitäten abgebaut bzw. wurde der Abbau in der Zukunft bereits vertraglich fixiert. Da der Abbauprozess kontrolliert erfolgt und nur ausgewählte Funktionsgruppen vom Abbau betroffen sind, wird das Risiko durch unerwünschte Austritte von Mitarbeitern als gering und sehr gut beherrschbar eingeschätzt.

### Rechtsrisiken.

Rechtsrisiken sind wirtschaftliche Risiken aufgrund fehlender bzw. unvollständiger Berücksichtigung des durch Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens der Rechtsordnung. Sie entstehen beispielsweise durch fehlende Kenntnis der konkreten Rechtslage, nicht hinreichende Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechte Reaktion auf die Änderung rechtlicher Rahmenbedingungen (auch bei fehlendem Verschulden oder Unvermeidbarkeit bzw. als Folgen von Änderungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, insbesondere auf nationaler und europäischer Ebene). Das Management von Rechtsrisiken erfolgt insbesondere durch die Rechtsabteilungen (als Teil des Bereichs Konzernstrategie/Recht) der LBBW. Diese sind in rechtlich beratender Funktion für die Bank, ihre in- und ausländischen Tochtergesellschaften, Niederlassungen und Repräsentanzen tätig. Hinzu tritt die Aufgabe, Rechtsrisiken in den Geschäfts- und Zentralbereichen in Kooperation mit diesen möglichst frühzeitig zu erkennen und in geeigneter Weise zu begrenzen. Zur Minimierung rechtlicher Risiken und zur Vereinfachung der Geschäftsaktivitäten der Markt- und Handelsbereiche haben die Abteilungen Recht Inlandsgeschäft bzw. Recht Internationales Geschäft eine Vielzahl an Vertragsvordrucken und Musterverträgen selbst entwickelt bzw. nach Prüfung für die Verwendung durch die Geschäftsbereiche der LBBW freigegeben. Dabei bedient sich die Bank auch der Kooperation mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der in den dortigen Gremien entwickelten und vom Sparkassenverband bereitgestellten Vordrucke. Für derivative Geschäfte werden soweit möglich anerkannte standardisierte Vertragsdokumentationen verwendet. Soweit durch neue Tätigkeitsfelder



oder die Entwicklung neuer Bankprodukte rechtliche Fragen aufgeworfen werden, begleiten die Rechtsabteilungen diese Prozesse und gestalten sie aktiv mit.

Die Rechtsabteilungen verfolgen – in enger Zusammenarbeit insbesondere mit dem Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB) und dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) sowie dem Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP) – relevante Vorhaben des Gesetzgebers, die Entwicklung der Rechtsprechung sowie in Kooperation mit den zuständigen Bereichen neue Vorgaben der Aufsichtsbehörden in den einschlägigen Tätigkeitsbereichen der Bank.

Soweit sich entsprechender rechtlicher Handlungs- und Anpassungsbedarf ergibt, wirken die Rechtsabteilungen an der zeitnahen Information und Umsetzung innerhalb der Bank in maßgeblicher Weise mit. Bestandsgefährdende Rechtsrisiken bestehen bei der LBBW nicht. Der Bereich Konzernstrategie/ Recht hat auch keinerlei Anhaltspunkte, dass solche Risiken bei der LBBW in überschaubarer Zukunft entstehen werden.

## Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess.

Die LBBW versteht das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem als umfassendes System und lehnt sich an die Definitionen des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. zum rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystem (IDW PS 261 Tz. 19 f.) und zum Risikomanagementsystem (IDW PS 340, Tz. 4) an. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, die darauf ausgerichtet sind, Entscheidungen des Managements

- zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit (hierzu gehört auch der Schutz des Vermögens einschließlich der Verhinderung und Aufdeckung von Vermögensschädigungen),
- zur Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und externen Rechnungslegung sowie
- zur Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften organisatorisch umzusetzen.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess dient der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der LBBW. Wesentliches Ziel ist, sicherzustellen, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie mit den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden.

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist integraler Bestandteil des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems der Gesamtbanksteuerung.

## Kontrollumfeld.

Die LBBW zeichnet sich durch eine klare Organisations-, Unternehmens- sowie Kontroll- und Überwachungsstruktur aus. Die Gesamtverantwortung für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation trägt der Vorstand. Über eine fest definierte Führungs- und Berichtsorganisation sind alle strategischen

Einheiten eingebunden. Die am Rechnungslegungsprozess beteiligten Abteilungen entsprechen den quantitativen und qualitativen Anforderungen. Die mit dem Rechnungslegungsprozess betrauten Mitarbeiter werden regelmäßig und umfassend geschult.

## Risikoeinschätzung und Kontrollaktivitäten.

Die Kontrollen sind darauf ausgerichtet, dass die Erstellung des Abschlusses im Einklang mit den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften erfolgt und die laufende interne wie externe Finanzberichterstattung sichergestellt ist.

Bei der Implementierung der Kontrollen wird eine Risikoeinschätzung zugrunde gelegt sowie das Prinzip der Wirtschaftlichkeit beachtet. Der Umfang der in die Arbeitsabläufe integrierten Kontrollen und Zuständigkeiten ist klar geregelt. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang das im Vordergrund stehende Vier-Augen-Prinzip, die Funktionstrennung und die Kompetenzordnung unter Berücksichtigung der bestehenden Entscheidungsordnungen. Die Kontrollfunktionen werden in der jeweiligen Fachabteilung ausgeübt. Die bei der LBBW definierten Kontrollziele bilden in ihrer Gesamtheit die identifizierten Risiken ab.

Unter Einbindung der Fachbereiche erfolgt die Abschlusserstellung durch den Bereich Rechnungswesen/Meldewesen/Steuern bei der LBBW vorwiegend dezentral. Für alle Monats-, Quartals- und Jahresabschlüsse liegen detaillierte Termin- und Ablaufpläne vor, die zentral überwacht und automatisiert gesteuert werden. Die Funktionen in sämtlichen Bereichen des Rechnungslegungsprozesses sind eindeutig zugeordnet. Innerhalb der Organisation der Geschäftsprozesse werden die relevanten Tätigkeiten unter Risikogesichtspunkten auf mehrere Organisationseinheiten verteilt. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen werden durchgängig das Vier-Augen-Prinzip angewendet, die Kompetenzordnung beachtet und die Funktionstrennung berücksichtigt.

Bei der LBBW wird im Bereich der eingesetzten EDV-Systeme überwiegend auf Standardsoftware zurückgegriffen. Für den Abschlusserstellungsprozess werden bestandsführende Vorsysteme (Nebenbücher), das Hauptbuchsystem SAP sowie ein zentrales Data-Warehouse (FDB = Financial Database) eingesetzt. Die FDB enthält alle notwendigen Daten für die Abschlusserstellung. Die Fachbereiche erfassen, verarbeiten und buchen die rechnungslegungsrelevanten Geschäftsvorfälle, die systemseitig abgebildet werden, in den entsprechenden IT-Systemen. Von dort gelangen die Geschäftsvorfälle und Stammdaten in die FDB. Aus den Vorsystemen bzw. der FDB werden die Daten automatisiert in das SAP-Hauptbuch gebucht, wo die Erstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt.

An den Schnittstellen zwischen den Nebenbüchern, der FDB und dem SAP-Hauptbuch finden umfangreiche IKS-Abstimmungsschritte statt, bei denen die Vollständigkeit und Richtigkeit der Daten im Rahmen standardisierter Abstimmungshandlungen monatlich geprüft und dokumentiert werden. Im Jahres- und Halbjahresabschluss werden darüber hinaus die Kontrollprozesse durch die verantwortlichen Systembetreuer im Rechnungswesen in separaten Qualitätssicherungsterminen besprochen. Durch die Durchführung der IKS-Abstimmungsschritte werden auftretende Unstimmigkeiten bereinigt. Des Weiteren werden Maßnahmen zur zukünftigen Fehlervermeidung abgeleitet. Die Bewertung von Finanzinstrumenten bei der LBBW, die zum Fair Value bilanziert werden, erfolgt entweder auf der Basis von Preisnotierungen im Falle aktiver Märkte (Börsen, Broker, Preisserviceagenturen etc.) oder auf Basis anerkannter und marktüblicher Bewertungsmethoden, deren Input-

daten öffentlich zugänglich sind (z. B. Zinskurven, Volatilitäten, Spreads). In den Fällen, in denen nicht alle Inputparameter direkt am Markt beobachtbar sind, werden der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte realistische, auf Marktgegebenheiten beruhende Annahmen zugrunde gelegt. Für die handelsunabhängige Überprüfung und Validierung der für Bilanzierungszwecke benutzten Preise sorgt eine separate Organisationseinheit »Independent Price Verification« im Bereich des Risikocontrollings.

## Information und Kommunikation.

Die Risikoleitsätze der LBBW, die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Prozesse des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sind in Handbüchern und Richtlinien (z. B. Bilanzierungsrichtlinien, Arbeitsanweisungen, Fachkonzepte etc.) niedergelegt, die in regelmäßigen Abständen an aktuelle externe und interne Entwicklungen angepasst und im Intranet der LBBW veröffentlicht werden. Die Abteilung »Grundsatzfragen Rechnungswesen« identifiziert und bewertet alle rechtlichen Änderungen mit Auswirkungen auf den Rechnungslegungsprozess. Sie informiert die betroffenen Fachbereiche und stellt die zeitnahe und fachlich richtige Umsetzung sicher. Neuartige Produkte werden im Neue-Produkte-Prozess auf ihre handelsrechtliche Behandlung detailliert geprüft. Dort erfolgt auch für jede Produktart die Regelung der Strukturen und der eingebetteten Derivate. Diese Regelung wird in einem eigenentwickelten Datenbanksystem (FinNexus) hinterlegt. Bei neuartigen Produkten werden zudem in einer Testphase die korrekte Abbildung, Bewertung und Bilanzierung der Geschäftsarten geprüft.

Im Zusammenhang mit der Rechnungslegung erstellte und an externe Interessenten bzw. Adressaten versendete Finanzberichte durchlaufen vor Versendung eine Konsistenzprüfung durch eine interne Evidenzzentrale.

Darüber hinaus hat der Vorstand Regelungen erlassen, nach denen er unverzüglich zu informieren ist, wenn in einzelnen Bereichen Zweifel an der ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation aufkommen (»Ad-hoc-Informationspflicht«). Das trifft auch für die Rechnungslegung zu. Bei unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen sind diese vom Vorstand unverzüglich an den Risikoausschuss des Aufsichtsrats weiterzuleiten.

## Monitoring.

Wirksamkeit und Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems werden regelmäßig überwacht. Damit ist sichergestellt, dass Verbesserungsmöglichkeiten identifiziert sowie Prozesse bei Bedarf entsprechend angepasst werden.

Eine Form des Monitorings findet laufend während der Erstellung des (Halb-)Jahresabschlusses statt. Hierbei finden in regelmäßigen Abständen zwischen den am Erstellungsprozess beteiligten Mitarbeitern bi- und multilaterale Abstimmungsgespräche statt, im Rahmen derer aufgetretene Probleme thematisiert und analysiert werden. Es werden adäquate Maßnahmen abgeleitet, die Eingang in die fortlaufenden Prozesse finden.

Sowohl der Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats als auch die Konzernrevision fungieren als übergeordnete Monitoring-Organe. Die Konzernrevision ist für die prozessunabhängige Überprüfung des Geschäftsbetriebes zuständig und als solches Instrument des gesamten Vorstands.

Der Prüfungsausschuss als Ausschuss des Aufsichtsrats befasst sich mit der Auswertung und Aufbereitung der Prüfungsergebnisse der Jahresabschlussprüfung und informiert darüber den Aufsichtsrat.

## Beteiligungsrisiken.

Die LBBW beteiligt sich an anderen Unternehmen bzw. lagert Funktionen auf Tochtergesellschaften aus, wenn dies unter strategischen oder Rendite-Gesichtspunkten sinnvoll ist.

Hierbei erfolgt die Steuerung der Beteiligungen arbeitsteilig durch die zuständigen Fach- und Betriebsbereiche der LBBW.

Für das Beteiligungscontrolling ist die frühzeitige Kenntnis der Geschäfts- und Risikoentwicklung der Tochtergesellschaften und Beteiligungen von besonderer Bedeutung. Diesem Ziel dienen – insbesondere bei den risikopolitisch wesentlichen Gesellschaften – regelmäßige Abstimmungsgespräche auf korrespondierenden Fachebenen der LBBW und der Tochtergesellschaft/Beteiligung. Darüber hinaus findet eine ständige Ergebniskontrolle und Planüberwachung sowie eine umfassende Berichterstattung an Vorstand und Gremien durch den Bereich Konzernstrategie/Recht statt.

Unter Risikogesichtspunkten werden im Beteiligungsportfolio der LBBW zwei Kategorien von Gesellschaften unterschieden:

Wesentliche Tochtergesellschaften, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial (in den wesentlichen Risikokategorien Kreditrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko, operationelles Risiko, Immobilienrisiko und Developmentrisiko) aus Konzernsicht als wesentlich einzustufen ist.

Nicht wesentliche Tochtergesellschaften und Beteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW Mehrheitsgesellschafterin ist und deren Risikopotenzial aus Konzernsicht als unwesentlich einzustufen ist, oder Minderheitsbeteiligungen, das heißt Gesellschaften, bei denen die LBBW als Minderheitsgesellschafterin keine unmittelbaren Eingriffsmöglichkeiten wie bei Mehrheitsbeteiligungen hat.

Wesentliche Tochtergesellschaften werden soweit möglich nach dem Transparenzprinzip behandelt. Beim Transparenzprinzip werden die in den jeweiligen Gesellschaften als wesentlich identifizierten Risiken nach den Prämissen und der Parametrisierung der LBBW gemessen und auf Ebene der LBBW in eine Aggregation bzw. Konzernbetrachtung einbezogen.

Bei nicht wesentlichen Tochtergesellschaften und Minderheitsbeteiligungen wird das Risikopotenzial auf Grundlage der jeweiligen Beteiligungswerte quantifiziert und so in seiner Gesamtheit in die Risikosteuerung einbezogen. Zur Berechnung wird ein ratingbasierter CVaR-Ansatz herangezogen, der durch das Konzernrisikocontrolling bereitgestellt wird und die Grundlage für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit bildet.

Die LBBW betreibt eine selektive Beteiligungspolitik. Beim Erwerb von Beteiligungen wird in der Regel unter Einbindung der Fachbereiche der LBBW eine umfassende Risikoanalyse (rechtlich, finanziell etc.) in Form einer Due Diligence durchgeführt. Hierbei wird unter anderem darauf geachtet, dass keine unangemessenen Risikokonzentrationen im Beteiligungsportfolio entstehen.

Über Transaktionsverträge strebt die LBBW, etwa durch Vereinbarung von Optionsrechten oder Earn-Out-Regelungen, eine möglichst weitgehende vertragliche Risikoabsicherung an. Daneben wird die Beteiligung beim Kauf unter Berücksichtigung von kapitalmarktorientierten Risikoprämien bewertet.

Für die Beteiligungen der LBBW werden mindestens einmal jährlich im Rahmen vorbereitender Arbeiten zum Jahresabschluss nach den Grundsätzen des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) Unternehmenswerte ermittelt. Zum Halbjahresabschluss wird zudem eine Plausibilisierung der Buchwertansätze anhand unterjähriger Hochrechnungen durchgeführt.

Neben dem Risiko eines potenziellen Wertverlustes infolge von Ausfallereignissen besteht das Risiko der Un- oder Unterverzinslichkeit der Anlage, die aufgrund der Ertragswertorientierung bei der Beteiligungsbewertung jedoch mit dem vorgenannten allgemeinen Buch- bzw. Verkehrswertisiko korrespondiert.

Zudem ergeben sich zusätzlich Haftungsrisiken aus den mit einigen Tochterunternehmen geschlossenen Ergebnisabführungsverträgen sowie aus der Anstaltslast bzw. Gewährträgerhaftung bei Beteiligungen an öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten. Ferner hat die LBBW bei verschiedenen Beteiligungen Patronatserklärungen abgegeben.

Vor dem Hintergrund eines teilweisen oder vollständigen Wertverlustes bei einer oder mehreren großen strategischen Beteiligungen besteht für die LBBW in Bezug auf ihre Beteiligungen ein zentrales Risiko. Das Beteiligungsportfolio der LBBW hat einen stark finanzwirtschaftlichen Fokus. Daher kann auch eine Störung in diesem Marktsegment zu erheblichen Verlusten aus Beteiligungen führen.

Die Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die LBBW laufend über die Situation in den Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist. Im Übrigen folgen die Tochterunternehmen und die wesentlichen Beteiligungen einer mit der LBBW im Rahmen der bestehenden Einflussmöglichkeiten abgestimmten konservativen Risikopolitik.

Bei der Reduzierung des Beteiligungsportfolios im Rahmen der Erfüllung der Auflagen aus dem EU-Restrukturierungsplan kommt die LBBW gut voran. Bereits 2009 wurden die Beteiligungen an der Sachsen DV Betriebs- und Servicegesellschaft mbH und der quirin bank AG veräußert. Im Verlauf des Jahres 2010 konnten unter anderem die LBBW Securities LLC, die LRI Invest S.A. und das Privatkundengeschäft der LBBW Luxemburg S.A. verkauft werden. Ferner wurden sämtliche Vermögenswerte der Lassarus Handels GmbH zur Vorbereitung der Liquidation veräußert. Im Rahmen der Restrukturierung sollen sukzessive bis 2013 weitere Beteiligungen veräußert werden.

## Reputationsrisiken, Geschäftsrisiken und strategische Risiken.

Das Reputationsrisiko ist die Gefahr eines Verlustes oder entgangenen Gewinnes aufgrund einer (drohenden) Schädigung/Verschlechterung der Reputation der Bank bei Trägern, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder der breiten Öffentlichkeit. Das Reputationsrisiko ist nicht Teil des operationellen Risikos. Der Eintritt des Reputationsrisikos kann aber durch einen öffentlich gewordenen Schadensfall aus dem operationellen Risiko oder anderen Risikokategorien verursacht werden.

Bezüglich der Reputationsrisiken wird zwischen transaktionsbezogenem und nicht transaktionsbezogenem Management unterschieden. Im Rahmen des nicht transaktionsbezogenen Managements verantwortet der Bereich Konzernkommunikation, Marketing und Vorstandssekretariat insbesondere die kontrollierte Öffentlichkeits- und Pressearbeit durch stringentes und zentrales Issue Management. Im Bereich Verwaltung wird darüber hinaus im Rahmen der Nachhaltigkeitspolitik der diesbezügliche Standard für alle Geschäftsbereiche gesetzt. Reputationsrisiken werden mit einem Pufferbetrag in der Risikotragfähigkeit berücksichtigt. Die transaktionsbezogene Beurteilung von Neugeschäften auf Reputationsrisiken erfolgt dezentral durch die Marktbereiche, insbesondere im Rahmen des Neuprodukte-Prozesses und des Kreditantragsprozesses.

Das Geschäftsrisiko ist das Risiko unerwarteter Ergebnisrückgänge und negativer Planabweichungen, die ihre Ursache nicht in anderen definierten Risikokategorien haben.

Das Geschäftsrisiko kann unter anderem durch Veränderungen im Kundenverhalten oder Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen nicht rechtlicher Natur verursacht werden. Von den Marktbereichen sind im Rahmen der laufenden operativen Tätigkeit individuelle Maßnahmen zur Steuerung der mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken zu treffen. Im Bereich Finanzcontrolling findet ein zentraler Abgleich von Planung und der tatsächlichen Geschäftsentwicklung statt.

Das strategische Risiko ist das Risiko einer nachteiligen Geschäftsentwicklung infolge geschäftspolitischer Grundsatzentscheidungen. Strategische Risiken entstehen zum Beispiel beim Eintritt in neue Märkte, aber auch bei fehlendem Aufbau neuer Erfolgspotenziale.

Die Überwachung der Umsetzung und Einhaltung der vom Vorstand beschlossenen Geschäftsstrategie sowie der dazu konsistenten bereichsbezogenen Planungen und der Umsetzung der strategischen Entscheidungen der Gremien wird durch die verantwortlichen Bereiche in Zusammenarbeit mit dem Finanzcontrolling vorgenommen.

## Immobilienrisiken.

Immobilienrisiken sind definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des unternehmens-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilien (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.). Davon abzugrenzen sind Developmentrisiken aus dem wohnwirtschaftlichen und gewerblichen Projektentwicklungsgeschäft, die eine eigene Risikokategorie bilden, sowie Risiken aus dem Dienstleistungsgeschäft. Letztere werden im LBBW-Konzern im Rahmen des Geschäftsrisikos betrachtet.

Das Management der Immobilien im Eigenbestand des LBBW-Konzerns erfolgt durch die Tochtergesellschaft LBBW Immobilien GmbH.

In der LBBW kommt zur Messung des Immobilienrisikos ein VaR-Modell zum Einsatz. Die quartalsweise Berechnung des IVaR und dessen Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung des Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Als Eingangsgrößen gehen in das Modell aus Marktdatenhistorien abgeleitete Volatilitäten und Korrelationen ein, die den Portfoliowerten zugeordnet werden.

Die Steuerung der operativen Tochtergesellschaften der LBBW Immobilien erfolgt darüber hinaus anhand spezieller immobilienpezifischer Steuerungsgrößen, wie z. B. Mietsteigerungen, Leerstand und Rückstandsquoten. Das Immobilienportfolio wird im Rahmen der vierteljährlichen Bestandsbewertung der konzerneigenen Immobilien über die Fair Value-Betrachtung bewertet und auf Risiken hin analysiert. Störfaktoren innerhalb und im Umfeld des Unternehmensgeschehens sollen frühzeitig identifiziert und analysiert werden. Ein aktives Risikomanagement trägt dazu bei, zu einem tragbaren Portfolio zu gelangen, welches ein ausgewogenes Verhältnis von Chancen und Risiken aufweist.

Mit der Umsetzung des Beschlusses der EU-Kommission zum Verkauf der Wohnimmobilienbestände der LBBW Immobilien bis spätestens Ende 2012, mit welchem auch der Übergang der mit dem Verkaufsgegenstand betrauten Mitarbeiter verbunden ist, wird eine signifikante Veränderung des Bestandes und der Struktur der sogenannten Investment Properties (als Finanzinvestition gehaltene Immobilienbestände) einhergehen. Die Diversifikationsmöglichkeiten nach Nutzungsarten werden dadurch geringer. Weiterhin ist jedoch eine Diversifikation innerhalb der Nutzungsart Gewerbe, insbesondere in Büro und Einzelhandel, sowie nach Größenklassen gegeben. Die makrostandortspezifische Diversifikation reduziert sich ebenfalls, da der verbleibende Restbestand Gewerbe überwiegend am Standort Stuttgart gelegen ist. Dieser zeichnet sich jedoch insgesamt durch einen stabilen Markt mit relativ geringen Mietschwankungen aus. Die Objekte der LBBW Immobilien befinden sich zudem überwiegend in Top-Lagen mit geringem Vermietungsrisiko und sind an Mieter guter Bonität vermietet. Bei Neuvermietungen wird die Bonität potenzieller Mieter eingehend geprüft und das Ziel verfolgt, Mietverträge möglichst langer Mietvertragslaufzeit abzuschließen. Insgesamt wird das makrostandortspezifische Risiko daher als überschaubar eingeschätzt.

Die verbleibenden Bestandsobjekte im Gewerbeimmobilienbereich werden unter ganzheitlichen immobilienwirtschaftlichen Gesichtspunkten, wie zum Beispiel Kosten-/Ertragssituation, Risikoaspekte, Nutzungs-/Wachstumsstrategie des Konzerns, Entwicklungsfähigkeit des Standorts, Diversifikation des Portfolios oder Repräsentanzzwecke für den Konzern, untersucht und entsprechende Lösungen für den Einzelfall erarbeitet.

Der Kunde im Geschäftsfeld eigengenutzte Immobilien ist der LBBW-Konzern. Es handelt sich in diesem Bereich im Wesentlichen um Büro- und Banknutzungen. Der Restrukturierungsfahrplan sieht eine Flächenreduzierung an allen Zentralstandorten der Bank vor. Diese wird größtenteils durch eine Konzentration auf Objekte im Eigentum der Bank und einen weitestgehenden Verzicht auf angemietete Flächen erreicht. Daher ist kein wesentlicher Einfluss auf die eigengenutzten Bestände und das Immobilienrisiko zu erwarten.

## Developmentrisiken.

Das Developmentrisiko ist definiert als das Bündel von Risiken, welche im Rahmen der Realisierung von gewerblichen und wohnwirtschaftlichen Projektentwicklungen sowie beim wohnwirtschaftlichen Immobilienhandel typischerweise auftreten. Bei der LBBW Immobilien findet kein Immobilienhandel mit gewerblichen Immobilien statt. Die Risiken in diesem Geschäftsfeld liegen insbesondere im Vermietungs- bzw. Veräußerungsbereich sowie in auftretenden Abweichungen der geplanten baurechtlichen Realisierbarkeit und der geplanten Baukosten und Termine. Soweit Projektentwicklungen in Partnerprojekten durchgeführt werden, ergeben sich hieraus insbesondere folgende zusätzliche Risiken: Bonitätsrisiko des Partners, Strategiewechsel und ggf. Entscheidungszwänge aus der Gesellschaft. Das Eintreten dieser Risiken kann dazu führen, dass die erwartete Rendite nicht erwirtschaftet, das investierte Kapital nicht vollständig bzw. im Extremfall nicht mehr zurückerhalten wird oder Eigenkapital nachgeschossen werden muss.

Developmentrisiken wurden 2010 erstmals als wesentliche eigenständige Risikokategorie für den LBBW-Konzern eingestuft. Im Rahmen der in den Jahren 2009/2010 erfolgten Überprüfung des Projektportfolios wurde die Risiko- und Geschäftsstrategie im Bereich Development grundlegend überarbeitet. Dies führte zu einer Neuausrichtung des Segments sowie zu einer regionalen Fokussierung auf die Kernmärkte Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. In diesen Märkten tritt die LBBW Immobilien als Investor in den Bereichen Gewerbe- sowie Wohnimmobilien auf. Die vorhandenen Projekte außerhalb dieser Zielmärkte werden mit hoher Priorität abgearbeitet.

Zur Messung der Developmentrisiken wurde im Geschäftsjahr 2010 von der LBBW Immobilien ein Risikomodell entwickelt, welches mit Unterstützung einer großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft validiert wurde. Die quartalsweise Berechnung des Developmentrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling der LBBW Immobilien. Die Einbeziehung in die Risikotragfähigkeitsbetrachtung des LBBW-Konzerns wird im zentralen Konzernrisikocontrolling vorgenommen. Das Modell basiert auf einem Risikotreiberbaum, der zum Ziel hat, Risiken zu erfassen und deren Schwankungsbreiten bereits vor Beginn eines Bauprojekts aufzuzeigen. Daraus leiten sich Zu- bzw. Abschläge auf sämtliche zukünftigen Kosten und Erlöse ab, die auf die Vorschaukalkulation (Real Case) angewendet werden. Auf Basis unterschiedlich großer Schwankungsbreiten der Risikofaktoren werden ein Normal- und ein Extremrisiko ermittelt.



## Zusammenfassende Darstellung der Risikolage.

In der LBBW wurden im Rahmen eines angemessenen Risikomanagements für alle wesentlichen Risiken Maßnahmen zu deren Begrenzung bzw. Minimierung getroffen. Für alle Risiken wird ausreichend Kapital vorgehalten.

Im ersten Quartal des Jahres 2010 hatte sich die Risikotragfähigkeitssituation aufgrund rückläufiger Risiken gegenüber dem Jahresende 2009 sukzessive verbessert. Aufgrund der europäischen Staatenkrise war jedoch im zweiten Quartal 2010 eine Belastung der Risikodeckungsmasse zu verzeichnen. Nach zwischenzeitlicher Erholung waren auch im vierten Quartal 2010 durch eine Verschärfung der europäischen Staatenkrise negative Effekte auf die Risikodeckungsmasse festzustellen. Demgegenüber waren jedoch zum Jahresende weiter rücklaufende Risiken, insbesondere aus dem Kundenkreditgeschäft, zu beobachten. Zum 1. Dezember 2010 wurde eine methodische Anpassung im Marktpreisrisiko in der Überleitung von der operativen auf die strategische ÖKap-Ebene durchgeführt, was bei unveränderter Risikolage zu einem deutlichen Anstieg des ÖKap geführt hat.

Insgesamt war die Risikotragfähigkeitssituation während des gesamten Jahres sowie zum 31. Dezember 2010 unter Einbeziehung konservativer Pufferbeträge jederzeit gegeben.

# Nachtragsbericht.

## Beteiligungsveräußerungen.

Die LBBW befindet sich in konkreten Vertragsverhandlungen zur Veräußerung der Beteiligung an der DekaBank Deutsche Girozentrale. Es ist davon auszugehen, dass der Verkauf kurzfristig abgeschlossen wird. Des Weiteren wurde im Dezember 2010 der Vertrag zum Verkauf der Beteiligung an der European Energy Exchange AG unterzeichnet. Aufgrund bestehender Andienungspflichten an Mitgesellschafter und verschiedener Zustimmungspflichten, unter deren Vorbehalt die Transaktion noch steht, wird mit dem Vollzug Anfang des 2. Quartals 2011 gerechnet.

## Risikoverlauf Marktpreisrisiko.

Der aktive Positionsabbau insbesondere bei den Beständen des Credit Investment Portfolios (CIP) sowie die weitere Marktberuhigung führten in den ersten Monaten des Jahres 2011 zu einem deutlichen Risikorückgang für die Bank.

Die Bank hat sich im 1. Quartal 2011 von einem CDS-Sovereigns-Portfolio in Euro-Nettozahler-Ländern in Höhe von insgesamt 4,0 Mrd. EUR Nominalvolumen getrennt.

## Aktuelle Länderrisikoentwicklung.

Die LBBW hat auf die Entwicklungen im arabischen Raum durch eine Anpassung der Geschäftspolitik umgehend reagiert. Das Exposure der LBBW in den betroffenen Ländern ist gering und von Außenhandelsfinanzierungen geprägt.

Die weltwirtschaftlichen Auswirkungen des Erdbebens sowie des Tsunamis, die Mitte März 2011 in Japan schwere Schäden unter anderem an Atomanlagen anrichteten und zu einem Atomnotfall geführt haben, sind derzeit noch nicht einzuschätzen. Aus heutiger Sicht sind wesentliche nachhaltig negative Auswirkungen für die Bank nicht absehbar.

# Prognosebericht.

## Voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung.

Die Vorzeichen für die Konjunktur stehen zu Jahresbeginn 2011 gut. Der wichtigste Frühindikator für die deutsche Wirtschaft, der Geschäftsklimaindex des ifo Instituts, stieg im Januar 2011 mit 111,2 Punkten auf ein Rekordhoch. Das Zinsumfeld ist ungeachtet des jüngsten Renditeanstiegs für Investoren weiterhin günstig. Das dynamische Wirtschaftswachstum in den Schwellenländern dürfte auch im Jahr 2011 die deutsche Exportwirtschaft beflügeln. Der Konsum der privaten Haushalte dürfte von der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt profitieren. Deshalb ist der LBBW-Vorstand für 2011 zuversichtlich gestimmt und erwartet ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von um Kalendereffekte bereinigte 2,5 %.

Im Euroraum dürfte das entsprechende Wachstum mit 1,7% schwächer ausfallen. Viele Mitgliedstaaten kämpfen mit einer hohen Verschuldung, zudem profitieren sie im Gegensatz zu Deutschland nur unterdurchschnittlich von der Erholung der Weltwirtschaft. In den USA wird die Konjunktur mit dem Rückenwind niedriger Zinsen sowie der Verlängerung steuerlicher Erleichterungen im Umfang von 600 Mrd. USD wieder mehr Fahrt aufnehmen, das Bruttoinlandsprodukt dürfte um 3,4% zulegen. Für die Weltwirtschaft ist insgesamt ein Wachstum um 4,7% in 2011 nach 4,9% im Jahr 2010 zu erwarten. Die etwas nachlassende konjunkturelle Dynamik dürfte insbesondere Ergebnis eines moderateren Wirtschaftswachstums in China sein, das sich angesichts eines zunehmenden Inflationsdrucks gezwungen sieht, über eine restriktivere Geldpolitik seine Konjunktur zu bremsen. Für das Reich der Mitte ist 2011 ein Wirtschaftswachstum von ca. 9% nach 10,3% im Jahr 2010 zu erwarten.

Ungeachtet der insgesamt guten Aussichten sind die Risiken für 2011 beachtlich. Rund 37% der deutschen Ausfuhren im Umfang von 952 Mrd. EUR gingen von Januar bis Dezember 2010 in den Euroraum. Damit sind die Partnerländer des Euroraums die wichtigste Zielregion für deutsche Ausfuhren. Angesichts dessen würde eine Verschärfung der Schuldenkrise der Euro-Staaten mit einer möglichen Insolvenz eines Staates die deutsche Konjunktur erheblich beeinträchtigen. Der Lösung der Schuldenkrise im Euroraum wird daher für die Wirtschaftsentwicklung 2011 entscheidende Bedeutung zukommen. Von den Notenbanken droht zunächst noch kein Gegenwind. Weder die US-Notenbank noch die EZB haben bislang eine Straffung ihrer Geldpolitik signalisiert. Die EZB könnte allerdings ihre diesbezügliche Zurückhaltung aufgeben, sobald eine Lösung für die noch anhaltende Euro-Schuldenkrise gefunden wird und damit die Notenbank von ihrer Verantwortung für die Finanzmarktstabilität entlastet wird.

Vor allem aufgrund des Anstiegs der Rohstoffpreise sind im Euroraum die Inflationsrisiken zu Anfang des Jahres 2011 gestiegen. Mit 2,2% lag die Inflationsrate im Euroraum bereits im Dezember 2010 über dem Schwellenwert von 2,0%, der noch als mit Preisniveaustabilität vereinbar gilt. Im Jahresdurchschnitt 2011 dürfte die Inflationsrate im Euroraum nach Ansicht des LBBW-Vorstands mit 2,2% leicht über der EZB-Norm für Preisstabilität liegen. Für Deutschland rechnet die LBBW mit einem Anstieg der Inflationsrate von 1,1% auf 2,0%.

## Branchen- und Wettbewerbssituation.

Die deutsche Kreditwirtschaft hat in ihrem Erholungsprozess von der Finanzmarktkrise im Berichtsjahr Fortschritte gemacht und dürfte diesen Prozess auch fortsetzen können.

Die Schuldenkrise in einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion, die weiterhin einen Unsicherheitsfaktor darstellt, hat diese Erholung allerdings belastet. Sie hat gezeigt, dass aus Wechselwirkungen zwischen Staats- und Finanzsektor Risiken und Ansteckungseffekte entstehen können, welche die weitere Stabilisierung der Branche beeinträchtigen können. Angesichts eines hohen Refinanzierungsbedarfs von Staaten und Banken in den kommenden Jahren gilt dies insbesondere auch im Hinblick auf eine mögliche zunehmende Konkurrenzsituation in der Mittelbeschaffung.

Das voraussichtlich gegenüber 2010 abgeschwächte, aber stabile wirtschaftliche Wachstum im Inland sollte die Ertragsentwicklung der deutschen Kreditwirtschaft auch in den nächsten beiden Jahren stützen. Dabei dürfte die Wettbewerbsintensität insbesondere um Kunden mit guter Bonität sowohl im Privat- als auch im Unternehmenskundengeschäft hoch bleiben. Neben den Herausforderungen in der Refinanzierung dürften einige Risiken und Unsicherheiten für die Entwicklung der Institute weiter im Bereich bestimmter Auslandsforderungen und bankeigener, insbesondere strukturierter Wertpapierportfolios liegen, die vor der Krise eingegangen wurden. Allerdings haben viele Institute, auch vor dem Hintergrund von Auflagen der EU-Kommission und veränderten Geschäftsmodellen, ihre Bestände hier bereits reduziert. Dieser Trend dürfte sich auch im Jahr 2011 fortsetzen.

Der zukünftige, strengere Regulierungsrahmen für die Branche hat sich 2010 weiter konkretisiert. Auch wenn Unsicherheiten im Hinblick auf noch abschließend festzulegende Details und laufende Diskussionen weiter bestehen, ist klar, dass sich die regulatorischen Anforderungen für die Institute dadurch spürbar erhöhen werden.

Die auf dem G-20-Gipfeltreffen in Seoul im November 2010 im Grundsatz beschlossenen neuen Basel-III-Regelungen, die nun in europäisches bzw. nationales Recht umgesetzt werden müssen, sehen schrittweise bis 2019 zu erfüllende höhere Eigenkapitalanforderungen, verschärfte Liquiditätsvorschriften sowie Verschuldungsgrenzen vor. Durch die neuen Regelungen kommen erhebliche Anpassungslasten auf die Institute zu. Während der Kapitalbedarf der Branche sich in den nächsten Jahren deutlich erhöhen dürfte, ist tendenziell mit einer sinkenden Eigenkapitalrentabilität der Institute zu rechnen. Allerdings haben die deutschen Institute einen Teil der Anpassungen durch Kapitalstärkungen im Rahmen der Bewältigung der Finanzmarktkrise und durch eine Verringerung von Risikoaktiva bereits vollzogen. Dazu kommen auf die deutschen Institute mit Ausnahme der Förderbanken ab dem Jahr 2011 zusätzliche Kosten durch die Bankenabgabe zu, die Teil des Restrukturierungsgesetzes ist, das zum Jahresende 2010 eingeführt wurde und zukünftig die Voraussetzung für eine geordnete Restrukturierung und gegebenenfalls Abwicklung von Instituten schaffen soll.

Neben diesen bereits beschlossenen regulatorischen Veränderungen befinden sich, insbesondere mit den Überlegungen zur Reform der Einlagensicherung auf europäischer Ebene, einem europäischen Restrukturierungsregelwerk oder der europäischen bzw. deutschen Finanztransaktionssteuer, weitere Vorhaben in der Diskussion, welche die von den Instituten zu tragenden Lasten weiter steigern könnten.

## Strategische Ausrichtung sowie Chancen und Risiken der LBBW.

Der LBBW-Konzern wird wesentlich durch die LBBW (Bank) geprägt, so werden auch die Ausschüttungen der Konzernunternehmen in der Bank vereinnahmt und Bewertungsänderungen der Beteiligungsbuchwerte im Jahresabschluss der Bank berücksichtigt. Aus diesem Grund umfassen die folgenden Aussagen in diesem Kapitel immer den gesamten LBBW-Konzern und sind nicht auf die Bank als Einzelinstitut beschränkt.

Wesentliche Eckpfeiler des Geschäftsmodells der LBBW sind im Restrukturierungsplan hinterlegt und wurden durch die EU-Kommission genehmigt. Hierin sind auch die geplanten Reduzierungen der Bilanzsumme und der Kosten festgeschrieben. Die Umsetzung des EU-Restrukturierungsverfahrens läuft planmäßig und ist bis zum Jahr 2013 abzuschließen. Somit werden auch die Jahre 2011 und 2012 für die LBBW von der Umsetzung der Maßnahmenplanung geprägt sein.

Für das Jahr 2011 rechnet die LBBW mit einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Finanzwirtschaft, was sich positiv auf das Kerngeschäft der LBBW auswirken wird. Insgesamt wird von einer Steigerung der operativen Erträge gegenüber dem Jahr 2010 ausgegangen. Trotz erstmalig zu leistender Bankenabgabe im Jahr 2011 ist eine stabile Entwicklung bei den Verwaltungsaufwendungen zu erwarten. Dies ist das Ergebnis eines konsequenten Kostenmanagements, das sich auf eine stringente Reduzierung der Sachkosten und auf die geplante Rückführung des Personalbestands fokussiert. Für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird mit einem Aufwand auf Vorjahresniveau gerechnet. Insgesamt wird für den LBBW-Konzern für das Geschäftsjahr 2011 wieder ein deutlich positives Konzernergebnis vor Steuern erwartet. Unter den genannten Rahmenbedingungen rechnet die LBBW damit, dass die noch verbleibende Herabsetzung der stillen Einlagen und Genussrechte aus der Verlustpartizipation 2009 in Abhängigkeit von den Anlagebedingungen in den Folgejahren durch Gewinne wieder aufgeholt sowie ausgefallene Zinszahlungen nachgeholt werden.

Das für das Jahr 2011 geplante Investitionsvolumen der LBBW resultiert im Schwerpunkt aus der Umsetzung des EU-Restrukturierungsplans, den gesetzlichen bzw. aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie den Maßnahmen zur Stärkung des Vertriebs. Für die Kernkapitalquote der LBBW wird für die Jahre 2011 und 2012 eine weiterhin stabile Entwicklung auf einem guten Niveau erwartet.

Wesentliche Planungsrisiken bestehen insbesondere in einer erneuten Instabilität der Finanzmärkte und den daraus resultierenden Folgen. Als derzeit größter Unsicherheitsfaktor ist die Schuldenkrise von einigen Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion zu nennen, die gegebenenfalls das Vertrauen in die Finanzmarktstabilität und das Bankensystem erschüttern können. Darüber hinaus wäre bei einem unerwartet abrupten Abbremsen der konjunkturellen Entwicklung wieder mit Belastungen aus dem Anstieg der Kreditrisikovorsorge zu rechnen.

Die infolge der Finanzmarktkrise initiierten regulatorischen Verschärfungen und die sich abzeichnenden Änderungen von Rechnungslegungsstandards werden die künftige Entwicklung der LBBW weiterhin beeinflussen. Da die genauen Ausgestaltungen der neuen aufsichtsrechtlichen und bilanziellen Regularien an vielen Stellen noch nicht endgültig sind, ist die Zukunft durch ein hohes Maß an Unsicherheiten geprägt. Insgesamt ist jedoch erkennbar, dass die regulatorischen Initiativen des Baseler Ausschusses sowie des deutschen Gesetzgebers in den nächsten Jahren zu erhöhten

Liquiditäts- und Kapitalanforderungen sowie zu teilweise deutlichen Belastungen aus der Bankenabgabe führen werden. Die Konsequenzen der aktuellen Initiativen des Standardsetters für internationale Bilanzierung (International Accounting Standard Board, IASB) sowie deren zukünftige Auswirkungen auf aufsichtsrechtliche Kennziffern können derzeit noch nicht abschließend abgeschätzt werden. Dennoch hat die LBBW bereits entsprechende Maßnahmen zur Einhaltung der zu erwartenden gesetzlichen Anforderungen aufgesetzt.

Nachfolgend wird auf die geplante Entwicklung der operativen Segmente in den folgenden Jahren – insbesondere in den Jahren 2011 und 2012 – eingegangen.

Im Mittelstandsgeschäft wird sich die LBBW im Segment Corporates (Firmenkunden) weiterhin auf Unternehmen in den Kernmärkten der BW-Bank, der Rheinland-Pfalz Bank sowie der Sachsen Bank konzentrieren. Dafür ist der weitere Ausbau der Hausbankfunktion, die sich insbesondere für die mittelständischen Unternehmen in den letzten Jahren als außerordentlich wichtig erwiesen hat, geplant. Somit sollte dieses Geschäftsfeld auch in Zukunft eine stabile Ertragssäule im LBBW-Konzern darstellen. Aufgrund der konjunkturell positiven Entwicklung im letzten Jahr ist mit einem Anstieg der Finanzierungsnachfrage im Rahmen von Betriebsmitteln und Investitionen der Unternehmen zu rechnen. Für das Jahr 2011 wird ein weiteres Wachstum bei den Exportfinanzierungen und dem kommerziellen Auslandsgeschäft erwartet. Im Zusammenhang mit dem konjunkturellen Aufschwung sollen die Kunden verstärkt durch Zins-, Währungs- und Rohstoffmanagementprodukte bei der Absicherung und dem Management ihrer Risiken unterstützt werden. Die Betreuung von Großkunden wird unverändert auf ausgewählte Kunden im deutschsprachigen Raum beschränkt. Das Immobilienfinanzierungsgeschäft fokussiert sich auch zukünftig auf die Kernmärkte Deutschland, die USA und Großbritannien und konzentriert sich dabei auf ausgewählte Objektkategorien.

Im Segment Retail Clients wird die LBBW den Fokus auch in Zukunft auf den Ausbau des gehobenen Privatkundengeschäfts in den Bundesländern Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen richten und die Betreuung hochvermögender Wealth-Management-Kunden an den Standorten Stuttgart und Mannheim weiter ausbauen. Im Stadtgebiet Stuttgart fungiert die LBBW unter der Marke BW-Bank als Sparkasse und bietet für ihre Privatkunden ein umfassendes Finanzdienstleistungsangebot mit einem flächendeckenden Filialnetz an. Begünstigt durch die weiterhin hohe Nachfrage nach sicheren Einlagenprodukten wird insbesondere bei steigenden Zinsen ein weiterer Ausbau des klassischen Einlagengeschäftes prognostiziert. Nach den deutlichen Rückgängen während der Finanzmarktkrise wird im Wertpapiergeschäft eine sukzessive Erholung erwartet. Anknüpfend an die guten Absatzleistungen im Berichtsjahr bei den Vermittlungsprodukten Bausparen, Versicherungen und Beteiligungen wird ein weiterer Ausbau angestrebt. Im Aktivgeschäft ist dagegen mit anhaltend hohem Wettbewerb und damit auch weiterhin mit Margendruck zu rechnen.

Der weitere Ausbau des kundengetriebenen Kapitalmarktgeschäftes wird auch in den kommenden Jahren erste Priorität im Segment Financial Markets haben. Damit sollte der Anteil der kontinuierlichen Ergebnisbeiträge in diesem Segment weiter zunehmen. Gleichwohl werden die Volatilitäten der Finanzmärkte auch weiterhin Auswirkungen auf das Ergebnis des Segments haben. Einhergehend mit der weiteren Erholung der Realwirtschaft sollte auch das Vertrauen der Märkte zurückkehren und die Nachfrage nach Anlage- und Absicherungsprodukten am Kapitalmarkt wieder zunehmen. Dabei ist allerdings davon auszugehen, dass die Märkte für strukturierte Kreditprodukte weniger stark profitieren können. In diesem Produktsegment ist ein Ende der momentanen Kundenzurückhaltung noch nicht absehbar.

In ihren Kernmärkten Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen hat die LBBW auch zukünftig die Rolle der Zentralbank der Sparkassen. Darüber hinaus stellen die Sparkassen eine wichtige Kundengruppe des LBBW-Konzerns dar. Neben einer gemeinsamen Marktbearbeitung – zum Beispiel im Rahmen des Unternehmenskundengeschäfts – stellt die Bereitstellung von Dienstleistungen für die Sparkassen einen bedeutenden Anteil bei der Aufgabenteilung innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe dar. Die Intensivierung der Kooperation mit den Sparkassen im Leistungsverbund ist ein elementares Ziel. Sie wird sich auch weiterhin durch eine enge Zusammenarbeit vor allem in den Bereichen Liquidität und Refinanzierung auszeichnen.

Mit der Neuausrichtung des Geschäftsmodells wird eine zukunftssichere Aufstellung der LBBW gewährleistet. Aus diesem Grund wird auch in den nächsten Jahren mit Hochdruck an der konsequenten Umsetzung aller vorgesehenen Maßnahmen gearbeitet, wobei erste Erfolge bereits heute verbucht werden können.

Trotz der vielfältigen zukünftigen Herausforderungen wird die LBBW ihren Kunden weiterhin als leistungsfähiger und zuverlässiger Geschäftspartner zur Seite stehen.





# Gewinn- und Verlustrechnung

der Landesbank Baden-Württemberg,  
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, für den  
Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2010.

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.–31.12.2009 Mio. EUR
<b>1. Zinserträge aus</b>	33				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		9 131 959			
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		2 469 642	11 601 601		13 570
<b>2. Zinsaufwendungen</b>			9 488 689		11 562
				2 112 912	2 008
<b>3. Laufende Erträge aus</b>	33				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren			61 691		33
b) Beteiligungen			30 137		29
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen			64 286		39
				156 114	101
<b>4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>				91 538	63
<b>5. Provisionserträge</b>	33		718 487		938
<b>6. Provisionsaufwendungen</b>			462 333		501
darunter: Garantieprovision Land Baden-Württemberg		296 600			169
				256 154	437
<b>7. Nettoertrag des Handelsbestands</b>	33			15 199	314
<b>8. Sonstige betriebliche Erträge</b>	29, 33			146 686	128
<b>9. (weggefallen; ehem. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil)</b>				0	7
<b>10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		609 819			658
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		143 975			206
			753 794		864
darunter: für Altersversorgung		43 480			102
b) andere Verwaltungsaufwendungen			505 538		578
				1 259 332	1 442
<b>11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>				90 922	103
<b>12. Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	29			126 187	141

	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	1.1.-31.12.2009 Mio. EUR
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				618 117	1 751
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft				0 -618 117	0 -1 751
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				115 274	696
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren				0 -115 274	0 -696
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				88 602	596
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				480 169	-1 672
19. Außerordentliche Erträge			22 705		0
20. Außerordentliche Aufwendungen	31		182 536		470
21. Außerordentliches Ergebnis	31			-159 831	-470
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	32		-33 033		-40
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen			-3 664		-6
				-36 697	-46
<b>24. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>				<b>283 641</b>	<b>-2 188</b>
25. Wiederauffüllung (im Vj. Entnahmen) der Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter	24, 28			-209 551	527
26. Wiederauffüllung (im Vj. Entnahmen) des Genusssrechtskapitals	28			-74 090	202
<b>27. Bilanzgewinn/Bilanzverlust</b>	<b>24, 28</b>			<b>0</b>	<b>-1 459</b>

# Jahresbilanz

der Landesbank Baden-Württemberg,  
Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz,  
zum 31. Dezember 2010.

Aktiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2009* Mio. EUR
<b>1. Barreserve</b>					
a) Kassenbestand				135 118	137
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				68 930	1 653
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		56 576			1 647
				204 048	1 790
<b>2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind</b>					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				163 436	41
<b>3. Forderungen an Kreditinstitute</b>	7, 8, 9, 12, 18, 37				
a) Hypothekendarlehen				337 014	169
b) Kommunalkredite				54 433 533	67 213
c) andere Forderungen				12 141 212	22 528
darunter:				66 911 759	89 910
täglich fällig		1 444 042			6 674
<b>4. Forderungen an Kunden</b>	7, 8, 9, 12, 18, 37				
a) Hypothekendarlehen				33 020 331	34 361
b) Kommunalkredite				30 754 214	34 959
c) andere Forderungen				72 058 598	87 143
darunter:				135 833 143	156 463
gegen Beleihung von Wertpapieren		92			209
<b>5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	7, 8, 9, 10, 12, 15, 18				
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten			640 198		0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		640 198			0
ab) von anderen Emittenten			0		1 070
darunter:				640 198	1 070
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0			1 070
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten			8 742 630		9 005
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		4 263 184			4 553
bb) von anderen Emittenten			57 604 060		66 685
darunter:				66 346 690	75 690
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		27 118 169			32 897
c) eigene Schuldverschreibungen				7 496 734	10 318
				74 483 622	87 078
<b>Nennbetrag</b>		<b>7 467 649</b>			<b>9 430</b>

\* Die Vorjahreszahlen per 31. Dezember 2009 wurden an die neue Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Anpassungen wurden im Anhang im Abschnitt »Erläuterungen zur Bilanz« dargestellt und näher erläutert.

<b>Aktiva</b>	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2009* Mio. EUR
<b>6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	7, 10, 12, 15			855 815	1 226
<b>6a. Handelsbestand</b>	4, 7, 37			93 007 408	72 455
<b>7. Beteiligungen</b>	10, 15			1 627 608	1 663
darunter: an Kreditinstituten		539 218			575
an Finanzdienstleistungsinstituten		25			0
<b>8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	10, 15			3 175 739	3 885
darunter: an Kreditinstituten		605 179			684
an Finanzdienstleistungsinstituten		177 894			175
<b>9. Treuhandvermögen</b>	14			992 963	666
darunter: Treuhandkredite		763 432			385
<b>10. Immaterielle Anlagewerte</b>	15				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				59 851	58
b) geleistete Anzahlungen				14 003	15
				73 854	73
<b>11. Sachanlagen</b>	15			452 978	483
<b>12. Sonstige Vermögensgegenstände</b>	7, 16			1 261 827	1 392
<b>13. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	7, 17				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				677 265	872
b) andere				2 028 507	564
				2 705 772	1 436
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>381 749 972</b>	<b>418 561</b>

\* Die Vorjahreszahlen per 31. Dezember 2009 wurden an die neue Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Anpassungen wurden im Anhang im Abschnitt »Erläuterungen zur Bilanz« dargestellt und näher erläutert.

Passiva	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2009* Mio. EUR
<b>1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	7, 8, 9, 22, 37				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				708 998	885
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				4 478 388	7 429
c) andere Verbindlichkeiten				73 759 668	115 967
darunter: täglich fällig		2 973 379			5 814
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0			39
				78 947 054	124 281
<b>2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	7, 8, 9, 22, 37				
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				1 592 699	1 520
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				15 038 856	17 240
c) Spareinlagen					
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			5 724 238		5 443
cb) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			1 006 388		813
				6 730 626	6 256
d) andere Verbindlichkeiten				76 314 012	89 634
darunter: täglich fällig		30 530 855			31 160
				99 676 193	114 650
<b>3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	7, 8, 9, 22				
a) begebene Schuldverschreibungen					
aa) Hypothekenspfandbriefe			12 344 968		11 528
ab) öffentliche Pfandbriefe			22 620 374		30 645
ac) sonstige Schuldverschreibungen			54 105 236		64 543
				89 070 578	106 716
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				2 690 743	7 109
darunter: Geldmarktpapiere		2 690 743			7 109
				91 761 321	113 825
<b>3a. Handelsbestand</b>	4, 7, 22, 37			82 441 481	37 936
<b>4. Treuhandverbindlichkeiten</b>	14			992 963	666
darunter: Treuhandkredite		763 432			385
<b>5. Sonstige Verbindlichkeiten</b>	7, 20			746 881	1 587
<b>6. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	7, 17				
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				449 511	536
b) andere				1 801 282	293
				2 250 793	829
<b>7. Rückstellungen</b>	7, 21				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1 202 617	1 111
b) Steuerrückstellungen				261 822	265
c) andere Rückstellungen				941 258	981
				2 405 697	2 357

\* Die Vorjahreszahlen per 31. Dezember 2009 wurden an die neue Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Anpassungen wurden im Anhang im Abschnitt »Erläuterungen zur Bilanz« dargestellt und näher erläutert.

<b>Passiva</b>	Erläuterung im Anhang	Tsd. EUR	Tsd. EUR	Tsd. EUR	31.12.2009* Mio. EUR
<b>8. (weggefallen; ehem. Sonderposten mit Rücklageanteil)</b>					
<b>9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	8, 22, 23, 37			5 301 138	5 308
<b>10. Genusssrechtskapital</b>	28			1 509 862	1 577
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig		822 118			527
<b>11. Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>				483 029	480
darunter: Zuführung gem. § 340e Abs. 4 HGB		3 029			0
<b>12. Eigenkapital</b>	24, 28				
a) gezeichnetes Kapital					
aa) Stammkapital			2 583 500		2 584
ab) stille Einlagen			4 290 622		4 122
b) Kapitalrücklage				6 874 122	6 706
c) Gewinnrücklagen				6 910 121	6 910
cb) andere Gewinnrücklagen			1 449 317		2 909
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				1 449 317	2 909
				0	- 1 460
				15 233 560	15 065
<b>Summe der Passiva</b>				<b>381 749 972</b>	<b>418 561</b>
<b>1. Eventualverbindlichkeiten</b>	22, 25				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln				0	1
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen				30 055 377	37 117
				30 055 377	37 118
<b>2. Andere Verpflichtungen</b>	22, 25				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen				22 012 259	27 655

\* Die Vorjahreszahlen per 31. Dezember 2009 wurden an die neue Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV nach Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) angepasst. Die Anpassungen wurden im Anhang im Abschnitt »Erläuterungen zur Bilanz« dargestellt und näher erläutert.

# Anhang

## der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, zum 31. Dezember 2010.

### 1. Grundlagen zur Aufstellung des Jahresabschlusses.

Die Aufstellung des Einzelabschlusses für das Geschäftsjahr 2010 der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) mit Sitz in Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz erfolgte unter Anwendung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), insbesondere der »Ergänzenden Vorschriften für Kreditinstitute« (§§ 340 ff. HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV).

Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) wurde am 26. März 2009 vom Deutschen Bundestag beschlossen und ist am 25. Mai 2009 in Kraft getreten. Neben wesentlichen Änderungen hinsichtlich Ansatz und Bewertung sind zahlreiche neue Anhangvorschriften zu erfüllen. Der überwiegende Teil der neuen Vorschriften findet erstmals auf Geschäftsjahre Anwendung, die nach dem 31. Dezember 2009 beginnen. Folgende wesentliche Angaben wurden zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2010 erstmalig angewandt:

- Angaben zu Pensionsrückstellungen, siehe Textziffer 2
- Angaben zu latenten Steuern, siehe Textziffer 2
- Angaben zu Finanzinstrumenten, siehe Textziffern 2 und 3
- Angaben zu Bewertungseinheiten, siehe Textziffer 5
- Angaben zu Investmentvermögen, siehe Textziffer 11
- Angaben zur Risikoeinschätzung von Eventualverbindlichkeiten, siehe Textziffer 25

Folgende Angaben waren bereits zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2009 für die LBBW verpflichtend anzuwenden:

- Angaben zu außerbilanziellen Geschäften, siehe Textziffer 35
- Angaben zu Geschäften mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, siehe Textziffer 37

Im Übrigen verweisen wir bezüglich der vorgenommenen BilMoG-Anpassungen zum 31. Dezember 2009 auf Textziffer 7.

Bezüglich der BilMoG-Übergangsvorschriften wurde von dem Wahlrecht gemäß Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht, die Vorjahreszahlen bei erstmaliger Anwendung der BilMoG-Vorschriften nicht an die geänderten Bewertungsvorschriften anzupassen. Um eine Vergleichbarkeit der Bilanzen per 31. Dezember 2009 und per 31. Dezember 2010 zu erreichen, wurden die Vorjahreszahlen jedoch entsprechend an die neue Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV angepasst. Diese Umgliederungen der Vorjahreszahlen werden in der Textziffer 7 »BilMoG-Erstanwendungseffekte« dargestellt und näher erläutert. Umgliederungen der Vorjahreswerte in der Gewinn- und Verlustrechnung wurden nicht vorgenommen.

Im Anhang wurde auf jegliche Anpassungen der Vorjahreswerte per 31. Dezember 2009 verzichtet. Die Erstbewertungseffekte im Rahmen der BilMoG-Umstellungsbilanz zum 1. Januar 2010 werden ebenfalls in Textziffer 7 dargestellt und näher erläutert.

Der testierte Einzelabschluss 2010 der LBBW wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und kann dort eingesehen werden.

### 2. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

#### Risikovorsorge und Forderungen.

Im Bestand befindliche Wechsel und Forfaitierungsgeschäfte sind mit ihrem abgezinsten Nominalwert, gekürzt um Einzelwertberichtigungen, angesetzt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind zum Nennwert bilanziert, gegebenenfalls unter Absetzung der darauf entfallenden Wertberichtigungen. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nennbetrag, denen Zinscharakter zukommt, werden in die Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die Laufzeit ratierlich erfolgswirksam im Zinsergebnis berücksichtigt. Abgegrenzte Zinsen werden direkt in den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesen.

Die Risikovorsorge wurde beim Nettoausweis bei den anderen Forderungen abgesetzt.

Für signifikante Kredite (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer größer als 1 Mio. EUR), für die objektive Hinweise auf Wertminderungen identifiziert wurden, ist eine individuelle Einzelrisikovorsorge vorgenommen worden. Die Höhe bemisst sich nach dem Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert der Forderung und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode berechneten Barwert der künftigen Zahlungseingänge auf diese Forderung – unter Berücksichtigung von Sicherheiten. Bei nicht signifikanten Krediten (Forderungsvolumen je Einzelkreditnehmer kleiner als 1 Mio. EUR) erfolgt der Ansatz einer pauschalierten Wertberichtigung für Einzelrisiken durch Verwendung einer statistisch ermittelten oder geschätzten Ausfallhöhe. Pauschalwertberichtigungen werden für zum Bilanzstichtag bereits eingetretene, jedoch noch nicht identifizierte Verluste des Kreditportfolios gebildet. Deren Höhe basiert auf historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten des nicht bereits anderweitig vorgesorgten Kreditportfolios sowie des durchschnittlich zugrunde zu legenden Entdeckungszeitraums. Das Länderrisiko in Form von Transfer- bzw. Konvertierungsrisiken wird in den jeweiligen Risikovorsorgen berücksichtigt.

Die Forderungen an Kunden enthalten Forderungen gegenüber verschiedenen Zweckgesellschaften in Höhe von nominal 7,9 Mrd. EUR, welche neben einem Verbriefungsportfolio der Bank in Höhe von nominal 4,0 Mrd. EUR im Rahmen einer Garantiestruktur mit einer Garantiegesellschaft des Landes Baden-Württemberg in Höhe von 6,7 Mrd. EUR (Höchstbetragsgarantie) abgesichert wurde. Zu Lasten der Bank wurde ein Selbstbehalt bis zu einem Betrag von 1,9 Mrd. EUR (First Loss) vereinbart. Da die Höchstbetragsgarantie auf die Wiederher-

stellung der Werthaltigkeit der gesicherten Vermögenswerte gerichtet ist, wird die Garantie direkt bei der Bewertung der Forderungen bzw. Wertpapiere berücksichtigt. Damit sind Wertberichtigungen auf Wertpapiere und auf Forderungen an die LBBW Luxemburg S.A. und Zweckgesellschaften, die den First Loss der Bank in Höhe von 1,9 Mrd. EUR übersteigen, nicht zu bilden. Den erwarteten Ausfallrisiken zum 31. Dezember 2010 auf die garantierten Referenzvermögenswerte in Höhe des First Loss von 1,9 Mrd. EUR wurde durch Bildung von Wertberichtigungen angemessen Rechnung getragen.

#### Beteiligungen.

Verkaufsgewinne bzw. -verluste aus Beteiligungstransaktionen werden auf Grundlage des § 340c Abs. 2 Satz 2 HGB im sonstigen betrieblichen Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Zur Aufstellung des Anteilsbesitzes nach § 285 Nr. 11 HGB verweisen wir auf die Textziffer 38.

#### Anlagevermögen.

Erworbene immaterielle Anlagewerte sind mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen über die Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Sätzen.

Die Sachanlagen sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und, sofern notwendig, um außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen auf Sachanlagen von im Inland gelegenen Betriebsstellen werden auf der Grundlage der steuerrechtlichen Vorschriften zur Absetzung für Abnutzung vorgenommen. Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von 150,00 EUR werden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als 150,00 EUR bis 1 000,00 EUR wurde der jährlich steuerlich zu bildende Sammelposten aus Vereinfachungsgründen in die Handelsbilanz übernommen.

Abschreibungen auf Gebäude erfolgen nach den steuerlich zulässigen Abschreibungssätzen.

Das Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 HGB wird ausgeübt und selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden demnach künftig aktiviert. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens selbst geschaffen.

#### Latente Steuern.

Mit BilMoG wurde das international übliche bilanzorientierte Konzept (Temporary Konzept) in das HGB übernommen und das bisher geltende GuV-orientierte Timing Konzept aufgegeben. Für sich ergebende Aktivüberhänge besteht ein Aktivierungswahlrecht, für Passivüberhänge eine Ansatzpflicht. Die LBBW verzichtet entsprechend dem Wahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB auf den Ansatz aktiver latenter Steuern.

Passive latente Steuern aus dem steuerlich abweichenden Ansatz von Schuldverschreibungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, sonstigen Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten wurden mit aktiven latenten Steuern auf die steuerlichen Abweichungen von Handelsbeständen, verbrieften Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Verlustvorträgen verrechnet. Über den Saldierungsbereich hinausgehende aktive Steuerlatenzen wurden in Ausübung des Wahlrechts des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht aktiviert.

Bei der Bewertung der latenten Steuern wurden unternehmensindividuelle Steuersätze herangezogen. Für das deutsche Haupthaus mit inländischem Organkreis wurde die Körperschaftsteuer inklusive Solidaritätszuschlag mit 15,83% abgegrenzt. Für die Gewerbesteuer wurde für das deutsche Haupthaus der durchschnittliche Gewerbesteuersatz im Organkreis von 14,51% verwendet. Latente Steuern für die ausländischen Niederlassungen wurden mit den dort geltenden statuarischen Steuersätzen bewertet, deren Bandbreite sich zwischen 10,00% und 42,59% bewegt.

#### Verbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB angesetzt.

#### Rechnungsabgrenzung.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und über die Laufzeit aufgelöst.

#### Rückstellungen.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Berücksichtigung des § 253 HGB und der Richttafeln 2005 G, Heubeck-Richttafeln-GmbH, Köln 2005, bewertet.

Als versicherungsmathematisches Berechnungsverfahren wurde die projizierte Einmalbeitragsmethode (projected unit credit method) verwendet. Grundlegend für die Bewertung sind die periodengerechte Zuordnung von Versorgungsleistungen während des Dienstverhältnisses und die versicherungsmathematischen Annahmen. Der Diskontierungszinssatz für die Pensionsverpflichtungen beträgt 5,17%, erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen liegen bei 2,0% zzgl. eines Karrieretrends von 0,5%, der bis zu einem Alter von 50 Jahren zugrunde gelegt wird. Weiterhin wird eine unternehmensspezifische Fluktuation von 5,5% unterstellt. Der notwendige Zuführungsbetrag der Pensionsrückstellungen infolge der Erstanwendung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beträgt 397,1 Mio. EUR.

Nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) kann dieser Zuführungsbetrag über 15 Jahre verteilt werden. Die LBBW hat dieses Wahlrecht in Anspruch genommen und zum 31. Dezember 2010 26,5 Mio. EUR (1/15) den Pensionsrückstellungen ergebniswirksam zugeführt. Die LBBW beabsichtigt, den verbleibenden Restbetrag von 370,6 Mio. EUR den Pensionsrückstellungen in gleichen Jahresraten bis zum 31. Dezember 2024 zuzuführen.

Für die Verpflichtung von Erfüllungsrückständen aus Altersteilzeitverträgen ist zum Jahresabschluss 2010 Planvermögen in Höhe von 7,0 Mio. EUR gebildet worden. Dieser Betrag entspricht den Anschaffungskosten und dem beizulegenden Zeitwert des Planvermögens zum 31. Dezember 2010. Die Rückstellung für Erfüllungsrückstände aus Altersteilzeitverträgen in Höhe von 12,7 Mio. EUR wurde mit dem Planvermögen gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet. Erträge aus dem Planvermögen sind im Geschäftsjahr 2010 nicht angefallen.

Für die Verpflichtung aus dem LBBW-Flexiwertkonto besteht zum 31. Dezember 2010 Planvermögen mit dem beizulegenden Zeitwert von 23,8 Mio. EUR. Die Anschaffungskosten betragen 23,9 Mio. EUR. Die Rückstellung aus den Verpflichtungen für das Flexiwertkonto in Höhe von 26,6 Mio. EUR wurde mit dem Plan-



vermögen zum beizulegenden Zeitwert verrechnet. Aufwendungen in Höhe von 6,1 Mio. EUR (Zuwachs der Verpflichtung im Jahr 2010) wurden mit Erträgen in Höhe von 4,1 Mio. EUR (Zuwachs des Planvermögens im Jahr 2010) verrechnet.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften zu berücksichtigen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden entsprechend § 253 Abs. 2 HGB mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen diskontiert.

Vom Beibehaltungswahlrecht der Rückstellungen im Rahmen der BilMoG-Umstellungsbilanz nach Art. 67 Abs. 1 EGHGB wird Gebrauch gemacht. Die Höhe der Überdeckung beläuft sich auf 22,2 Mio. EUR zum 31. Dezember 2010.

#### Verlustfreie Bewertung im Bankbuch.

Die Geschäftstätigkeit der Kreditinstitute im Rahmen des Bankbuchs lässt regelmäßig keine unmittelbare Zuordnung einzelner aktivischer und passivischer Finanzinstrumente zueinander zu. Unabhängig davon besteht jedoch aufgrund der Zielsetzung der Geschäfte (Erzielung einer Zinsmarge) ein auch von der Rechtsprechung anerkannter wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen diesen Geschäften (»Refinanzierungsverbund«). Dementsprechend steuert die Bank die Zinsmarge bzw. den Marktwert aller zinstragenden Geschäfte als Gesamtheit im Bankbuch. Für alle Finanzinstrumente des Bankbuchs wird dem handelsrechtlichen Vorsichtsprinzip dadurch Rechnung getragen, dass für einen Verpflichtungsüberschuss aus der Bewertung der gesamten Zinsposition des Bankbuchs eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB (»Drohverlustrückstellung«) zu bilden ist. Zum Stichtag bestand für die Bank kein negativer Verpflichtungsüberschuss.

#### Finanzinstrumente.

Bilanzielle Produkte, derivative Finanzinstrumente sowie die aus bilanziellen Produkten abgespaltenen derivatähnlichen Nebenabreden des Handelsbestands unterliegen der Portfoliobewertung. Hierzu werden die Handelsbestände im Falle von an aktiven Märkten gehandelten Finanzinstrumenten zu Marktpreisen bewertet. Im Falle von Finanzgeschäften ohne verfügbare Marktpreise erfolgt die Bewertung mit Preisen, die mittels Bewertungsmodellen oder auf Basis von über Marktdatenanbieter bezogenen indikativen Quotierungen und Parametern ermittelt werden. Marktpreise, Quotierungen und Parameter werden von der LBBW größtenteils mittels statistischer Methoden validiert. Das ermittelte Markto-Market-Ergebnis wird um den nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben (10 Tage Haltedauer, 99,0% Konfidenzniveau, 250 Tage Beobachtungszeitraum) ermittelten Value-at-Risk dieser Bestände gekürzt.

Der absolute Betrag des Risikoabschlags beträgt für die LBBW 52,7 Mio. EUR per 31. Dezember 2010.

Dieses Vorgehen stellt sicher, dass in der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung dem Vorsichtsprinzip folgend etwaig verbliebenen Realisationsrisiken Rechnung getragen wird.

Gemäß § 340e Abs. 4 HGB führt die Bank 17% des positiven Nettoertrags des Handelsbestandes (3,0 Mio. EUR) dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu.

Für Bewertungsverfahren werden – soweit vorhanden – beobachtbare Parameter verwendet. Die Anwendung dieser Modelle und die Verwendung dieser Parameter erfordert Annahmen und Einschätzungen auf Seiten des Managements, deren Umfang von der Transparenz und Verfügbarkeit von Marktdateninformationen sowie von der Komplexität des Instruments abhängen.

Die Bewertungsmethoden beziehen sämtliche Faktoren und Parameter ein, die nach Überzeugung der LBBW auch von Marktteilnehmern berücksichtigt würden. Sofern die Bewertungsmethoden einzelne Faktoren außer Betracht lassen, finden Bewertungsanpassungen (Valuation Adjustments) statt. Wertanpassungen werden vom Risikocontrolling ermittelt und in einer Valuation Adjustment Policy dokumentiert. Zum Stichtag erstmals vorgenommene wesentliche Wertanpassungen betreffen Bewertungsanpassungen für das Kontrahentenausfallrisiko von OTC Derivaten (Counterparty Valuation Adjustment) sowie Bewertungsanpassungen für Derivate aufgrund von geänderten Marktstandards für die Diskontierung von collateralisierten OTC-Derivaten (Diskontierung auf Basis EONIA Sätze). Darüber hinaus nimmt die LBBW Bewertungsanpassungen beispielsweise zur Berücksichtigung von Geld-/Briefspannen, Modellschwächen und Bewertungsunsicherheiten u. a. bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von CDOs und Asset Backed Securities vor.

Die wesentlichen Parameter, die in die Bewertungsmodelle der LBBW einfließen, sind in der folgenden Tabelle aufgeführt:

Derivate/ Finanzinstrumente	Bewertungsmodelle	wesentliche Parameter
Zinsswaps und Zinsoptionen	Barwertmethode, Black-Scholes, Replikations- und Copula-basierte Modelle, Markov-Functional-Modell sowie weitere Zinsstrukturmodelle	Zinskurven, Swaption-Volatilitäten, Cap-Volatilitäten, Korrelationen
Zins-Termingeschäfte	Barwertmethode	Zinskurven
Commodity-Termingeschäfte, Devisentermingeschäfte	Barwertmethode	Commodity-Kurse/ Devisenkurse, Zinskurven
Aktien-/Index-Optionen	Black-Scholes, Local Volatility Modell	Aktienkurse, Aktienvolas, Dividenden, Zinsen (Swap, Repo)
Devisen-Optionen	Garman-Kohlhagen (mod. Black-Scholes)	Fx-Kurse, Zinskurven, Fx-Volatilitäten
Commodity-Optionen	Garman-Kohlhagen (mod. Black-Scholes)	Commodity-Kurse, Zinskurven, Volatilitäten
Kreditderivate	Intensitätsmodell, Copula-Modell	Credit Spreads, Zinskurven und für die Copula-Modelle noch Indextranchen-Preise
Geldmarktgeschäfte	Barwertmethode	Credit Spreads*, Zinskurven
Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Kredite	Barwertmethode	Credit Spreads*, Zinskurven
Wertpapiertermingeschäfte	Barwertmethode	Wertpapierkurse, Zinskurven
Verbriefungen	Barwertmethode	Liquiditätsspreads, Zinskurven, vorzeitige Tilgungen, Verzugs- und Ausfallraten, Verlustschwere

\* Aktuell werden bei der Bewertung der Geldmarktgeschäfte keine Credit Spreads am Einzelgeschäft berücksichtigt. Die Berücksichtigung der Credit Spreads erfolgt übergangsweise über die Credit Valuation Adjustments.

Die gleichen Modelle werden auch für die Bewertung der Handelsgeschäfte herangezogen. Sie berücksichtigen die aktuellen Markt- und Kontraktpreise der zugrunde liegenden Finanzinstrumente sowie Zeitwertbetrachtungen, Zinskurven und Volatilitätsfaktoren. Ferner werden bei der Fair Value-Ermittlung erwartete Marktrisiken, Modellrisiken, Bonitätsrisiken und Verwaltungskosten berücksichtigt.

Mit Umsetzung der Regelungen des BilMoG weist die LBBW ab dem Geschäftsjahr 2010 das Zinsergebnis aus Derivaten des Handelsbestands im Zinsüberschuss aus, da dies auch der internen Steuerung der Bank entspricht. Bis 2009 erfolgte ein Ausweis im Nettoertrag/Nettoaufwand aus Finanzgeschäften.

Seit 1. Januar 2010 werden alle Neugeschäfte in Geldmarkt-Termin- und Tagesgeldern entsprechend ihrem Einsatzzweck dem Handelsbestand oder dem Nichthandelsbestand zugeordnet. Der Ausweis der Geldmarkt-Termin- und Tagesgelder des Handelsbestands erfolgt zum beizulegenden Zeitwert in den neuen Bilanzposten Handelsaktiva/Handelsspassiva. Der Ausweis der Geldmarkt-Termin und Tagesgelder des Nichthandelsbestands erfolgt weiterhin in den Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Bezüglich ihrer Bewertung wird auf die entsprechenden Ausführungen zu diesen Posten verwiesen.

Für die Erfassung von derivativen Finanzinstrumenten im Jahresabschluss der LBBW ist maßgebend, ob sie Bestandteil von Sicherungsbeziehungen (Mikro- und Makro-Hedges) sind oder ob sie im Rahmen der Handelsaktivitäten (Trading) eingesetzt werden.

#### Kreditderivate non trading.

Kreditderivate des Nichthandelsbestandes werden in der Ausgestaltung von Credit Default Swaps und Produkten mit Nebenabreden mit Credit Default Swap Charakter zur Risikoübernahme, Arbitrage, Absicherung und effizienten Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken eingesetzt.

Kreditderivate werden in Anwendung der Stellungnahme IDW RS BFA 1 entsprechend dem Einsatzzweck differenziert behandelt.

Sicherungsgebergeschäfte des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b) »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten.

Kreditderivate, die zur Portfoliosteuerung in Bezug auf Bonitätsrisiken verwendet werden und bei denen der Credit Default Swap für die LBBW die Eigenschaft eines originären Kreditgeschäfts erfüllt, werden nicht markt bewertet. Voraussetzung ist die Durchhalteabsicht und dass keine Strukturen im Credit Default Swap enthalten sind, die nicht in originären Kreditgeschäften vorkommen können. Kreditderivate des Nichthandelsbestandes, die diese Bedingungen nicht erfüllen, werden einzeln bewertet. Eine Verrechnung unrealisierter Bewertungsgewinne erfolgt nur, wenn sich das Bonitätsrisiko auf denselben Referenzschuldner bezieht. Für unrealisierte Bewertungsverluste werden – gegebenenfalls nach Verrechnung mit unrealisierten Bewertungsgewinnen – Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet. Die Ergebnisse sind in den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft enthalten. Nach Verrechnung verbleibende Bewertungsgewinne bleiben außer Ansatz. Umfang und Verlauf der Marktpreisrisiken der Bank sind dem Risikobericht gemäß § 289 HGB zu entnehmen.

#### Wertpapiere.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips mit den Anschaffungskosten oder den niedrigeren Börsen- oder Marktpreisen bzw. den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag angesetzt. Wertpapiere aus Asset-Swap-Kombinationen sind verknüpft bewertet; marktinduzierte Wertminderungen infolge von Bonitätsrisiken werden erfolgswirksam erfasst.

Die Wertpapiere des Anlagevermögens, die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen bilanzieren wir zu Anschaffungskosten oder bei andauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag. Sofern die Gründe für eine Wertminderung in früheren Geschäftsjahren entfallen sind, erfolgen Zuschreibungen bis zur Höhe des Zeitwertes, maximal bis zur Höhe der Anschaffungskosten.

Für bestimmte Verbriefungen besteht eine Finanzgarantie der GPBW GmbH & Co. KG. Für Zahlungsausfälle aus diesen Verbriefungen besteht in Höhe von 1,9 Mrd. EUR ein Selbstbehalt zu Lasten der LBBW. Darüber hinausgehende Zahlungsausfälle sind durch die Finanzgarantie abgedeckt. Die Finanzgarantie wird als Sicherheit angesetzt und für Verbriefungen, die unter die Garantiewirkung fallen, werden keine Abschreibungen vorgenommen.

Für wertberichtigte Verbriefungen sowie für synthetische CDOs wurde der beizulegende Wert am Bilanzstichtag mit Hilfe eines Discounted-Cashflow-Verfahrens ermittelt, da aufgrund illiquider Märkte keine Börsen- oder Marktpreise vorhanden waren.

Für bestimmte Wertpapiere, bei denen der beizulegende Wert am Bilanzstichtag nicht ausschließlich auf beobachtbaren Marktpreisen bzw. am Markt beobachtbaren Bewertungsparametern basiert (synthetische CDOs, Cash-CDOs), wurden Bewertungsanpassungen zur Berücksichtigung der Unsicherheit bei der bilanziellen Bewertung vorgenommen.

#### 3. Derivate.

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 19 und 20 HGB in Verbindung mit § 36 RechKredV, die bei der LBBW zum Bilanzstichtag bestehen, sind den nachfolgenden Übersichten zu entnehmen.

Derivatähnliche Nebenabreden, die in eine portfoliobezogene Steuerung von Handelspositionen einbezogen sind, werden in Anwendung der Stellungnahme zur Rechnungslegung des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer IDW RS HFA 22 von den Grundgeschäften abgespalten und sind wie eigenständig abgeschlossene Derivate in den nachfolgenden Übersichten enthalten.

Die nicht getrennt bilanzierten derivatähnlichen Nebenabreden, die als Bestandteil von zusammengesetzten Produkten (sogenannte compound instruments) in Vermögensgegenständen oder Verbindlichkeiten und dadurch bereits in den entsprechenden Bilanzposten enthalten sind, werden in den nachfolgenden Übersichten nicht dargestellt. Auch interne derivative Finanzinstrumente und ausfallrisikomindernde Netting- und Collateralvereinbarungen sind in der tabellarischen Darstellung nicht berücksichtigt.

Neben den bereits in den Allgemeinen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden genannten wesentlichen Bewertungsparametern gibt es bei den Derivaten weitere Einflussfaktoren, die die Höhe, den Zeitpunkt und die Sicherheit zukünftiger Zahlungsströme bestimmen. Insbesondere bei Optionen gibt es geschäftsbezogene Auszahlungsbedingungen (z. B. Trigger bei exotischen Optionen, Auszahlungszeitpunkt der Prämie, Ausgestaltung der Option als amerikanische oder europäische Option). Bei Zinsswaps können Upfront- oder Ballon-Payments vereinbart sein. Darüber hinaus hat die Bonität der Kontrahenten und auch die eigene Bonität bzw. das resultierende Ausfallrisiko einen wesentlichen Einfluss auf die zukünftigen Zahlungsströme. Hierfür bildet die Bank ein Credit Valuation Adjustment (CVA) oder trifft Collateralvereinbarungen mit Kontrahenten. Bei standardisierten Derivaten, welche an Terminbörsen gehandelt werden, kann ein Margining vereinbart sein, welches Zahlungen zwischen Kontrahenten sicherstellt.

Derivative Geschäfte – Produktgliederung  
– mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet –.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert <sup>1)2)</sup>	Negativer Marktwert <sup>1)2)</sup>
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Zinsswaps	1 489 145,1	1 224 356,8	31 564,3	28 604,1
FRAs	176 973,9	148 755,9	32,9	51,7
Zinsoptionen				
Käufe	21 354,0	30 796,6	508,3	29,6
Verkäufe	35 853,9	50 552,5	66,8	2 310,5
Caps, Floors, Collars	53 775,5	50 342,2	642,8	382,5
Sonstige Zinskontrakte	433,7	0,0	77,2	56,5
Börsengehandelte Zinsprodukte	96 489,2	332 980,8	0,0	0,0
<b>Zinsrisiken – insgesamt</b>	<b>1 874 025,3</b>	<b>1 837 784,8</b>	<b>32 892,3</b>	<b>31 434,9</b>
Devisentermingeschäfte	185 161,3	157 263,1	3 322,9	3 621,7
Zins-/Währungsswaps	25 546,8	17 897,1	1 249,2	1 899,6
Devisenoptionen				
Käufe	4 069,1	5 492,7	174,4	0,0
Verkäufe	3 973,1	5 419,1	0,0	144,3
<b>Währungsrisiken – insgesamt</b>	<b>218 750,3</b>	<b>186 072,0</b>	<b>4 746,5</b>	<b>5 665,6</b>
Aktioptionen				
Käufe	3 512,8	3 598,2	487,0	0,0
Verkäufe	4 300,3	4 417,5	0,0	569,5
Börsengehandelte Aktien- und Indexprodukte	7 144,2	8 159,2	259,1	471,0
Commodities	2 232,7	702,6	114,8	123,7
davon börsengehandelt	1 337,2	305,4	81,2	59,0
Aktien-Termingeschäfte	24,0	0,0	0,5	0,4
<b>Aktien und sonstige Preisrisiken – insgesamt</b>	<b>17 214,0</b>	<b>16 877,5</b>	<b>861,4</b>	<b>1 164,6</b>
Kreditderivate – Sicherungsgeber	26 152,9	26 865,1	353,8	479,9
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	24 481,7	27 688,5	455,4	333,7
<b>Kreditderivate</b>	<b>50 634,6</b>	<b>54 553,6</b>	<b>809,2</b>	<b>813,6</b>
<b>Risiken – insgesamt</b>	<b>2 160 624,2</b>	<b>2 095 287,9</b>	<b>39 309,4</b>	<b>39 078,7</b>

1) Inklusive Zinsabgrenzung («Dirty Price»)

2) Die Behandlung der Marktwerte von börsengehandelten Futures folgt der Bilanzierung, demnach erfolgt eine Verrechnung der geflossenen Variation Margin mit den Marktwerten der börsengehandelten Futures, welche bereits ergebniswirksam gebucht wurden.

Derivative Geschäfte – Produktgliederung  
– nicht mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet –.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert <sup>1)2)</sup>	Negativer Marktwert <sup>1)2)</sup>
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Zinsswaps	110 565,7	122 462,8	2 698,3	3 421,2
Zinsoptionen				
Käufe	3 736,3	0,0	0,0	0,0
Verkäufe	53,3	49,2	904,0	0,5
Sonstige Zinskontrakte	2 836,0	0,0	3,8	0,2
Börsengehandelte Zinsprodukte	1 759,0	0,0	0,5	0,2
Caps, Floors, Collars	0,0	0,0	29,3	67,2
<b>Zinsrisiken – insgesamt</b>	<b>118 950,3</b>	<b>122 512,0</b>	<b>3 635,9</b>	<b>3 489,3</b>
Zins-/Währungsswaps	15 231,7	13 874,3	1 326,3	1 619,9
<b>Währungsrisiken – insgesamt</b>	<b>15 231,7</b>	<b>13 874,3</b>	<b>1 326,3</b>	<b>1 619,9</b>
Börsengehandelte Aktien- und Indexprodukte	300,8	258,1	4,5	0,0
<b>Aktien und sonstige Preisrisiken – insgesamt</b>	<b>300,8</b>	<b>258,1</b>	<b>4,5</b>	<b>0,0</b>
Kreditderivate – Sicherungsgeber	18 104,8	27 441,7	-0,6	1 290,9
Kreditderivate – Sicherungsnehmer	3 901,5	6 237,3	1 079,9	1 108,5
<b>Kreditderivate</b>	<b>22 006,3</b>	<b>33 679,0</b>	<b>1 079,3</b>	<b>2 399,4</b>
<b>Risiken – insgesamt</b>	<b>156 489,1</b>	<b>170 323,4</b>	<b>6 046,0</b>	<b>7 508,6</b>

1) Inklusive Zinsabgrenzung (»Dirty Price«)

2) Die Behandlung der Marktwerte von börsengehandelten Futures folgt der Bilanzierung, demnach erfolgt eine Verrechnung der gelassenen Variation Margin mit den Marktwerten der börsengehandelten Futures, welche bereits ergebniswirksam gebucht wurden.

Die oben genannten Geschäfte werden überwiegend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen sowie für Kundengeschäfte und die Absicherung dieser Kundengeschäfte abgeschlossen.

Hinsichtlich der angewandten Bewertungsmodelle verweisen wir auf die Ausführungen unter Textziffer 2 Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Bezüglich der Buchwerte von Optionen in Form von Optionsprämien wird auf die Angaben unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten verwiesen.

Die Buchwerte von Sicherungsgebergeschäften des Nichthandelsbestands, denen keine zweckgebundenen Deckungsguthaben in den Bilanzposten »Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten« oder »Verbindlichkeiten gegenüber Kunden« gegenüberstehen, sind in der Unterstrichposition »Eventualverbindlichkeiten«, Unterposten b) »Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen« enthalten und belaufen sich auf 17 627,9 Mio. EUR.

## Derivative Geschäfte – Fristengliederung (nach Restlaufzeiten).

Nominalwerte		über				Insgesamt
Mio. EUR	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	über 1 Jahr bis 5 Jahre	über 5 Jahre		
<b>Zinsrisiken</b>						
31.12.2010	255 586,2	556 114,6	666 793,2	514 481,6	1 992 975,6	
31.12.2009	247 909,8	627 503,5	639 789,0	445 094,5	1 960 296,8	
<b>Währungsrisiken</b>						
31.12.2010	131 615,3	56 511,1	35 896,8	9 958,9	233 982,1	
31.12.2009	117 833,9	48 383,3	24 426,6	9 302,5	199 946,3	
<b>Aktien- und sonstige Preisrisiken</b>						
31.12.2010	2 987,5	5 142,6	6 828,7	2 556,0	17 514,8	
31.12.2009	2 939,4	4 763,2	6 730,5	2 702,4	17 135,5	
<b>Kreditderivate</b>						
31.12.2010	1 647,8	3 480,4	5 787,1	9 641,5	72 640,8	
31.12.2009	1 995,5	6 505,5	59 723,0	20 008,7	88 232,7	
<b>Risiken – insgesamt</b>						
31.12.2010	391 836,8	621 248,7	767 389,8	536 638,0	2 317 113,3	
31.12.2009	370 678,6	687 155,5	730 699,1	477 108,1	2 265 611,3	

## Derivative Geschäfte – Kontrahentengliederung.

Mio. EUR	Nominalwerte		Positiver Marktwert <sup>3)</sup>	Negativer Marktwert <sup>3)</sup>
	31.12.2010	31.12.2009	31.12.2010	31.12.2010
Banken in der OECD	1 958 126,5	1 725 665,7	38 384,1	40 669,8
Banken außerhalb der OECD	11 494,2	17 552,2	156,4	174,1
Öffentliche Stellen in der OECD	34 709,0	32 867,8	1 467,5	1 511,6
Sonstige Kontrahenten	312 783,6	489 525,6	5 347,4	4 231,8
<b>Kontrahenten – insgesamt</b>	<b>2 317 113,3</b>	<b>2 265 611,3</b>	<b>45 355,4</b>	<b>46 587,3</b>

3) Inklusive Zinsabgrenzung (=Dirty Price=)

## 4. Handelsbestand.

Durch BilMoG waren wesentliche Umgliederungen von Handelsgeschäften aus bisherigen Bilanzposten in die neuen Bilanzposten Handelsaktiva bzw. Handelspassiva erforderlich. Nähere Erläuterungen hierzu siehe Textziffer 7.

Der Handelsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Mio. EUR	Handelsaktiva	Handelspassiva
	31.12.2010	31.12.2010
Derivative Finanzinstrumente	38 574,6	38 802,8
Forderungen/Verbindlichkeiten	37 293,5	43 638,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	16 669,8	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	507,0	-
Sonstige Vermögensgegenstände	- 37,5	-
	<b>93 007,4</b>	<b>82 441,5</b>

## 5. Bewertungseinheiten.

Bei Bewertungseinheiten werden einzelne bilanzielle Grundgeschäfte mit derivativen Finanzinstrumenten zur Absicherung von Marktpreisrisiken verknüpft (nachfolgend als Mikro-Hedge bezeichnet). Die folgende Tabelle<sup>1)</sup> veranschaulicht, mit welchem Betrag jeweils Vermögensgegenstände und Schulden zum 31. Dezember 2010 zur Absicherung welcher Risiken in Bewertungseinheiten einbezogen sind.

Mio. EUR	Mikro-Hedge						
	Buchwert <sub>GG</sub>	negative Wertänderung			positive Wertänderung		
		Wert- änderung <sub>GG</sub>	Wert- änderung <sub>BSG</sub>	Verlust- spitze	Wert- änderung <sub>GG</sub>	Wert- änderung <sub>BSG</sub>	Gewinn- spitze
<b>Vermögensgegenstände</b>							
allgemeines Zinsänderungsrisiko	20 844,4	752,0	- 772,3	- 20,4	619,9	- 601,8	18,1
strukturiertes Zinsänderungsrisiko und sonstiges Marktpreisrisiko	2 234,3	209,2	- 209,2	0,0			
<b>Schulden</b>							
allgemeines Zinsänderungsrisiko	- 36 785,4	- 554,2	513,6	- 40,6	- 466,8	484,1	17,3
strukturiertes Zinsänderungsrisiko und sonstiges Marktpreisrisiko	- 8 746,3	- 680,2	680,2	0,0			
<b>Schwebende Geschäfte</b>							
strukturiertes Zinsänderungsrisiko und sonstiges Marktpreisrisiko	0,0	93,8	- 93,8	0,0			
<b>Gesamt</b>				<b>- 61,0</b>			<b>35,4</b>

Die LBBW fasst unter Mikro-Hedges zwei Arten von Hedge-Beziehungen zusammen. Zum einen werden einzelne Grundgeschäfte durch einzelne Sicherungsgeschäfte abgesichert. Zum anderen werden auch ein oder mehrere Grundgeschäfte durch ein oder mehrere Sicherungsgeschäfte kompensatorisch abgesichert. Beide Arten von Mikro-Hedges sind durch eine eindeutige Referenzierung der Grund- und Sicherungsgeschäfte dokumentiert.

### Methoden der Effektivitätsmessung.

Zur Bewertung der Marktpreisrisiken wird auf das Kapitel Marktpreisrisiken im Lagebericht (Risikobericht) zum Jahresabschluss 2010 verwiesen.

Bei Bildung einer Bewertungseinheit und zu jedem Abschlussstichtag wird prospektiv geprüft, ob eine effektive Absicherung besteht. Es erfolgt ein Vergleich der wesentlichen Faktoren von Grund- und Sicherungsgeschäft wie beispielsweise gesichertes Risiko (z. B. Zinsrisiko), Nominalbetrag, Währung und Laufzeit.

Diese als »Critical-Term-Match« bezeichnete Methode prüft für Grund- und Sicherungsgeschäft den kompensatorischen Ausgleich der Risiken.

Bei externen Mikro-Hedges, die das allgemeine Zinsänderungsrisiko absichern, erfolgt zusätzlich eine Regressionsanalyse zur Prüfung der kompensatorischen Wirkung.

Zu jedem Bilanzstichtag erfolgt retrospektiv die Messung der Effektivität mit Hilfe der »Dollar-Offset-Methode«. Hierbei wird das Grundgeschäft für das gesicherte Risiko bewertet und mit der Bewertung des Sicherungsgeschäfts für das gesicherte Risiko (z. B. Zinsrisiko) verglichen. Dieses Vorgehen wird für den überwiegenden Teil der Bewertungseinheiten, die zum Zweck der Absicherung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos gebildet

werden, bereits angewendet. Bei Bewertungseinheiten, die zum Zweck der Absicherung des strukturierten Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisikos gebildet werden, erfolgt eine Bewertung des abgesicherten Risikos des Grundgeschäfts, abgeleitet aus der Bewertung des Sicherungsgeschäfts.

Aufgrund der Ausgestaltung der Mikro-Hedges (gesichertes Risiko, Nominal, Währung und Laufzeit sind deckungsgleich) und des positiven Ergebnisses des Critical-Term-Match wird auch für die Zukunft eine Effektivität erwartet.

Die Wertänderungen von Sicherungs- und Grundgeschäft werden im Rahmen der »Einfrierungsmethode« bilanziell für den effektiven Teil verrechnet und nur eine Verlustspitze bilanziell als Rückstellung für Bewertungseinheiten angesetzt. Die Verlustspitze (Ineffektivität aus dem abgesicherten Risiko) wird aufwandswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt.

<sup>1)</sup> In den Wertveränderungen sind die Fair Values der Derivate berücksichtigt.

## 6. Währungsumrechnung.

Die Umrechnung der im Jahresabschluss enthaltenen, auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände im Gegenwert von 91,3 Mrd. EUR (2009: 53,0 Mrd. EUR) und Schulden im Gegenwert von 78,2 Mrd. EUR (2009: 34,5 Mrd. EUR) sowie der Aufwendungen und Erträge erfolgt gemäß § 256a und § 340h HGB. Das Devisenkursänderungsrisiko aus den Fremdwährungsbilanzposten inklusive Edelmetalle ist im Wesentlichen durch außerbilanzielle Sicherungsgeschäfte gedeckt.

Für die Ermittlung der Währungsposition stellt die LBBW die Fremdwährungsansprüche und -verpflichtungen aus den bilanziellen und außerbilanziellen Geschäften je Währung gegenüber.

Die Vermögensgegenstände und Schulden werden – mit Ausnahme von vernachlässigbaren nicht währungskongruent finanzierten Beteiligungen im Anlagevermögen – zum Devisenkassamittelkurs vom 30. Dezember 2010 umgerechnet. Differenzen, die sich aus der Umrechnung kursgesicherter Vermögensgegenstände und Schulden zum Devisenkassamittelkurs ergeben, werden in den Devisenausgleichsposten eingestellt, der – abhängig vom Saldo – unter den sonstigen Verbindlichkeiten oder den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wird. Der Ausgleichsposten korrespondiert im Wesentlichen mit dem Saldo der Marktwerte der Devisentermingeschäfte, Zins-/Währungsswaps und Währungsswaps.

Das Wahlrecht zur Spaltung des Terminkurses in Kassakurs und Swapsatz hat die LBBW für alle Devisentermingeschäfte einheitlich ausgeübt.

Die LBBW hat die Bilanzbestände und die schwebenden Geschäfte (Devisentermin-/Devisenoptionsgeschäfte/Währungsswaps/Zinswährungsswaps), mit Ausnahme strategischer Fremdwährungspositionen, wie oben beschrieben bewertet.



## Erläuterungen zur Bilanz.

### 7. BilMoG-Erstanwendungseffekte

BilMoG-Anpassungen zum 31. Dezember 2009  
(BilMoG-Umstellungsbilanz).

Mit dem am 25. Mai 2009 in Kraft getretenen Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) und den damit geänderten Vorschriften des Handelsgesetzbuches zur Aufstellung eines Jahres- oder Konzernabschlusses, ergaben sich für die Darstellung der Jahresbilanz der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz zum 31. Dezember 2009 nach BilMoG diverse Anpassungen. Nach Artikel 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB wurden die gemäß § 265 Abs. 2 Satz 1 HGB

anzugebenden Vorjahreszahlen im Rahmen der erstmaligen Anwendung des HGB in der Fassung des BilMoG nicht an die geänderten Bewertungsmethoden angepasst. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen an die durch BilMoG geänderte Bilanzgliederung gemäß Formblatt 1 der RechKredV erfolgte ausschließlich für die Bilanz. Anpassungen aus geänderten Bewertungsmethoden sowie Umgliederungen in der Gewinn- und Verlustrechnung wurden im laufenden Geschäftsjahr 2010 berücksichtigt.

Die in der nachfolgenden Tabelle dargestellten und im Anschluss erläuterten Anpassungen der Bilanz beziehen sich auf Umgliederungen von Handelsbeständen, Bilanzverlängerungen aus der Derivatebilanzierung sowie Verrechnungen von Planvermögen.

Darstellung der Jahresbilanz der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz zum 31. Dezember 2009 (vor und nach BilMoG-Anpassungen ohne Neubewertungen).

Bilanz	HGB a.F. (vor BilMoG) 31.12.2009	BilMoG- Anpassungen Handels- bestände	BilMoG- Anpassungen Derivate	BilMoG- Anpassung Rück- stellungen	HGB n.F. (nach BilMoG) 31.12.2009
Tsd. EUR					
1. Barreserve	1 790 379	0	0	0	1 790 379
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	41 174	0	0	0	41 174
3. Forderungen an Kreditinstitute	101 077 958	-3 041 643	-8 126 960	0	89 909 355
4. Forderungen an Kunden	158 133 239	-1 670 574	0	0	156 462 665
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	119 332 169	-32 253 408	0	0	87 078 761
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 839 552	-613 695	0	0	1 225 857
6a. Handelsbestand	0	37 926 705	34 527 871	0	72 454 576
7. Beteiligungen	1 663 103	0	0	0	1 663 103
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	3 885 417	0	0	0	3 885 417
9. Treuhandvermögen	666 164	0	0	0	666 164
10. Immaterielle Anlagewerte	73 207	0	0	0	73 207
11. Sachanlagen	482 727	0	0	0	482 727
12. Sonstige Vermögensgegenstände	5 309 599	0	-3 898 180	-19 697	1 391 722
13. Rechnungsabgrenzungsposten	1 783 431	-347 385	-20	0	1 436 026
<b>Summe der Aktiva</b>	<b>396 078 119</b>	<b>0</b>	<b>22 502 711</b>	<b>-19 697</b>	<b>418 561 133</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132 742 979	-495 174	-7 967 327	0	124 280 478
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	115 367 748	-22 781	-693 867	0	114 651 100
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	116 238 221	-2 413 648	0	0	113 824 573
3a. Handelsbestand	0	5 967 689	31 967 993	0	37 935 682
4. Treuhandverbindlichkeiten	666 164	0	0	0	666 164
5. Sonstige Verbindlichkeiten	5 075 424	-3 036 086	-452 074	0	1 587 263
6. Rechnungsabgrenzungsposten	1 180 363	0	-352 014	0	828 349
7. Rückstellungen	2 376 835	0	0	-19 697	2 357 139
9. Nachrangige Verbindlichkeiten	5 308 028	0	0	0	5 308 028
10. Genussrechtskapital	1 577 471	0	0	0	1 577 471
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken	480 000	0	0	0	480 000
12. Eigenkapital	15 064 886	0	0	0	15 064 886
<b>Summe der Passiva</b>	<b>396 078 119</b>	<b>0</b>	<b>22 502 711</b>	<b>-19 697</b>	<b>418 561 133</b>

Die Spalte „BilMoG-Anpassungen Handelsbestände“ bezieht sich auf reine Umgliederungen von als Finanzinstrumente des Handelsbestands klassifizierten Bestände aus diversen aktiven und passiven Bilanzposten in den neuen Bilanzposten »Handelsbestand«. Die Umgliederungseffekte auf der Aktivseite belaufen sich insgesamt auf 37 926,7 Mio. EUR. Von der Umgliederung betroffen waren insbesondere Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere mit 32 253,4 Mio. EUR sowie Forderungen an Kreditinstitute mit 3 041,6 Mio. EUR.

Auf der Passivseite ergaben sich Umgliederungen aus diversen Passivposten in den neuen Passivposten »Handelsbestand« in Höhe von 5 967,7 Mio. EUR. Davon betroffen waren im Wesentlichen Verbriefte Verbindlichkeiten mit 2 413,6 Mio. EUR sowie Sonstige Verbindlichkeiten mit 3 036,1 Mio. EUR.

Neben den reinen Umgliederungen führte die erstmalige bilanzielle Abbildung der positiven und negativen Marktwerte aus Derivaten in dem neuen Posten »Handelsbestand« in der Bilanz zu einer Bilanzverlängerung von rund 22 502,7 Mio. EUR (Spalte »BilMoG-Anpassungen Derivate«).

Unter Berücksichtigung beider Anpassungseffekte ergibt sich im Rahmen der BilMoG-Umstellungsbilanz ein aktiver Handelsbestand per 31. Dezember 2009 (nach BilMoG-Anpassungen) in Höhe von 72 454,6 Mio. EUR sowie ein passiver Handelsbestand in Höhe von 37 935,7 Mio. EUR.

Aufgrund des mit BilMoG neu eingeführten Verrechnungsgebots nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurde das Planvermögen des LBBW-Flexiwertkontos in Höhe von 19,7 Mio. EUR mit der gebildeten Rückstellung verrechnet (Spalte »BilMoG-Anpassung Rückstellung«).

#### BilMoG-Bewertungseffekte per 1. Januar 2010.

Insbesondere die neuen Bewertungsvorschriften bezüglich (Pensions-)Rückstellungen sowie die Neuregelung zur bilanziellen Abbildung von Bewertungseinheiten führten zu Bewertungseffekten im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von – 118,3 Mio. EUR. Die Effekte sind dabei im Wesentlichen auf die

- a) Anpassung bei der Bewertung von Pensionsrückstellungen (– 26,5 Mio. EUR),
- b) Anpassung bei der Bewertung sonstiger Personalrückstellungen (– 18,6 Mio. EUR) und
- c) Spitzen aus der Bewertung von Sicherungsbeziehungen (– 77,6 Mio. EUR)

zurückzuführen.

## 8. Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie zu Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

Folgende Bilanzposten enthalten Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>A3. Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>66911,8</b>	<b>101078,0</b>
darunter an verbundene Unternehmen	223,8	2037,5
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32255,7	39497,7
davon an angeschlossene Sparkassen	31058,7	39260,8
<b>A4. Forderungen an Kunden</b>	<b>135833,1</b>	<b>158133,2</b>
darunter an verbundene Unternehmen	11175,7	17485,6
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1277,9	597,4
<b>A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>74483,6</b>	<b>119332,2</b>
darunter an verbundene Unternehmen	6004,4	7793,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4493,5	4630,7
<b>P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>78947,1</b>	<b>132743,0</b>
darunter an verbundene Unternehmen	60,3	1072,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10210,8	19692,2
davon an angeschlossene Sparkassen	5846,6	19384,5
<b>P2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>99676,2</b>	<b>115367,7</b>
darunter an verbundene Unternehmen	4369,1	6791,3
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	898,4	169,0
<b>P3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>91761,3</b>	<b>113824,6</b>
darunter an verbundene Unternehmen	12,2	19,7
<b>P9. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>5301,1</b>	<b>5308,0</b>
darunter an verbundene Unternehmen	553,9	520,2
darunter an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	50,0	55,3

### 9. Fristengliederung der Bilanzposten.

Die Restlaufzeiten der Forderungen und Verbindlichkeiten (inklusive anteiliger Zinsen) betragen:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>A3. Forderungen an Kreditinstitute</b>	<b>66911,8</b>	<b>101078,0</b>
bis 3 Monate	13 975,6	32 940,7
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9 793,4	14 906,7
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	30 767,6	33 613,5
mehr als 5 Jahre	12 375,1	19 617,0
<b>A4. Forderungen an Kunden</b>	<b>135 833,1</b>	<b>158 133,2</b>
bis 3 Monate	20 257,2	36 002,1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	16 061,9	13 730,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	35 184,5	39 995,4
mehr als 5 Jahre	58 212,3	62 772,6
mit unbestimmter Laufzeit	6 117,2	5 632,2
<b>A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	<b>74 483,6</b>	<b>119 332,2</b>
davon im Folgejahr fällig	8 863,1	34 907,4
<b>P1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>75 973,7</b>	<b>126 929,5</b>
bis 3 Monate	19 828,3	57 053,1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	11 818,0	22 187,3
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	17 047,9	16 163,1
mehr als 5 Jahre	27 279,5	31 526,0
<b>P2. c) cb): Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten und mehr als drei Monaten</b>	<b>1 006,4</b>	<b>813,0</b>
bis 3 Monate	0,0	7,3
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	523,5	106,9
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	466,0	675,6
mehr als 5 Jahre	16,9	23,2
<b>P2. d): Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist, inkl. a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe sowie b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe</b>	<b>62 414,7</b>	<b>77 951,4</b>
bis 3 Monate	12 583,7	23 583,0
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6 335,8	5 992,7
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	32 952,5	30 265,9
mehr als 5 Jahre	10 542,7	18 109,8
<b>P3. Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>a) Begebene Schuldverschreibungen</b>	<b>89 070,6</b>	<b>109 129,6</b>
davon im Folgejahr fällig	19 935,0	23 215,3
<b>b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten</b>	<b>2 690,7</b>	<b>7 108,6</b>
bis 3 Monate	1 742,9	6 103,1
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	947,8	1 005,5
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	0,0
mehr als 5 Jahre	0,0	0,0

## 10. Wertpapiere und Beteiligungen.

Die unten stehenden Aktivposten enthalten börsenfähige Wertpapiere sowie nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzte Beteiligungen und verbundene Unternehmen:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>		
börsenfähig	73 465,9	119 348,9
davon börsennotiert	66 778,6	104 095,3
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	32 233,6	38 509,2
Zeitwert	30 878,2	37 547,1
<b>A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>		
börsenfähig	855,8	1 839,6
davon börsennotiert	466,8	1 152,0
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	151,6	128,6
Zeitwert	0,0	0,4
<b>A7. Beteiligungen</b>		
börsenfähig	603,0	583,7
davon börsennotiert	515,1	493,1
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	78,7	16,7
Zeitwert	76,1	14,4
<b>A8. Anteile an verbundenen Unternehmen</b>		
börsenfähig	318,4	392,7
davon börsennotiert	0,0	0,0
unterlassene Abschreibung wg. nicht dauerhafter Wertminderung		
Buchwert	364,5	0,0
Zeitwert	364,2	0,0

Die Zeitwerte der Wertpapiere, bei denen eine Abschreibung aufgrund nicht dauerhafter Wertminderung unterlassen wurde, beinhalten die Bewertung von gesicherten und ungesicherten Risiken. Über die dargestellten Differenzen zwischen Buchwert und Zeitwert hinaus wurden bei mikrosicherten Geschäften Abschreibungen in Höhe von 663,3 Mio. EUR unterlassen (Bewertung nur der ungesicherten Risiken).

Der Ansatz von Wertpapieren des Anlagevermögens, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. fortgeführten Anschaffungskosten oder, im Falle einer dauerhaften Wertminderung, zum niedrigeren beizulegenden Wert. Die Werthaltigkeit von Wertpapieren des Anlagevermögens, Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen wird zum Stichtag auf Basis öffentlich notierter Börsenpreise bzw. gemäß IDW S1 in Verbindung mit IDW RS HFA 10 anerkannten Bewertungsverfahren (Ertragswert bzw. Discounted-Cashflow-Methode) ermittelt.

Bei voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen wird das Wahlrecht des § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB derart ausgeübt, dass keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen werden (gemildertes Niederstwertprinzip). Die Wertminderung wird als nicht dauerhaft eingeschätzt, sofern die zukünftig erwarteten Einzahlungsüberschüsse der Gesellschaften dies zulassen.

Bei Wertpapierleihegeschäften wird davon ausgegangen, dass das wirtschaftliche Eigentum nicht auf den Entleiher übergeht. Daher werden verliehene Wertpapiere weiterhin im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend bilanziert (analoge Anwendung der entsprechenden Regelungen für echte Pensionsgeschäfte in § 340b Abs. 4 Satz 1 HGB).

Die Bank hat auf die Bildung von Wertberichtigungen auf Wertpapiere in Höhe von 45,3 Mio. EUR aufgrund der bestehenden Garantievereinbarung mit dem Land Baden-Württemberg verzichtet.

## 11. Anteile an Investmentvermögen.

Die Werthaltigkeit der Anteile an Investmentvermögen wird zum Stichtag auf Basis öffentlich notierter Rücknahmepreise bei Publikumsfonds bzw. den zur Verfügung gestellten Marktwerten bei Spezialfonds ermittelt. Bei voraussichtlich nicht dauerhaften Wertminderungen wird das Wahlrecht des § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB derart ausgeübt, dass keine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen wird (gemildertes Niederstwertprinzip).

EUR						
Anlageziel	Name	Marktwert	Differenz zum Buchwert	Ausschüttung für das Geschäftsjahr	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassung außerplanmäßige Abschreibung
Deutsche offene geldmarktnahe Fonds	LBBW EuroLiquid	64 587 966,29	0,00	2 415 395,00	ja	nein
Deutsche gemischte Investmentfonds (weniger als 70 % Aktien)	BWI-Fonds 106	68 405 721,63	5 933 151,81	0,00	ja	nein
Deutsche gemischte Investmentfonds (weniger als 70 % Aktien)	BWInvest-TR6	62 463 070,56	8 883 635,96	0,00	ja	nein
Deutsche gemischte Investmentfonds (weniger als 70 % Aktien)	BWInvest-PM4	3 092 653,80	0,00	3 301 616,97	ja	nein
Gemischte Fonds: alle ausländischen bzw. deutschen bis 70 % Aktienanteil	Humboldt Mul.Inv. B-S. Lbk Dep. A	95 216 000,00	0,00	0,00	ja	nein
Offener Investmentfonds ABS-Fonds	Panacea Tr.-Lev. Accr. A. Mgmt II	10,00	-60 771 768,81	0,00	ja	ja*
Rentenfonds ABS-Fonds	Pivot Master Tr.-LAAM XI	5,00	-27 426 977,81	0,00	ja	ja*
Offener Investmentfonds ABS-Fonds	Panacea Tr.-Lev. Accr. A. Mgmt	10,00	-63 444 285,78	0,00	ja	ja*
Gemischte Fonds: alle ausländischen bzw. deutschen bis 70 % Aktienanteil	Syn. Fix. Inc. Fin. Cap. FD No. 1 PLC	849 077,83	0,00	0,00	ja	nein
Gemischte Fonds: alle ausländischen bzw. deutschen bis 70 % Aktienanteil	Synapse L./Sh. Cre. Fd No. 1 PLC	453 334,99	0,00	0,00	ja	nein
Rentenfonds	Synapse High Grade ABS Fd No. 1	1,00	0,00	0,00	ja	nein
Ausl. offene Terminmarktfonds	AIM Fd-Altimum FinI+Commodity	8 813 103,47	0,00	0,00	ja	nein
Gemischte Fonds: alle ausländischen bzw. deutschen bis 70 % Aktienanteil	HUMBOLDT Mul. Inv. C-QE Balanced	4 903 000,00	0,00	10,00	ja	nein
Rentenfonds	HUMBOLDT Mult. Inv. C-QE Bonds	4 954 500,00	0,00	260,00	ja	nein
Aktienfonds	HUMBOLDT Mul. Inv. C-QE Equity	4 544 500,00	0,00	0,00	ja	nein
Rentenfonds	Fisch U.-Fisch CB-Int. Conv. Ex.	14 006 400,00	0,00	0,00	ja	nein
Rentenfonds	Johannes Führ Ren. Wachst. AMI	3 330 629,40	0,00	131 880,00	ja	nein
Rentenfonds	LBBW Nachhaltigkeit Renten	34 559 880,00	0,00	205 320,00	ja	nein
Aktienfonds	LBBW Nachhaltigkeit Aktien	17 699 060,00	0,00	159 200,00	ja	nein
Gemischte Fonds: alle ausländischen bzw. deutschen bis 70 % Aktienanteil	LBBW Pro-Fund Credit I	20 069 705,93	191 655,27	85 110,33	ja	nein
Beteiligungsfonds - geschlossene Fondsbeteiligungen	F&C European Cap. Partn. B Ltd.	26 746 000,00	0,00	0,00	nein	nein
Rentenfonds	OP-Fonds SKP	116 335 057,44	38 716 257,44	39 854 835,68	ja	nein
Rentenfonds	PALLMALL-Hansa High Yield Fund	31 073 400,00	0,00	0,00	ja	nein
		<b>582 103 087,34</b>	<b>-97 918 331,92</b>	<b>46 153 627,98</b>		

\* Bei der Bewertung der Fondsanteile wird auf die in den Fonds enthaltenen Wertpapiere abgestellt. Außerplanmäßige Abschreibungen auf enthaltene Wertpapiere, die der Fonds feststellt, werden in gleicher Höhe bei den Fondsanteilen vorgenommen. Nicht dauerhafte Wertminderungen bei den in den Fonds enthaltenen Wertpapieren werden bei der Bewertung der Fondsanteile nicht berücksichtigt.

## 12. Nachrangige Vermögensgegenstände.

Nachrangige Vermögensgegenstände sind in nachstehender Höhe in den folgenden Aktivposten enthalten:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
A3. Forderungen an Kreditinstitute	377,0	473,7
A4. Forderungen an Kunden	7 112,5	1 354,1
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2 191,9	1 159,8
A6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	19,2	22,1

## 13. Echte Pensionsgeschäfte und Offenmarktgeschäfte.

Der Buchwert der an andere Kreditinstitute und Nichtbanken in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt zum Bilanzstichtag 35 703,3 Mio. EUR (2009: 20 583,4 Mio. EUR).

## 14. Treuhandgeschäfte.

Die Aufgliederung des Treuhandvermögens (Aktivposten A9) und der Treuhandverbindlichkeiten (Passivposten P4) ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Treuhandvermögen</b>	<b>993,0</b>	<b>666,2</b>
Forderungen an Kreditinstitute	561,3	203,9
Forderungen an Kunden	202,1	181,5
Festverzinsliche Wertpapiere	4,4	5,1
Aktien und nicht festverzinsliche Wertpapiere	1,4	0,6
Beteiligungen	86,4	126,4
Sachanlagen	30,0	47,1
Sonstige Vermögensgegenstände	107,4	101,6
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>	<b>993,0</b>	<b>666,2</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	876,1	465,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	116,9	201,2

## 15. Anlagevermögen.

Die Entwicklung des Anlagevermögens stellt sich wie folgt dar:

Mio. EUR	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Umgliederungen	Zuschreibungen	Abschreibungen und Wertberichtigungen kumuliert	Abschreibungen und Wertberichtigungen im Geschäftsjahr	Zinsbegrenzung	Buchwert	
									31.12.2010	31.12.2009
Beteiligungen	1 944,7	14,5	96,8	-4,0	33,3	230,8	10,2	-	1 627,6	1 663,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	4 614,6	135,0	837,1	4,0	8,4	740,8	58,5	-	3 175,7	3 885,4
Wertpapiere des Anlagevermögens	78 455,7	4 233,5	13 076,2	0,0	123,2	831,1	204,9	463,9	69 245,8	77 954,7
Immaterielle Anlagewerte	424,5	41,6	9,7	-5,7	0,0	376,8	35,2	-	73,8	73,2
Grundstücke und Bauten	533,8	6,2	7,5	-1,0	0,0	278,7	9,2	-	252,8	257,9
davon: Grundstücke und Gebäude betrieblich genutzt	364,4	6,1	6,2	-1,5	0,0	186,2	6,6	-	176,6	179,4
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	628,2	25,7	49,2	6,6	0,0	411,2	46,5	-	200,1	224,8
<b>Summe Anlagevermögen</b>	<b>86 601,5</b>	<b>4 456,5</b>	<b>14 076,5</b>	<b>-0,1</b>	<b>164,9</b>	<b>2 869,4</b>	<b>364,5</b>	<b>463,9</b>	<b>74 575,8</b>	<b>84 059,1</b>

### 16. Sonstige Vermögensgegenstände.

Bei der LBBW sind in den Sonstigen Vermögensgegenständen als Einzelposten von besonderer Bedeutung ausgewiesen: Zins- und Gewinnanteilscheine, Inkassowechsel und sonstige Inkassopapiere in Höhe von 414,8 Mio. EUR (2009: 110,4 Mio. EUR), Optionsprämien in Höhe von 223,3 Mio. EUR (2009: 2.526,1 Mio. EUR) und Steuererstattungsansprüche in Höhe von 281,7 Mio. EUR (2009: 670,1 Mio. EUR).

Die Steuererstattungsansprüche aus Steuern vom Einkommen und Ertrag umfassen im Wesentlichen Ansprüche der vergangenen Geschäftsjahre im Inland in Höhe von 79,5 Mio. EUR, aus Umkehrwirkungen der Betriebsprüfung in Höhe von 31,4 Mio. EUR und aus Steuern vom Einkommen und Ertrag für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 92,3 Mio. EUR. Den Erstattungsansprüchen stehen Steuerrückstellungen in Höhe von 261,8 Mio. EUR (2009: 265,1 Mio. EUR) gegenüber.

### 17. Rechnungsabgrenzungsposten.

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind folgende Beträge enthalten:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2 705,8</b>	<b>1 783,4</b>
Disagio aus Verbindlichkeiten gemäß § 250 Abs. 3 HGB	512,5	699,3
Agio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB	158,7	164,3
<b>Passiver Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>2 250,8</b>	<b>1 180,4</b>
Disagio aus Forderungen gemäß § 340e Abs. 2 Satz 2 HGB	215,1	289,1

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind des Weiteren auf der Aktivseite 102,3 Mio. EUR (2009: 343,9 Mio. EUR) und auf der Passivseite 137,5 Mio. EUR (2009: 85,5 Mio. EUR) Einmalzahlungen aus Zins- und Zins-/Währungsswaps ausgewiesen, die im Zusammenhang mit Asset- und Liability-Swap-Kombinationen entstanden sind.

### 18. Deckungsrechnung für das Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäft.

Die unten stehenden Verbindlichkeiten sind wie folgt gedeckt:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Emittierte Hypothekendarlehen nach ÖPG und PfandBG	5 590,4	6 518,5
Zur Deckung bestimmte Aktiva	12 767,0	12 611,6
A3. Forderungen an Kreditinstitute	109,0	300,0
A4. Forderungen an Kunden	12 199,6	12 186,2
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	458,4	125,4
<b>Überdeckung</b>	<b>7 176,6</b>	<b>6 093,1</b>
Emittierte öffentliche Pfandbriefe nach PfandBG	49 276,2	59 200,1
Zur Deckung bestimmte Aktiva	63 050,0	72 706,1
A3. Forderungen an Kreditinstitute	28 431,2	35 433,3
A4. Forderungen an Kunden	22 608,7	22 301,3
A5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12 010,1	14 971,5
<b>Überdeckung</b>	<b>13 773,8</b>	<b>13 506,0</b>



## 19. Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

### A) Transparenzvorschriften für öffentliche Pfandbriefe gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>a) Deckungsmasse für öffentliche Pfandbriefe</b>		
Nennwert	63 050	72 706
Barwert	66 411	76 690
Barwert (+ 250 BP)	62 524	71 944
Barwert (- 250 BP)	70 492	81 713
<b>Umlauf an öffentlichen Pfandbriefen</b>		
Nennwert	49 276	59 200
Barwert	52 649	63 246
Barwert (+ 250 BP)	49 454	59 322
Barwert (- 250 BP)	55 751	67 325
<b>Überdeckung</b>		
Nennwert	13 774	13 506
Barwert	13 762	13 444
Barwert (+ 250 BP)	13 070	12 622
Barwert (- 250 BP)	14 741	14 388
Weitere Deckungswerte	50	15
<b>b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### c) Laufzeitstruktur der öffentlichen Pfandbriefe

31.12.2010								
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	15 304	7 515	9 650	7 527	12 187	5 713	5 154	63 050
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	11 588	10 461	9 805	4 459	5 831	5 130	2 002	49 276

31.12.2009								
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	Gesamt
Deckungsmasse	13 200	12 735	7 975	9 132	7 841	16 555	5 268	72 706
Umlaufende öffentliche Pfandbriefe	11 420	11 690	10 561	9 334	4 479	9 736	1 980	59 200

## d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Land/Art

31.12.2010					
Mio. EUR	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	1 149	10 376	6 340	42 818	60 683
Finnland	0	0	0	0	0
Frankreich inkl. Monaco	0	1	6	0	7
Griechenland	246	0	0	0	246
Großbritannien	146	0	0	0	146
Island	20	0	0	0	20
Italien	33	36	22	0	91
Japan	250	0	0	0	250
Lettland	30	0	65	0	95
Luxemburg	0	0	0	0	0
Polen	22	0	0	0	22
Kanada	0	53	0	0	53
Österreich	14	0	2	0	16
Schweiz	0	762	0	0	762
Slowakei	0	0	0	0	0
Spanien	0	171	102	0	273
Tschechische Republik	15	0	0	0	15
Ungarn	48	0	0	0	48
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	174	126	0	23	323
Zypern	0	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>2 147</b>	<b>11 525</b>	<b>6 537</b>	<b>42 841</b>	<b>63 050</b>

31.12.2009					
Mio. EUR	Staat	Regionale Gebiets- körperschaft	Örtliche Gebiets- körperschaft	Sonstige Schuldner	Gesamt
Bundesrepublik Deutschland	1 134	10 574	6 428	50 606	68 742
Belgien	0	0	0	0	0
Finnland	48	0	0	0	48
Frankreich inkl. Monaco	50	2	8	0	60
Griechenland	823	0	0	0	823
Großbritannien	73	0	0	0	73
Irland	0	0	0	0	0
Island	20	0	0	0	20
Italien	669	141	22	0	832
Japan	300	0	0	0	300
Lettland	30	0	0	0	30
Luxemburg	0	0	0	9	9
Polen	27	0	0	0	27
Kanada	0	71	0	0	71
Niederlande	0	0	0	0	0
Österreich	14	0	12	0	43
Portugal inkl. Azoren und Madeira	0	0	0	0	0
Schweiz	0	843	0	0	843
Slowakei	80	0	0	0	80
Slowenien	0	0	0	0	0
Spanien	0	229	42	0	271
Tschechische Republik	65	0	0	0	65
Ungarn	48	0	0	0	48
Vereinigte Staaten von Amerika (inkl. Puerto Rico)	188	120	0	20	328
Zypern	10	0	0	0	10
<b>Gesamt</b>	<b>3 579</b>	<b>11 980</b>	<b>6 512</b>	<b>50 635</b>	<b>72 706</b>

e) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land/Art

Weder zum 31. Dezember 2010 noch zum 31. Dezember 2009 waren Leistungen zu verzeichnen, die mindestens 90 Tage Rückstand aufwiesen.

B) Transparenzvorschriften für Hypothekendarlehen  
gemäß § 28 PfandBG.

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>a) Deckungsmasse für Hypothekendarlehen</b>		
Nennwert	9 449	8 195
Barwert	10 138	8 787
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	9 299	7 992
Barwert (- 250 BP)	11 031	9 682
<b>Umlauf an Hypothekendarlehen</b>		
Nennwert	4 395	4 162
Barwert	4 627	4 367
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	4 290	4 065
Barwert (- 250 BP)	4 992	4 699
<b>Überdeckung</b>		
Nennwert	5 054	4 033
Barwert	5 511	4 420
Barwert (+ 250 BP und Währungsstress)	5 009	3 927
Barwert (- 250 BP)	6 039	4 983
Weitere Deckungswerte	313	150
<b>b) Anteil der Derivate an der Deckungsmasse</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

c) Laufzeitstruktur der Hypothekendarlehen nach PfandBG

31.12.2010								
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	<b>Gesamt</b>
Deckungsmasse	1 196	1 080	1 085	940	1 333	3 117	698	<b>9 449</b>
Umlaufende Hypothekendarlehen	666	784	559	540	463	1 376	7	<b>4 395</b>

31.12.2009								
Mio. EUR	bis 1 Jahr	> 1 Jahr bis 2 Jahre	> 2 Jahre bis 3 Jahre	> 3 Jahre bis 4 Jahre	> 4 Jahre bis 5 Jahre	> 5 Jahre bis 10 Jahre	> 10 Jahre	<b>Gesamt</b>
Deckungsmasse	1 180	594	1 012	860	657	3 255	637	<b>8 195</b>
Umlaufende Hypothekendarlehen	926	632	696	379	295	1 223	11	<b>4 162</b>

d) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Höhe der einzelnen  
Deckungsmassen

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
bis 300 Tsd. EUR	3 482	3 178
über 300 Tsd. EUR bis 5 Mio. EUR	2 625	2 280
über 5 Mio. EUR	3 342	2 737
<b>Gesamt</b>	<b>9 449</b>	<b>8 195</b>

## e) Gesamtnennwert der Deckungsmassen nach Nutzungsart/Land

31.12.2010							
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	USA	Großbritannien/Nordirland/Britische Kanalinseln	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	1	0	0	0	0	0	1
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungen	1 157	0	0	0	0	0	1 157
Einfamilienhäuser	1 598	0	0	0	0	0	1 598
Mehrfamilienhäuser	2 251	0	0	0	0	0	2 251
Bürogebäude	921	30	31	37	169	32	1 220
Handelsgebäude	717	0	14	0	0	0	731
Industriegebäude	89	0	0	0	0	0	89
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1 745	0	0	0	0	18	1 763
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten, Gebäude	185	0	0	0	0	0	185
Bauplätze	19	0	0	0	0	0	19
Sonstige Deckung	435	0	0	0	0	0	435
<b>Gesamt</b>	<b>9 118</b>	<b>30</b>	<b>45</b>	<b>37</b>	<b>169</b>	<b>50</b>	<b>9 449</b>

31.12.2009							
Mio. EUR	Bundesrepublik Deutschland	Niederlande	Frankreich	Belgien	USA	Großbritannien/Nordirland/Britische Kanalinseln	Gesamt
Gewerblich genutzte Grundstücke	1	0	0	0	0	0	1
Wohnwirtschaftlich genutzte Grundstücke	0	0	0	0	0	0	0
Wohnungen	1 080	0	0	0	0	0	1 080
Einfamilienhäuser	1 453	0	0	0	0	0	1 453
Mehrfamilienhäuser	2 155	0	0	0	0	0	2 155
Bürogebäude	908	30	40	4	156	0	1 138
Handelsgebäude	602	0	14	0	0	0	616
Industriegebäude	62	0	0	0	0	0	62
Sonstige gewerblich genutzte Gebäude	1 256	0	0	0	0	17	1 273
Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten, Gebäude	135	0	0	0	0	0	135
Bauplätze	15	0	0	0	0	0	15
Sonstige Deckung	267	0	0	0	0	0	267
<b>Gesamt</b>	<b>7 934</b>	<b>30</b>	<b>54</b>	<b>4</b>	<b>156</b>	<b>17</b>	<b>8 195</b>

## f) Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen nach Land

Weder zum 31. Dezember 2010 noch zum 31. Dezember 2009 waren Leistungen zu verzeichnen, die mindestens 90 Tage Rückstand aufwiesen.

## g) Anzahl der anhängigen Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren sowie im Geschäftsjahr durchgeführten Zwangsversteigerungen

Weder zum 31. Dezember 2010 noch zum 31. Dezember 2009 gab es anhängige Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren. Im Geschäftsjahr 2010 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt.

## h) Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten

Weder im Geschäftsjahr 2010 noch im Geschäftsjahr 2009 kam es zur Übernahme von Grundstücken zur Verhütung von Verlusten.

## i) Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Weder im Geschäftsjahr 2010 noch im Geschäftsjahr 2009 waren rückständige Zinsen zu verzeichnen.

## 20. Sonstige Verbindlichkeiten.

Zu den wichtigsten Einzelposten der Sonstigen Verbindlichkeiten zählen Optionsprämien über 351,1 Mio. EUR (2009: 3 400,0 Mio. EUR) sowie Abzuführende Steuern in Höhe von 195,5 Mio. EUR (2009: 148,1 Mio. EUR). Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus der Kapitalertragsteuer-Anmeldung und aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen.

## 21. Andere Rückstellungen.

In den anderen Rückstellungen in Höhe von 941,3 Mio. EUR (2009: 1 000,4 Mio. EUR) sind Restrukturierungsrückstellungen in Höhe von 358,0 Mio. EUR (2009: 414,3 Mio. EUR) enthalten, die sich aus 211,5 Mio. EUR Restrukturierung Personal- und 146,5 Mio. EUR Restrukturierung Sachkosten zusammensetzen. Des Weiteren beinhaltet der Bilanzposten Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von 124,4 Mio. EUR (2009: 226,7 Mio. EUR) sowie Rückstellungen aus der Bewertung von Finanzgeschäften in Höhe von 265,9 Mio. EUR (2009: 152,9 Mio. EUR).

## 22. Als Sicherheit für Verbindlichkeiten übertragene Vermögensgegenstände.

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	26 819,6	45 023,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	8 883,7	4,2
Eventualverbindlichkeiten	105,0	105,0
Handelsspassiva	47,7	0,0
Verbriefte Verbindlichkeiten	0,0	17,0
Nachrangige Verbindlichkeiten	0,0	10,0
<b>Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten</b>	<b>35 856,0</b>	<b>45 160,1</b>

### 23. Nachrangige Verbindlichkeiten.

Die in der Bilanz ausgewiesenen nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 5 301,1 Mio. EUR entsprechen – nach Abzug der Drittrangmittel (115,2 Mio. EUR), der anteiligen Zinsen (85,7 Mio. EUR), des ursprünglichen Disagios (13,9 Mio. EUR), dreier aufsichtsrechtlich nicht anerkennungsfähiger Emissionen (0,6 Mio. EUR), der Zuschreibungen von Zerobonds in den letzten fünf Jahren vor Fälligkeit (95,3 Mio. EUR) und weiterer Korrekturen (10,7 Mio. EUR) – den Anforderungen des § 10 Abs. 5a Satz 5 KWG. Die nachrangigen Verbindlichkeiten belaufen sich, nach oben genannten Abzügen, auf 4 979,8 Mio. EUR (2009: 4 972,5 Mio. EUR). Davon werden 843,1 Mio. EUR (Buchwert bzw. bei Zerobonds Ausgabebetrag zuzüglich Zuschreibungen bis fünf Jahre vor Fälligkeit; 2009: 185,8 Mio. EUR) lediglich zu zwei Fünfteln (337,2 Mio. EUR) angerechnet, da die Zweijahresfrist gemäß § 10 Abs. 5a Satz 2 KWG unterschritten ist (Nichtanrechnung in Höhe von 505,8 Mio. EUR).

30 Mio. EUR werden nicht angerechnet, damit im Falle einer möglichen Rücknahme von 30 Mio. EUR der Trust preferred Securities diese mit Stillen Einlagen ersetzt werden können. Diesbezüglich erfolgte eine Abstimmung mit der BaFin, um der Einhaltung der Vorschriften zur Ersetzung von Eigenkapitalbestandteilen zu genügen.

Insgesamt ist von den nachrangigen Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2010 ein Volumen in Höhe von 4 444,0 Mio. EUR gemäß § 10 Abs. 5a KWG dem Ergänzungskapital zuzurechnen. Davon ist zum Meldestichtag per 31. Dezember 2010 die Marktpflegeposition in Höhe von 3,4 Mio. EUR abzuziehen, so dass sich ein Anrechnungsbetrag in Höhe von 4 440,6 Mio. EUR ergibt.

Die Korrekturen in Höhe von 10,7 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus der Verwendung unterschiedlicher Umrechnungskurse im Meldewesen (EZB-Referenzkurs) und Rechnungswesen (EuroFX-Kurs) zum Bilanzstichtag.

Für nachrangige Verbindlichkeiten sind im Berichtsjahr Zinsaufwendungen in Höhe von 264,1 Mio. EUR (2009: 269,9 Mio. EUR) entstanden.

Neuemissionen wurden im Geschäftsjahr 2010 nicht getätigt. Keine der Emissionen ist größer als 10 % der Bilanzposition.

Folgende Tabelle enthält Inhaberpapiere, Schuldscheindarlehen und nachrangige Kapitalbriefe gegliedert und aggregiert nach Fälligkeitsjahr:

Mio. EUR							
Fälligkeits-Jahr(e)	(frühester) Laufzeit-Beginn	Laufzeit-Ende	Währung	Nominale bei Fremdwährungs-Emissionen	Buchwert ohne Zinsabgrenzung ***	Zinssatz	
2011	1993	2011	EUR	-	122,4	4,93 – 7,75*	
2012	2002	2012	EUR	-	100,0	1,00**	
2012	2002	2012	EUR	-	464,0	5,44 – 8,02	
2013	1992	2013	EUR	-	62,6	5,67 – 8,21	
2014	2002	2014	EUR	-	109,3	6,0 – 6,6	
2014	2004	2014	EUR	-	16,0	1,00**	
2015	2000	2015	EUR	-	880,4	2,08 – 8,00	
2015	2001	2015	EUR	-	80,0	1,00 – 2,00**	
2016	2001	2016	EUR	-	78,0	4,27 – 7,00	
2016	2006	2016	EUR	-	43,5	1,00**	
2017	2000	2017	EUR	-	447,7	3,43 – 6,87	
2018	2007	2018	EUR	-	42,9	3,00 – 5,51	
2019	1999	2019	EUR	-	5,0	1,57**	
2019	2006	2019	EUR	-	5,0	4,28	
2020	2000	2020	EUR	-	73,5	3,44 – 6,00	
2020	2000	2020	EUR	-	205,0	1,26 – 4,14**	
2021–2041	2000	2041	EUR	-	405,5	4,47 – 6,52	
2021–2041	2000	2041	EUR	-	604,1	1,00 – 4,37**	
					<b>3 744,9</b>		
2012	2002	2012	USD	500,0	377,4	6,35	
2015	1995	2015	JPY	20 000,0	184,9	4,25	
2015	2002	2015	CHF	200,0	160,7	3,50	
2015	2004	2015	USD	300,0	226,5	5,05	
2017	2007	2017	CHF	10,0	8,0	4,15	
2023	1993	2023	USD	300,0	226,5	7,63	
2028	1998	2028	USD	300,0	226,4	6,88	
2037	2007	2037	JPY	6 500,0	60,1	2,8	
					<b>1 470,5</b>		
					<b>5 215,4</b>		

\* Enthalten sind Verbindlichkeiten aus 2 effektiven, endfälligen Emissionen

\*\* Variable Verzinsung

\*\*\* Nominalvolumen bzw. bei Zerobonds Ausgabebetrag zuzüglich Zuschreibungen, jeweils ohne Zinsabgrenzung

## 24. Eigenkapital.

Das Eigenkapital der LBBW wies im Geschäftsjahr folgende Entwicklung auf:

Mio. EUR	
Eigenkapital am 31. Dezember 2009	15 064,9
+ Kursbedingte Veränderungen der Stillen Einlagen	25,2
./ Fälligkeiten Stiller Einlagen	66,1
+ Wiederauffüllung der Stillen Einlagen	209,6
+ Bilanzgewinn 2010	0,0
Eigenkapital am 31. Dezember 2010	15 233,6

## 25. Posten unter dem Strich.

Unter dem Bilanzstrich werden in Höhe von 17 627,9 Mio. EUR (2009: 22 945,3 Mio. EUR) Credit Default Swaps ausgewiesen, bei denen die LBBW den Kontrahenten Sicherheiten mit garantiefählichem Charakter bereitstellt. Die Credit Default Swaps betreffen 553 Einzelgeschäfte (2009: 788). Das Volumen entfällt auf die Hauptanstalt mit 3 833,0 Mio. EUR (2009: 6 212,6 Mio. EUR) sowie die Niederlassungen in London (12 624,5 Mio. EUR), Singapur (162,6 Mio. EUR) und New York (1 007,7 Mio. EUR).

Der Gesamtbestand, einschließlich der Credit Default Swaps, bei denen die LBBW keine Sicherheiten stellt, ist unter (3) Derivate dargestellt.

Einzelgeschäfte mit wesentlicher Bedeutung innerhalb der Eventualverbindlichkeiten stellen zwei CDS-Sellpositionen in Höhe von 717,1 Mio. EUR bzw. 743,5 Mio. EUR dar. Des Weiteren besteht eine Kreditbürgschaft gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Höhe von 550,0 Mio. EUR.

Die Eventualverbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen gemäß § 268 Abs. 7 HGB in Verbindung mit § 251 HGB belaufen sich auf 1 990,0 Mio. EUR.

Bei den unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich ausschließlich um externe Zusagen. Lieferverpflichtungen aus Termingeschäften bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 231,4 Mio. EUR (2009: 1 429,3 Mio. EUR). Darin enthalten sind Geschäfte mit Schuldscheindarlehen (90,0 Mio. EUR) sowie Termingelder (141,4 Mio. EUR).

Bei den Unwiderruflichen Kreditzusagen mit wesentlicher Bedeutung handelt es sich um zwei Positionen gegenüber inländischen Unternehmen in Höhe von 600,0 Mio. EUR und 319,0 Mio. EUR. Daneben gibt es eine Kreditzusage gegenüber einem verbundenen Unternehmen in Höhe von 306,0 Mio. EUR.

**Risikoeinschätzung.**

Im Rahmen ihres Kredit- und Avalgeschäfts gewährt die Bank Darlehenszusagen und stellt für ihre Kunden Garantien, Bürgschaften und andere Eventualverbindlichkeiten.

Die rechtlich mögliche Inanspruchnahme ist – sofern mit ihr am Abschlussstichtag nicht konkret zu rechnen ist – unter dem Bilanzstrich anzugeben. Ist mit einer Inanspruchnahme zu rechnen, so ist eine Rückstellung oder Verbindlichkeit zu bilanzieren und die Position unter dem Bilanzstrich ist in dieser Höhe zu kürzen.

Im Falle der Inanspruchnahme besteht für die Bank das Risiko, dass ihre (Rückgriffs-)Forderung gegenüber dem Garantie- oder Kreditnehmer abzüglich der Sicherheiten nicht werthaltig ist.

Die Vergabe von (Aval-)Linien und das Management der Risiken – insbesondere bei Verschlechterung der Kreditfähigkeit – erfolgt in der Bank im Rahmen des geregelten Kreditprozesses und unterliegt ebenfalls den Vorgaben des bilanziellen Geschäfts (z. B. Darlehensgeschäft).

Liegen stichhaltige Gründe für die voraussichtliche Inanspruchnahme vor, bildet die Bank kundenspezifische Einzelwertberichtigungen, sofern von einem drohenden Verlust ausgegangen wird. Die Bank bildet aufgrund latenter Risiken im (außer-)bilanziellen Kredit- und Avalgeschäft pauschalierte Wertberichtigungen.

Die nachfolgenden Tabellen stellen das maximale (Kredit-)Risiko aus den vertraglich eingegangenen Positionen dar.

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	<b>30 055,4</b>	<b>37 117,8</b>
aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen	0,0	0,9
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	30 055,4	37 116,8
Kreditbürgschaften	3 600,8	4 291,3
Sonstige Garantien, Bürgschaften und Gewährleistungen	6 388,7	6 484,4
Akkreditive	2 627,9	3 561,9
Credit Default Swaps	17 437,9	22 779,2

Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantien und Gewährleistungen werden grundsätzlich in voller Höhe vermerkt. Sie werden lediglich um Bardeckungen und Wertberichtigungen gekürzt.

Bei Credit Default Swaps, bei denen die LBBW Sicherungsgeber ist, übernimmt die Bank das Risiko eines Kreditausfalls eines oder mehrerer Vermögensgegenstände beim Sicherungsnehmer. Die LBBW weist gemäß HGB Credit Default Swaps des Anlagebestandes in der Position Eventualverbindlichkeiten aus. Die aufgrund negativer Wertentwicklung der Swaps gebildeten Drohverlustrückstellungen werden vom Volumen abgezogen.

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
<b>Unwiderrufliche Kreditzusagen</b>	<b>22 012,3</b>	<b>27 654,6</b>

Unter dem Bilanzstrich sind alle verbindlich zugesagten und noch nicht in Anspruch genommenen Kreditzusagen auszuweisen. Nicht einbezogen werden Kreditzusagen, bei der die Bank vorbehaltlos und fristlos die Möglichkeit der Kündigung hat. Neben Kreditzusagen werden auch Terminkäufe festverzinslicher Wertpapiere, Schuldscheindarlehen und auf Termin abgeschlossene Pensionsnehmergeschäfte, die jeweils nicht dem Handelsbestand zugerechnet werden, in dieser Position ausgewiesen.



## 26. Patronatserklärung.

Die LBBW trägt, für die Dauer einer Beteiligung und abgesehen vom Fall des politischen Risikos, für die in der Aufstellung des Anteilsbesitzes der LBBW gekennzeichneten Unternehmen unabhängig von der Anteilsquote dafür Sorge, dass diese ihre Verbindlichkeiten erfüllen können.

Die LBBW hat für die BW Bank Capital Funding LLC I sowie für die BW Bank Capital Funding LLC II eine Patronatserklärung abgegeben, die allen vor- und nachrangigen Verbindlichkeiten der LBBW einschließlich Genussrechtskapital im Rang nachsteht.

## 27. Gewährträgerhaftung.

Die LBBW haftet für die bis zum 18. Juli 2005 (Wegfall der Gewährträgerhaftung) entstandenen Verbindlichkeiten der DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main, sowie der LBS Landesbausparkasse Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe, – in bestimmten Fällen abhängig von Entstehungszeitpunkt und Laufzeit der Verbindlichkeit als Gewährträger – fort; für nach diesem Zeitpunkt entstandene Verbindlichkeiten haftet die LBBW in keinem Fall als Gewährträger.

Entsprechendes gilt im Außenverhältnis für die im Zeitraum ihrer Beteiligung entstandenen Verbindlichkeiten folgender Kreditinstitute: ehemalige Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale, Kiel, Westdeutsche ImmobilienBank AG, Mainz, sowie ehemalige SachsenLB Landesbank Sachsen Girozentrale, Leipzig, und ehemalige LRP Landesbank Rheinland-Pfalz, Mainz.

Darüber hinaus stellt die LBBW die Treugeber und die ehemaligen Träger der SachsenLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SachsenLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2007 gegen die Treugeber und ehemaligen Träger der SachsenLB erstmals geltend gemacht werden. Dies gilt nur, sofern und soweit die Gewährträgerhaftung aufgrund von Ansprüchen der LBBW oder mit der LBBW im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen im Zusammenhang mit der Ormond Quay Struktur einschließlich einer oder mehrerer Castle View-Vehikel besteht und sich dort Vermögensgegenstände befinden, die ursprünglich im Ormond Quay Portfolio enthalten waren (Issuer Valuation Agreement vom 06. Mai 2004 in der Fassung vom 07. Juli 2005 zwischen der SachsenLB Europe plc. und Ormond Quay Funding plc., Eden Quay Asset Limited, Ellis Quay Asset Management Limited sowie Merchants Quay Asset Management Limited).

Die LBBW stellt im Übrigen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SachsenLB im Innenverhältnis von allen Verbindlichkeiten aus der von ihnen übernommenen Gewährträgerhaftung und Anstaltslast bei der SachsenLB frei, die nach Ablauf des 31. Dezember 2010 gegen die Treugeber sowie die ehemaligen Träger der SachsenLB erstmals geltend gemacht werden.

## 28. Sonstige finanzielle Verpflichtungen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die weder in der Bilanz noch unter dem Bilanzstrich ausgewiesen sind, betragen bei der LBBW 688,0 Mio. EUR (2009: 905,8 Mio. EUR); davon entfallen 134,6 Mio. EUR jährlich auf langfristige Miet- und Leasingverträge sowie 76,1 Mio. EUR auf eine Nachschusspflicht für die Liquiditäts- und Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main. Gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen bestehen Nachschusspflichten in Höhe von 412,6 Mio. EUR. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen der LBBW betreffen 28,0 Mio. EUR (2009: 41,3 Mio. EUR) verbundene Unternehmen.

Nach § 5 Abs. 10 der Statuten des Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, von Verlusten freizustellen, die diesem durch eine Hilfeleistung zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Landesbank Baden-Württemberg stehenden Kreditinstitute entstehen.

Bedingt durch den Jahresfehlbetrag im vorangegangenen Geschäftsjahr 2009 wurden Genussrechtsverbindlichkeiten und stille Einlagen im vergangenen Abschluss nicht bedient. Die Genussrechtsverbindlichkeiten und stillen Einlagen haben darüber hinaus entsprechend ihres Anteils am haftenden Eigenkapital am Verlust teilgenommen. Beide Maßnahmen führten in 2009 zu einer Entlastung des Jahresfehlbetrags bzw. Bilanzverlustes.

Die Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen sowie die Nachholung ausgefallener Ausschüttungen ist grundsätzlich aufschiebend bedingt und hat bei Erzielung eines zukünftigen Jahresüberschusses bzw. Bilanzgewinns vorrangig vor der Dotierung der Anteilseigner bzw. der Rücklagen zu erfolgen. In Abhängigkeit von den vertraglichen Bedingungen muss die LBBW zum Teil auch nach Rückzahlung fälliger Genussrechtsverbindlichkeiten und stiller Einlagen ausgefallene Kapitalanteile bedienen.

Auch die aufschiebend bedingte Nachholung der Ausschüttung ist vertraglich unterschiedlich geregelt, erfolgt jedoch erst nach vollständiger Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen und maximal bis zur Rückzahlung des jeweiligen Kapitals.

Der im Geschäftsjahr 2010 erzielte Jahresüberschuss führte zu einer Wiederauffüllung der Vermögenseinlagen stiller Gesellschafter in Höhe von 209,6 Mio. EUR und einer Aufholung des Genussrechtskapitals in Höhe von 74,1 Mio. EUR.

Die restliche Verpflichtung zur Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals und der stillen Einlagen und zur Nachholung der nicht vorgenommenen Bedienung beträgt per 31. Dezember 2010 1 075,9 Mio. EUR.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.

### 29. Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen.

Von den sonstigen betrieblichen Erträgen entfallen 54,4 Mio. EUR (2009: 28,8 Mio. EUR) auf Veräußerungsgewinne aus dem Verkauf von Beteiligungen und Immobilien des Anlagevermögens sowie auf Erträge aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Gebäuden. In Höhe von 54,8 Mio. EUR (2009: 51,0 Mio. EUR) kam es zu Erträgen aus Aufwandserstattungen durch Dritte.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Personalaufwendungen für an Dritte überlassene Mitarbeiter in Höhe von 23,7 Mio. EUR (2009: 19,3 Mio. EUR), Rückstellungszuführungen in Höhe von 15,6 Mio. EUR (2009: 18,7 Mio. EUR), Sachaufwendungen für bankfremdes Geschäft in Höhe von 18,3 Mio. EUR (2009: 12,2 Mio. EUR), Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude in Höhe von 13,6 Mio. EUR (2009: 12,6 Mio. EUR) und Kantinenaufwendungen in Höhe von 10,1 Mio. EUR (2009: 10,1 Mio. EUR).

### 30. Abschlussprüferhonorar.

Auf die Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers gemäß § 285 Satz 1 Nr. 17 HGB wurde verzichtet, da die entsprechende Angabe im Konzernabschluss der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz diese Beträge einschließt.

### 31. Außerordentliches Ergebnis.

Das außerordentliche Ergebnis wurde im Wesentlichen durch BilMoG-Erstanwendungseffekte beeinflusst. Insbesondere durch Bewertungseffekte bei den Pensions- und sonstigen Personalrückstellungen sowie durch die Verlustspitzen aus der Bewertung von Sicherungsbeziehungen ergab sich ein negatives außerordentliches Ergebnis in Höhe von 118,3 Mio. EUR.

Des Weiteren beeinflussten die durch die Finanzmarktkrise bedingten Restrukturierungsaufwendungen das außerordentliche Ergebnis. Im Geschäftsjahr 2010 kam es diesbezüglich zu einem negativen außerordentlichen Ergebnis aus Restrukturierung in Höhe von 41,5 Mio. EUR (2009: 375,6 Mio. EUR), die im Wesentlichen durch Rückstellungszuführungen für Sachkosten und allgemeine Restrukturierung verursacht wurden.

### 32. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Der periodische Steuerertrag in Höhe von 18,4 Mio. EUR (2009: 39,0 Mio. EUR Aufwand) ist im Wesentlichen auf die Körperschaftsteuererträge der Niederlassung New York zurückzuführen. Durch Vorjahresauswirkungen ergab sich ein aperiodischer Steueraufwand in Höhe von 54,5 Mio. EUR (2009: 0,9 Mio. EUR), der in erster Linie aus der Betriebsprüfung resultiert. Durch die erstmalige Anwendung von BilMoG wurden Steuerrückstellungen abgezinst, was zu einem Ertrag von 3,1 Mio. EUR führte.

Insgesamt sind somit Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe von 33,0 Mio. EUR (2009: 39,9 Mio. EUR) zu verzeichnen.

### 33. Aufgliederung der Erträge nach geographischen Märkten.

Der Gesamtbetrag aus den GuV-Posten

Nr. 1: Zinserträge,

Nr. 3: Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen,

Nr. 5: Provisionserträge,

Nr. 7: Nettoertrag des Handelsbestands sowie

Nr. 8: Sonstige betriebliche Erträge

verteilt sich auf die untenstehenden geographischen Märkte wie folgt:

Mio. EUR	31.12.2010	31.12.2009
Bundesrepublik Deutschland	11 641,0	13 354,6
Europa (EU-Staaten ohne Deutschland)	641,5	1 118,6
Asien	138,1	225,6
Amerika	217,5	351,6
<b>Gesamt</b>	<b>12 638,1</b>	<b>15 050,4</b>

### 34. Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung.

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen betreffen insbesondere die Verwaltung und Vermittlung von Wertpapierdepots, Treuhandkrediten, Beteiligungen sowie Investment- und Immobilienfonds.

## Sonstige Angaben.

### 35. Außerbilanzielle Geschäfte.

Mit Verabschiedung des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts (BilMoG) werden vom Bilanzierenden Angaben zu außerbilanziellen Geschäften verlangt. Es sind Art und Zweck sowie Risiken und Vorteile von nicht in der Bilanz erscheinenden Geschäften anzugeben, soweit dies für die Beurteilung der Finanzlage notwendig ist. Darunter fallen alle, nicht nur schwebende Transaktionen, die von vornherein keinen Eingang in die Handelsbilanz finden oder einen dauerhaften Abgang von Vermögensgegenständen oder Schulden aus der Handelsbilanz nach sich ziehen.

#### Widerrufliche Kreditzusagen:

Die Einräumung von jederzeit durch die Bank kündbaren (Dispositions-)Krediten ermöglicht es dem Kunden, sein Kontokorrentkonto im Rahmen der Kreditzusage zu überziehen ohne in der Regel Sicherheiten stellen zu müssen. Die Bank selbst profitiert aus diesem marktüblichen und standardisierten Produkt durch höhere Zinseinnahmen bei Inanspruchnahme, gegebenenfalls auch bei Überschreiten der Zusage durch den Kunden. Dem stehen Risiken aus der Verschlechterung der finanziellen Situation des Kreditnehmers gegenüber. Es bestanden zum Jahresende widerrufliche Kreditzusagen in Höhe von 22,4 Mrd. EUR, die weder in der Bilanz noch unterhalb der Bilanz ausgewiesen werden müssen.

#### Zweckgesellschaften/Verbriefungen:

Die LBBW unterhält Geschäftsbeziehungen zu verschiedenen Zweckgesellschaften, die unterschiedliche Geschäftsmodelle verfolgen. Diese Geschäftsbeziehungen sind alle bilanziell (Forderungen, Wertpapiere, Wertberichtigungen) oder in Form von Eventualverbindlichkeiten oder anderen Verpflichtungen im Abschluss berücksichtigt.

Der Ankauf von Handels- und Leasingforderungen durch Zweckgesellschaften dient vorwiegend der Finanzierung mittelständischer Unternehmen. Die Zweckgesellschaften refinanzieren sich unter anderem über die Emission forderungs-gedeckter Geldmarktpapiere (Asset Backed Commercial Paper (ABCP)). Die LBBW stellt diesen Zweckgesellschaften Kredite und Liquiditätslinien zur Verfügung. Die Refinanzierung durch die LBBW wird bereits im Rechenwerk ausgewiesen.

Weitere Zweckgesellschaften investieren in (verbriefte) Wertpapiere. Risikoübernahmen durch die LBBW erfolgen durch die Refinanzierung der Gesellschaften über Commercial Papers, Kredite und Wertpapierpensionsgeschäfte sowie über von der LBBW gestellte Liquiditätslinien. Das Investment in Wertpapiere und deren signifikante Risiken können zu Wertberichtigungen von an die Zweckgesellschaft vergebenen Krediten oder zur Inanspruchnahme von gegebenen Garantien im Abschluss der Bank führen. Diese Risiken sind in der Bilanz bzw. unterhalb der Bilanz berücksichtigt.

### 36. Ausschüttungssperre.

Nach § 268 Abs. 8 HGB gilt eine Ausschüttungssperre im Zusammenhang mit dem Wahlrecht zur Bilanzierung selbst erstellter immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, dem Wahlrecht zur Bilanzierung aktiver latenter Steuern und der Pflicht zur Zeitwertbewertung von altersversorgungsbezogenem Vermögen.

Die Landesbank Baden-Württemberg hat keine ausschüttungsgesperrten Beträge in der Bilanz ausgewiesen.

### 37. Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen.

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen zu grundsätzlich marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen. Der Umfang der Transaktionen kann den folgenden Aufstellungen entnommen werden:

Mio. EUR	Unternehmen mit maßgeblichem Anteil (Anteilseigner)	Mitglieder des Vorstandes und der Aufsichtsorgane	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen oder Unternehmen
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>						
2010	1 167	0	224	16	0	1 137
2009	957	0	2 038	28	0	5 861
<b>Forderungen an Kunden</b>						
2010	4 926	5	11 176	279	27	39
2009	4 439	3	17 486	301	27	29
<b>Handelsaktiva</b>						
2010	1 515	0	7 645	28	0	333
2009	867	0	183	22	0	210
<b>Finanzanlagen</b>						
2010	12 805	0	950	0	0	5 716
2009	12 700	0	0	0	0	5 930
<b>Aktiva insgesamt</b>						
2010	20 413	5	19 995	323	27	7 225
2009	18 963	3	19 707	351	27	12 030

Mio. EUR	Unternehmen mit maßgeblichem Anteil (Anteilseigner)	Mitglieder des Vorstandes und der Aufsichtsorgane	Verbundene Unternehmen	Assoziierte Unternehmen	Joint Ventures	Sonstige nahe stehende Personen oder Unternehmen
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>						
2010	5 237	0	60	221	0	3 343
2009	5 064	0	1 072	225	0	8 828
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>						
2010	12 946	5	4 369	41	17	1
2009	13 986	5	6 791	41	9	0
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>						
2010	0	0	12	0	0	0
2009	0	0	20	0	0	0
<b>Handelspassiva</b>						
2010	1 070	0	1 004	53	0	12
2009	11	0	0	25	0	70
<b>Nachrangkapital</b>						
2010	3 144	0	554	10	0	0
2009	3 116	0	520	10	0	0
<b>Passiva insgesamt</b>						
2010	22 397	5	5 999	325	17	3 356
2009	22 177	5	8 403	301	9	8 898

In den Beträgen sind 44,6 Mio. EUR Mietaufwendungen enthalten.

Die Volumina in den Positionen Finanzanlagen und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in der Spalte »Anteilseigner« resultieren im Wesentlichen aus dem durch das Land Baden-Württemberg bereitgestellten Risikoschirm in Höhe von 12,7 Mrd. EUR.

## 38. Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB erfolgt zum Jahresabschluss per 31. Dezember 2010 der Landesbank Baden-Württemberg die Aufstellung des Anteilsbesitzes einschließlich der Angaben gemäß § 285 Nr. 11a HGB im Anhang:

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
<b>I. In den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen</b>						
<b>a. Voll konsolidierte Tochterunternehmen</b>						
Alpha Real Estate (Luxembourg) S.à.r.l. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	12,00	-1,00
ALVG Anlagenvermietung GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	95 955,02	0,00
Austria Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	66,67		EUR	35 641,74	1 652,28
Baden-Württemberg L-Finance N.V. <sup>3) 16)</sup>	DX Hoofddorp, Niederlande	100,00		EUR	5 137,23	1 347,02
Bahnhofplatz Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,21	100	EUR	13 441,51	0,00
Bahnhofplatz Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,21	100	EUR	19,28	-3,85
Bahnhofplatz-Gesellschaft Stuttgart AG <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	93,21		EUR	4 452,44	0,00
BETA REAL ESTATE (Luxembourg) S.à.r.l. <sup>1)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00			k. A.	k. A.
BW-Immobilien GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 362,00	0,00
CFH Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	91 086,83	522,24
Château de Beggen Participations S.A. <sup>1) 16)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00		EUR	11 181,94	11 806,94
Dritte Industriefabrik Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	701,91	0,00
Einkaufszentrum Stachus München GmbH <sup>1) 3a) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft Stuttgart gGmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	94,87		EUR	11 000,00	11,23
Employrion Komplementär GmbH <sup>1) 16)</sup>	Weil	35,00	100	EUR	26,17	0,69
Entwicklungsgesellschaft Grunewaldstraße 61 – 62 mbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Berlin	94,84	94,9	EUR	-369,23	-235,38
Entwicklungsgesellschaft Uhlandstraße 187 GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Berlin	94,90		EUR	-1 437,02	-1 384,35
Erste IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Weil	40,00	100	EUR	27,00	1,00
Erste Industriefabrik Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	450,16	0,00
EuroCityCenterWest GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-5 165,33	-984,34
EuroCityCenterWest Verwaltungs-GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	94,80		EUR	33,79	-0,65
FLANTIR PROPERTIES LIMITED <sup>1) 11)</sup>	Nicosia, Zypern	100,00		EUR	2,00	-15,00
FOM/LEG Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	50,00		EUR	25,00	3,00
Fünfte Industriefabrik Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	634,23	0,00
Gewerbepark Königstraße Kaiserslautern GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-34,66	354,17
Grensstraat LR Development S.P.R.L. <sup>1) 11)</sup>	Brüssel, Belgien	100,00		EUR	-467,00	-473,00
Grunewaldstraße 61 – 62 GmbH <sup>1) 16)</sup>	Berlin	94,84	100	EUR	24,91	0,96
HIRP Housing Initiative Rheinland-Pfalz Management- und Entwicklungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Mainz	41,08	79,9	EUR	100,00	0,00
IMBW Capital & Consulting GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	250,00	0,00
Industriefabrik Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	30,14	6,64
Industriefabrik-Aktiengesellschaft <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	93,57		EUR	23 281,64	0,00
IRP Immobilien-Gesellschaft Rheinland-Pfalz mbH <sup>1) 4c) 16)</sup>	Mainz	51,41		EUR	1 702,20	227,02
Kiesel Finance Management GmbH <sup>1)</sup>	Baierfurt	90,00		EUR	23,30	2,40
Kommunalbau Rheinland-Pfalz GmbH <sup>1) 4c) 16)</sup>	Mainz	51,40		EUR	1 009,03	266,65
Landesbank Baden-Württemberg Capital Markets Plc <sup>3) 16)</sup>	London, Großbritannien	100,00		GBP	6 012,58	186,44
Lassarus Handels GmbH (in Liqu.) <sup>1) 14)</sup>	Wien, Österreich	100,00		EUR	1 525 773,78	25 738,78
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH <sup>3) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	24 588,54	3 101,64
LBBW Asset Management (Ireland) plc <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	100,00		EUR	43 255,00	32 704,00
LBBW Bank CZ a.s. <sup>16)</sup>	Praha 5, Tschechien	100,00		CZK	109 703,56	-30 367,08
LBBW Dublin Management GmbH <sup>3) 4) 16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	230 845,91	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt am Pariser Platz Stuttgart <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	65 901,97	-1 255,68
LBBW Immobilien Capital Fischertor GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	München	93,98	94	EUR	-5 879,69	-1 360,69
LBBW Immobilien Capital GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-1 339,99	-1 437,36
LBBW Immobilien Development Beteiligungen GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Immobilien Development GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	5 000,00	0,00

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
LBBW Immobilien Gebäude-Service GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	51,13	0,00
LBBW Immobilien GmbH <sup>1) 4b) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	708 611,42	0,00
LBBW Immobilien GmbH & Co. Beteiligung KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	61 753,23	-16 051,03
LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	81,62		EUR	2 016,51	0,00
LBBW Immobilien Luxemburg S. A. <sup>1) 11)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	-4 716,00	-4 910,00
LBBW Immobilien Management Gewerbe GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	3 303,97	0,00
LBBW Immobilien Management Wohnen GmbH <sup>1) 4a) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 500,00	0,00
LBBW Immobilien Romania S.R.L. <sup>1) 11)</sup>	Bucuresti, Rumänien	99,95	100	EUR	-1 510,00	-1 508,00
LBBW Immobilien Versicherungsvermittlung GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Immobilien Wohnungsprivatisierung GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	94,90		EUR	262,58	0,00
LBBW Immobilien-Holding GmbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	976 250,54	0,00
LBBW Leasing GmbH <sup>4) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	475 088,54	0,00
LBBW Luxemburg S.A. <sup>3) 16)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	262 500,00	-103 000,00
LBBW Spezialprodukte-Holding GmbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	239 262,97	0,00
LBBW US Real Estate Investment LLC <sup>11)</sup>	Wilmington, Delaware, USA	100,00		USD	74 428,06	3 278,53
LEG Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	24,72	4,77
LEG Projektgesellschaft 2 GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-6 763,80	-6 598,49
LEG Projektgesellschaft 4 GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-33 161,30	-31 307,27
LEG Verwaltungsgesellschaft 2 mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,70	0,33
LOOP GmbH <sup>1) 3a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-2 020,61	-485,79
LRP Capital GmbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	14 000,00	0,00
MANUKA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	23,84	-0,88
MKB Mittelrheinische Bank GmbH <sup>4a) 16)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	36 765,47	5 799,03
MKB Versicherungsdienst GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	27,05	0,00
MMV Leasing GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	21 000,00	0,00
MMV Mobilien Verwaltungs- und Vermietungsgesellschaft mbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	26,00	0,00
Mogon Vermögensverwaltungs GmbH <sup>4) 16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	138,00	0,00
Nagatino Property S.à.r.l. <sup>1)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	-29 233,70	-27 064,90
Parc Helfent Participations S.A. <sup>1) 16)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	11 868,28	11 528,93
Projekt 20 Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	München	93,98	100	EUR	29,30	3,44
Projektgesellschaft Bockenheimer Landstraße 33 – 35 GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Kronberg i. T.	94,00	50	EUR	-5 094,00	-1 393,00
Schlossgartenbau Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	92,68	100	EUR	18 548,97	0,00
Schlossgartenbau Objektverwaltungs-GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	92,68	100	EUR	15,62	18,18
Schlossgartenbau-Aktiengesellschaft <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	92,68		EUR	6 592,42	0,00
Schockenried GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-4 428,39	-1 461,13
Schockenriedverwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	94,80		EUR	24,61	0,56
Sechste Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	307,51	0,00
SG Management GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	92,68	100	EUR	11 806,21	-5 363,18
SGB – Hotel GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	92,68	100	EUR	-975,62	-984,52
SL Bayern Verwaltungs GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	940,80	80,90
SL RheinMainSaar Verwaltungs GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	515,70	4,30
SLN Maschinen-Leasing Verwaltungs-GmbH <sup>1)</sup>	Berlin	100,00		EUR	748,20	110,40
SLP Mobilien-Leasing Verwaltungs-GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	4 465,40	1 204,30
Süd KB Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	47 713,52	15 507,57
SüdFactoring GmbH <sup>4) 3b) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 600,00	0,00
Süd-Kapitalbeteiligungs-Gesellschaft mbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	88 981,87	0,00
SüdLeasing Finance-Holding GmbH <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	10 037,80	-9,90
SüdLeasing GmbH <sup>2) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	32 085,00	0,00
Turtle Beteiligungs-Ehningen II GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	25,00	1,00
Turtle Beteiligungs-Hannover-City GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	23,00	-1,00
Turtle Beteiligungs-Portfolio GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	23,00	-1,00
Turtle Ehningen II GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	-20,00	-8,00
Turtle Portfolio GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	-5 315,00	-5 359,00
Turtle 1. Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	100	EUR	27,00	1,00
Uhlandstraße 187 GmbH <sup>1) 16)</sup>	Berlin	94,90	100	EUR	24,46	0,86

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße mbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	100	EUR	30,00	1,00
Vierte Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	1 176,78	0,00
VVS II GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	52,55	EUR	-248,00	-258,00
VVS II Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	50	EUR	27,00	2,00
VVS III GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	52,55	EUR	-306,00	-316,00
VVS III Verwaltungs-GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	50	EUR	26,00	1,00
Zenon Mobilien-Leasing GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	295,50	59,50
Zorilla Mobilien-Leasing GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	85,00	-9,10
Zweite IMBW Capital & Consulting Komplementär GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	27,00	1,00
Zweite Industriehof Objekt-GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	93,57	100	EUR	19 825,72	0,00
Zweite LBBW US Real Estate GmbH <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	51 162,98	-19 983,58
<b>b. Voll konsolidierte Tochterunternehmen (Zweckgesellschaften)</b>						
aiP Gärtnerplatz GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Oberhaching	45,00	50	EUR	-6 881,53	-2 254,55
aiP Isarauen GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Oberhaching	45,00	50	EUR	-352,14	-141,80
Bauwerk-Stuttgart GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	-58,44	-83,44
BWI Fonds 106 (ehemals STIRT Fonds) <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00	0	EUR	64 174,29	3 895,51
BWInvest-TR6-Fonds <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00	0	EUR	57 745,83	277,34
Employrion Immobilien GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Weil (Ortsteil Schwabhausen)	35,00	50	EUR	-3 233,57	-3 128,27
Erste IMBW Capital & Consulting Objektgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Weil	40,00	50	EUR	-9 976,00	-3 155,00
FOM/LEG Generalübernehmer GmbH & Co. KG <sup>1) 3a) 11)</sup>	Heidelberg	50,00		EUR	-451,00	937,49
Georges Quay Funding I Limited <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	8,54	-0,23
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Haerder-Center Lübeck mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Berlin	50,00		EUR	-2 459,00	-1 049,00
Grundstücksgesellschaft Einkaufszentrum Kröpeliner-Tor-Center Rostock mbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Berlin	39,94	50	EUR	-7 669,76	566,36
Kyma Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhr's Carré KG <sup>1) 16)</sup>	Haar	0,00		EUR	2 973,00	3 256,00
LAAM-Fonds I (LAAM Substrut I) <sup>16)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0	EUR	79 034,40	7 936,51
LAAM-Fonds II <sup>16)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0	EUR	80 482,28	7 085,20
LAAM-Fonds XI <sup>16)</sup>	George Town, Kaimaninseln	100,00	0	EUR	40 115,12	2 929,45
LBBW EuroLiquid <sup>17)</sup>	Stuttgart	96,02	0	EUR	74 258,28	-1 241,40
LEG Baden-Württemberg Wohnungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 3a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00	15	EUR	13 401,04	-13 585,42
LEG Baden-Württemberg Wohnungsverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 3a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00	15	EUR	14 205,00	-7 300,61
Mainau Funding Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	-147 154,52	0,38
Parcul Banatul SRL <sup>1) 16)</sup>	Bucaresti, Rumänien	47,45	50	EUR	-8 351,59	-2 273,29
S-Fix 1 GmbH <sup>16)</sup>	Frankfurt am Main	0,00		EUR	25,97	0,90
Spencerview Asset Management Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	1,00	0,00
Turtle Vermögensverwaltungs-GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Frankfurt am Main	49,00	50	EUR	-45,00	-8,00
Vermietungs- und Verwaltungsgesellschaft Sendlinger Straße GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	47,45	50	EUR	-13 294,00	-11 178,00
<b>2. Gemeinschaftsunternehmen anteilmäßige Konsolidierung</b>						
ARGE ParkQuartier Berg <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	7 982,00	3 718,00
Bad Kreuzbacher Entwicklungsgesellschaft mbH (BKEG) <sup>1) 16)</sup>	Bad Kreuznach	50,00		EUR	-2 180,59	625,21
LHI Leasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Pullach i. Isartal	51,00		EUR	41 138,89	628,21
TCD LEG/FOM GbR <sup>1) 8)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	168,00	23,00
Verwaltungsgesellschaft Filderbahnstraße mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	47,45	50	EUR	23,86	0,06
Verwaltungsgesellschaft Hauptstraße mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	47,45	50	EUR	23,20	0,20
<b>3. Assoziierte Unternehmen at equity</b>						
Altstadt-Palais Immobilien GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Weil	40,00	50	EUR	-1 463,00	26 833,00
Bauland Krufft Süd GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mainz	26,22	51	EUR	-760,00	-223,26
BWK GmbH Unternehmensbeteiligungsgesellschaft <sup>1) 16) 22)</sup>	Stuttgart	45,00		EUR	209 320,84	16 163,42
EGH Entwicklungsgesellschaft Heidelberg GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	33,33		EUR	1 947,00	-3 043,00
EGH Projektgesellschaft Heidelberg GmbH <sup>1) 11)</sup>	Heidelberg	33,33		EUR	27,00	2,00



Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
SGB – Hotel – Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	46,34	50	EUR	16,74	-7,04
Vorarlberger Landes- und Hypothekbank AG <sup>1) 16)</sup>	Bregenz, Österreich	16,67	25	EUR	514 501,26	63 292,84
<b>II. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Unternehmen wegen untergeordneter Bedeutung</b>						
<b>1.1. Nicht einbezogene Tochterunternehmen</b>						
ABS Kompakt GmbH i.L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	54,24	-6,18
Advanced Solutions GmbH <sup>1) 11)</sup>	Böblingen	100,00		EUR	504,23	846,91
AfL Mietkauf & Leasing GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-63,50	141,50
aiP Gärtnerplatz Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Oberhaching	45,00	100	EUR	22,86	1,18
aiP Hirschgarten 1 Verwaltungs GmbH <sup>1) 11)</sup>	Oberhaching	45,00	100	EUR	28,00	0,00
aiP Isarauen Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Oberhaching	45,00	100	EUR	25,94	1,20
Atlas Beteiligungs-GmbH i.L. <sup>4)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	25,56	0,00
Atlas Weyhausen Services GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	115,40	12,10
B. & C. Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	2 807,03	257,51
Baden-Württembergische Equity Gesellschaft mit beschränkter Haftung <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 024,46	197,04
Bahnhof Münster Komplementär GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Ettlingen	51,00		EUR	20,38	-4,62
Britta Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	35 247,65	0,00
BW Bank Capital Funding LLC I <sup>1) 3) 16)</sup>	Florham Park, USA	0,01	100	EUR	50 004,00	3 000,18
BW Bank Capital Funding LLC II <sup>1) 3) 16)</sup>	Florham Park, USA	0,01	100	EUR	50 003,00	2 099,64
BW Bank Capital Funding Trust I <sup>1)</sup>	Florham Park, USA	0,00	100	k. A.		k. A.
BW Bank Capital Funding Trust II <sup>1)</sup>	Florham Park, USA	0,00	100	k. A.		k. A.
BW Capital Markets Inc. <sup>3) 16)</sup>	Florham Park, NEW JERSEY, USA	100,00		USD	534,63	-130,34
BW Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-255,95	295,88
BW Mergers & Acquisitions GmbH i.L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19 958,57	447,41
BW-Holding GmbH i.L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	429,98	-1,02
CARGO SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	222,48	-17,88
Carmen Mobilien-Leasing GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	22,18	-1,83
cellent AG <sup>1) 9)</sup>	Wien, Österreich	100,00		EUR	1 354,72	658,87
cellent AG <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	14 683,65	1 792,87
Cellent Finance Solutions AG <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	4 050,54	-60,64
Cellent Finance Solutions GmbH <sup>1) 16)</sup>	München	100,00		EUR	946,62	26,46
Centro Alemán de Industria y Comercio de México S de R.L de C.V. <sup>2) 16)</sup>	México, D. F., Mexiko	100,00		MXN	-12 313,08	558,89
CFH Mittelstand Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	11 411,85	424,52
CFH Osteuropafonds GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	2,69	-5,04
CIM Real Estate Verwaltungs GmbH i. L. <sup>1) 11)</sup>	München	100,00		EUR	79,41	1,27
CS Consulting AG <sup>1) 4a) 16)</sup>	Hannover	60,00	100	EUR	1 050,00	0,00
CS Consulting GmbH <sup>1) 16)</sup>	Hannover	60,00		EUR	17 026,00	2 796,00
CS Insurance IT GmbH <sup>1) 16)</sup>	Langenhagen	60,00	100	EUR	310,37	85,16
DBW Advanced Fiber Technologies GmbH <sup>1) 16)</sup>	Bovenden	99,16	100	EUR	21 896,99	-2 576,71
DBW Fiber Corporation <sup>1) 16)</sup>	Summerville, SC 29483, USA	99,16	100	USD	574,90	179,85
DBW Holding GmbH <sup>1) 16)</sup>	Bovenden	99,16	94,64	EUR	22 307,38	-67,37
DBW Hungary KFT <sup>1) 16)</sup>	Tapolca, Ungarn	99,16	100	HUF	24,36	9,79
DBW Ibérica Industria Automoción, S.A. <sup>1) 16)</sup>	Vall d'Uxo Castellón, Spanien	99,16	100	EUR	421,25	-374,79
DBW Metallverarbeitung GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Ueckermünde	99,16	100	EUR	1 233,88	0,00
DBW Polska Sp.z. o.o. <sup>1) 16)</sup>	Cigacice, Polen	99,16	100	PLN	15,26	3,90
DBW Sudogda <sup>1) 11)</sup>	Sudogda, Russland	99,16	100	EUR	-4,36	-5,18
DBW-Fiber-Neuhaus GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Neuhaus am Rennweg	99,16	100	EUR	3 000,00	0,00
Deutsche Mittelstandsinformatik GmbH i. L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	90,00		EUR	0,00	-402,57
Dresden Fonds GmbH <sup>16)</sup>	Dresden	50,05		EUR	4 555,57	-209,12
Dritte LBBW US Real Estate GmbH <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	7 151,47	-21 579,36
ERGE Miet- und Finanzvermittlung GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Kehl	0,00	66,66	EUR	-78,63	15,55
Euro Leasing AG <sup>1) 16)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	162,39	-0,31
Financial ServiceS GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	136,41	3,85
Finclusive Alfmeier Leasing Services GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	80,00	81	EUR	15,38	121,66
FIRKO Betreuungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	395,31	37,12

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
FIRKO Betreuungs GmbH & Co. Windpark Zaulsdorf KG <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	- 54,74	187,01
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	525,81	0,00
Franca Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG <sup>2) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	2 471,11	41,31
fsg Miet- und Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 79,80	- 11,40
German Centre for Industry and Trade Beijing Co., Ltd. <sup>16)</sup>	Beijing, China	100,00		CNY	9,87	4,40
German Centre for Industry and Trade GmbH, Beteiligungsgesellschaft <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	989,39	0,00
German Centre for Industry and Trade Pte. Ltd. Singapore <sup>1) 16)</sup>	Singapore, Singapur	100,00		SGD	10 308,66	1 739,28
Gesellschaft zur Verwaltung von Gemeinschaftsanlagen mbH i.L. <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	14,82	0,00
Gmeinder Lokomotivenfabrik GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mosbach	90,00		EUR	345,00	298,00
GruTRANS GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	19,00	- 3,76
GVZ NORD PLANT GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	5,25	- 19,75
Haerder-Center Lübeck Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Berlin	50,00	100	EUR	26,00	1,00
Hemming AG <sup>1) 5)</sup>	Landau	92,19		EUR	118,00	422,00
Heurika Mobilien-Leasing GmbH <sup>1) 3a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 2 236,95	259,70
HO-IMMOTREU Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	240,48	36,88
»HSL – Lindner« Traktorleasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	55,49	74,99	EUR	416,91	82,71
HSL Logisztika Hungary Korlátolt Felelősségű Társaság <sup>1) 16)</sup>	Budapest, Ungarn	74,00	100	HUF	0,03	25,81
HÜCO Circuit Technology GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Espelkamp	90,00	100	EUR	35,21	0,00
Hüco electronic GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Espelkamp	90,00		EUR	3 333,39	0,00
HÜCO Leiterplatten GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Espelkamp	90,00	100	EUR	132,94	0,00
Hueco electronic (India) Private Ltd. <sup>1) 19)</sup>	Pune, Indien	90,00	100	INR	775,92	142,34
Hypo SüdLeasing ALPHA Mobilienverwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	63,53
Hypo SüdLeasing BETA Mobilienverwertung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	20,11
Hypo SüdLeasing Beteiligungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	- 2,99
Hypo SüdLeasing Car Fleet GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	- 10,62
Hypo SüdLeasing EPSILON Mobilienleasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	210,13
Hypo SüdLeasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00		EUR	- 3 853,98	- 5 433,85
Hypo SüdLeasing Immobilien GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	354,79	319,79
Hypo SüdLeasing KAPPA Mobilienleasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	- 3,06
Hypo SüdLeasing Real Estate alpha GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	55,78
Hypo SüdLeasing Real Estate Austria Holding GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	9,89	16,44
Hypo SüdLeasing Real Estate International Holding GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	74,00	100	EUR	17,50	- 196,64
Ina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	5,29	- 11,21
INPROX BP XX. Hypo SüdLeasing Korlátolt Felelősségű Társaság <sup>1) 16)</sup>	Budapest, Ungarn	74,00	100	HUF	0,00	- 0,01
INPROX GY Hypo SüdLeasing Ingatlanforgalmazó és Ingatlanhasznosító Korlátolt Felelősségű Társaság <sup>1) 16)</sup>	Budapest, Ungarn	74,00	100	HUF	- 17,29	- 17,39
INPROX Praha Letnany - Hypo SüdLeasing s.r.o. <sup>1) 16)</sup>	Praha 1, Tschechien	74,00	100	CZK	1 417,45	65,61
INPROX Praha Míchle, s.r.o. <sup>1) 16)</sup>	Praha 1, Tschechien	74,00	100	CZK	3 475,78	176,77
Iris Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	5,08	- 11,20
I&S IT-Beratung & Services GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dortmund	60,00	100	EUR	191,25	0,00
Janina Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	24,13	0,00
John Deere Leasing GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 2 810,50	1 716,70
Karin Mobilien-Leasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	618,89	164,46
Kiesel Finance GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Baienfurt	0,00	75	EUR	35,00	174,36
Kögel financial service GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 20,99	25,79

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
Kröpeliner-Tor-Center Rostock Vermietungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 11)</sup>	Berlin	83,40		EUR	8,00	30,00
Kröpeliner-Tor-Center Rostock Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 11)</sup>	Berlin	39,94	100	EUR	14,00	0,00
KURIMA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Grünwald	1,00	84	EUR	8,05	-6,12
LA electronic Holding GmbH <sup>1) 16)</sup>	Espelkamp	100,00		EUR	-6 086,43	-2 326,11
Laurus Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	1 655,37	2,75
LBBW Equity Partners GmbH & Co. KG <sup>16)</sup>	München	100,00		EUR	671,93	-2 039,65
LBBW Equity Partners Verwaltungs GmbH <sup>16)</sup>	München	100,00		EUR	19,47	-1,69
LBBW Gastro Event GmbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	130,00	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,99	0,00
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt Am Hauptbahnhof Stuttgart <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-45 309,21	1 857,40
LBBW Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG Objekt Lessingstraße 11, Freiburg <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	6 101,79	1 070,03
LBBW GVZ Entwicklungsgesellschaft Leipzig mbH <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	2 294,45	-837,62
LBBW México <sup>2) 16)</sup>	México, Mexiko	100,00		MXN	975,25	-483,79
LBBW Pensionsmanagement GmbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	25,00	0,00
LBBW Repräsentanz Sao Paulo Ltda. <sup>2) 16)</sup>	Itaim-Bibi/ Sao Paulo, Brasilien	100,00		EUR	121,95	2,42
LBBW (Schweiz) AG <sup>16)</sup>	Zürich, Schweiz	100,00		EUR	13 624,26	162,89
LBBW Service GmbH <sup>4) 16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	25,00	125,45
LBBW Trust GmbH i.L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	2 792,76	10,89
LBBW Venture Capital GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	29 810,28	109,13
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	23,78	-3,83
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. Parking KG <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	95,45	-159,97
LBBW Verwaltungsgesellschaft Leipzig mbH & Co. REKIM KG <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	10 277,10	50,07
LEG Osiris 4 GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	22,77	-0,57
LEG Osiris 5 GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	21,69	-1,00
LEG Projektgesellschaft 5 GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-8,39	-2,16
LEG Verwaltungsgesellschaft 3 mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	15,26	-11,25
LEG Verwaltungsgesellschaft 4 mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,90	0,64
LEG Verwaltungsgesellschaft 5 mbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	26,47	0,35
LG Grundstücksanlagen-Gesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	30,66	-0,73
LG Grundstücksanlagen-Gesellschaft mbH & Co. KG - Immobilienverwaltung - <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 387,05	-1 317,79
LGZ-Anlagen-Gesellschaft mbH <sup>4) 16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	110,00	0,00
lighting+design GmbH <sup>1) 16)</sup>	Hennef	93,02		EUR	9 703,59	74,69
L-Immobilien GmbH <sup>4) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	180,95	0,00
Lissi Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	24,13	0,00
LLC German Centre for Industry and Trade <sup>16)</sup>	Moskau, Russland	100,00		RUB	2 843,15	-211,78
LRI Support Personenvereinigung <sup>2)</sup>	Luxembourg, Luxembourg	100,00			k. A.	k. A.
LSK Leasinggesellschaft für Sparkassenkunden mbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	25,76	-3,62
MANUKA Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	6,00	88	EUR	0,94	-6,24
MDL Mitteldeutsche Leasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	-20 413,50	-459,83
Meridian Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	-92,91	-7,09
MKL GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-882,20	-82,10
MLG GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-183,88	155,17
MPL Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-46,00	9,70
MPL Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	121,21	7,98
MLS GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-1 134,10	823,60
MMV Mittelrheinische Leasing GmbH <sup>1) 16)</sup>	Koblenz	100,00		EUR	26,44	0,00
»Mongala« Beteiligungsverwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dornbirn, Österreich	73,70	99,6	EUR	17,50	28,32
OLIGO Lichttechnik GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Hennef	93,02	100	EUR	6 235,45	0,00
P.Lease GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00	81	EUR	2 556,46	402,50
Pollux Fünfte Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	23,42	-0,46
Pollux Vierte Beteiligungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Mainz	100,00		EUR	23,10	-0,46
Radon Verwaltungs-GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19 454,80	467,41
Remseck Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH in Stuttgart <sup>1) 4a) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	33 788,52	0,00
Rhenus Mobilien GmbH & Co KG <sup>1) 16)</sup>	Holzwickede	0,00	51	EUR	250,00	1 931,57

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
Rhenus Mobilien II GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Holzwickede	0,00	51	EUR	340,87	613,73
Rhin-Neckar S.A. <sup>16)</sup>	Munsbach, Luxemburg	100,00		EUR	160,29	-128,02
RS Technologies GmbH i.L. <sup>1)</sup>	Leipzig	49,81	55,3		k. A.	k. A.
Sachsen V.C. GmbH & Co. KG <sup>2) 16)</sup>	Leipzig	75,19		EUR	9 387,18	449,73
Sachsen V.C. Verwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	29,62	-2,34
SachsenFonds International Equity Holding I GmbH <sup>1) 16)</sup>	Aschheim-Dornach	96,15	100	EUR	5 068,12	123,36
SachsenFonds International Equity I GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	96,15	96,14	EUR	15 538,18	497,48
SBF Sächsische Beteiligungsfonds GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	63,99	-199,94
Schiffsfinanzierungsgesellschaft Danubia I GmbH <sup>1) 16)</sup>	Basel, Schweiz	100,00		CHF	299,44	12,67
Schiffshaltergesellschaft Albia I GmbH <sup>1) 16)</sup>	Basel, Schweiz	100,00		CHF	538,85	82,51
Schiffshaltergesellschaft Moenum I GmbH <sup>1) 16)</sup>	Basel, Schweiz	100,00		CHF	538,80	82,99
Schmidt W & K Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	90,00	97	EUR	0,00	36,99
SDT – Stanz und Dämmtechnik GmbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Berga	99,16	100	EUR	138,40	0,00
Servicios Administrativos GCM <sup>2) 16)</sup>	México, Mexiko	100,00		MXN	52,90	-45,65
SKH Beteiligungs Holding GmbH <sup>16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	2 629,79	-200,65
SL Advance Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	50,00	649,48
SL Aviation Lease GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	6,38	-3,80
SL Bremen Verwaltungs-GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	1 239,06	290,32
SL BW Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	860,90	168,56
SL CANADA, GP <sup>1) 16)</sup>	Ontario, Kanada	100,00		CAD	-174,00	-174,00
SL Canada Holdings LLC <sup>1) 16)</sup>	Wilmington, New Castle County, Delaware, USA	100,00		USD	0,00	0,00
SL Düsseldorf Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	493,24	58,99
SL ENERCON Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	17,77	-3,88
SL FINANCIAL MEXICO, S.A. DE C.V., SOFOM, E. N. R. <sup>1) 16)</sup>	Col. Lomas de Santa Fe, Mexiko	100,00		MXN	2 384,74	389,13
SL Financial Services Corporation <sup>1) 16)</sup>	Westport/ Connecticut, USA	100,00		USD	8 338,94	-19 761,23
SL First Credit Corporation <sup>1) 7)</sup>	Westport/ Connecticut, USA	100,00		USD	-2,26	0,00
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. ENERCON KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	80	EUR	29 155,41	2 578,92
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Hafis KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	90	EUR	5 000,00	0,00
SL Mobilien-Leasing GmbH & Co. Helix KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	1,82	0,44
SL Nordlease GmbH & Co KG <sup>1) 16)</sup> <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	60	EUR	0,00	1 283,60
SL Operating Services GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	36,26	-14,55
SL Rail Services GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	18,42	-4,15
SL Schleswig-Holstein Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	117,72	8,82
SL Stolle Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-30,90	-19,20
SLF-Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	-3 611,54	768,93
SLKS GmbH & Co. KG <sup>1)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 420,90	4 359,60
SLN Maschinen Leasing GmbH & Co. OHG <sup>1) 16)</sup>	Berlin	0,00	75	EUR	0,00	795,15
SLP Mobilien-Leasing GmbH & Co. OHG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	688,83	225,57
SPI SüdProject International GmbH i. L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	5 390,99	-325,28
STAATLICHE MAJOLIKA MANUFAKTUR KARLSRUHE GmbH <sup>4) 16)</sup>	Karlsruhe	100,00		EUR	2 136,26	0,00
Städtische Pfandleihanstalt Stuttgart Aktiengesellschaft, Gemeinnützige Kreditanstalt <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	5 010,48	479,75
Steelcase Leasing GmbH & Co KG <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	265,40	18,10
Stuttgarter Aufbau Bau- und Verwaltungs-Gesellschaft mbH <sup>4) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	153,39	0,00
Süd Beteiligungen GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	194,26	1,21
Süd Beteiligungsberatung GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	1 729,09	445,20
Süd Mobilien-Leasing GmbH <sup>1) 4a)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	28,30	60,30
Süd Private Equity Capital Partners I GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	55,58	-9,57
Süd Private Equity Capital Partners I Verwaltungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	11,96	-2,81
Süd Private Equity Fonds I GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	19,53	-7,54
Süd Private Equity Management GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	208,89	118,75
Süddeutsche Allgemeine Finanz- und Wirtschaftsgesellschaft mbH <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	511,29	0,00
Südimmobilen GmbH <sup>4) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	2 574,87	0,00
SüdLeasing Beteiligungsgesellschaft K mbH & Co. KG i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	90	EUR	0,00	-5,72
SüdLeasing Beteiligungsgesellschaft P GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	-33,73	-24,36

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
SüdLeasing d.o.o. Zagreb i. L. <sup>1) 16)</sup>	Zagreb, Kroatien	100,00		HRK	0,03	1,64
SüdLeasing Espana E.F.C.S.A. <sup>1) 16)</sup>	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	24 502,00	- 2 236,00
SüdLeasing Kft. <sup>1) 16)</sup>	Szekszard, Ungarn	100,00		HUF	8,08	0,30
SüdLeasing Polska SP.z.o.o. <sup>1) 16)</sup>	Warschau, Polen	100,00		PLN	0,07	- 0,05
SüdLeasing s.r.o. (Prag) <sup>1) 16)</sup>	Praha 5, Tschechien	100,00		CZK	1 499,37	- 373,53
SüdLeasing Structured Finance GmbH i. L. <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	100	EUR	509,74	- 2,77
SüdLeasing Suisse AG <sup>1) 16)</sup>	Bachenbülach, Schweiz	100,00		CHF	16 704,15	136,23
SüdRenting S.L. <sup>1) 16)</sup>	Barcelona, Spanien	100,00		EUR	2 853,47	995,54
SuedLeasing Romania IFN S.A. <sup>1) 16)</sup>	Bucuresti, Rumänien	100,00		RON	947,16	29,73
Tacita Mobilien-Leasing GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	15,20	- 3,00
Tamaris Mobilien-Leasing GmbH <sup>1)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	17,60	- 2,50
Technologiegründerfonds Sachsen Holding GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	0,00	100	EUR	0,00	0,00
Technologiegründerfonds Sachsen Seed GmbH & Co. KG <sup>2) 16)</sup>	Leipzig	3,34	93,34	EUR	15 155,25	- 3 266,73
Technologiegründerfonds Sachsen Start up GmbH & Co. KG <sup>2) 16)</sup>	Leipzig	10,83	78,33	EUR	37 024,66	- 1 372,39
Technologiegründerfonds Sachsen Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	23,75	1,54
Thömen Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	941,18	260,83
Truck Trailer Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	60	EUR	- 88,70	0,00
uwe Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	- 46,55	60,62
Valerie Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH i. L. <sup>1) 4a) 16)</sup>	Mannheim	100,00		EUR	24,39	0,00
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	100,00		EUR	33,40	2,58
WM Mobilien-Leasing GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	75	EUR	3 230,15	2 314,50
Yankee Properties LLC	Wilmington/ Delaware, USA	100,00		USD	k. A.	k. A.
YOZMA III GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	München	77,14		USD	984,84	418,55
Zweite Karl-Schornagel-Ring Immobilien Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	München	100,00		EUR	29,12	1,25
<b>1.2. Nicht einbezogene Tochterunternehmen, keine Konsolidierung (Zweckgesellschaften)</b>						
Amaryllis Asset Linked Securities Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
AROSA FUNDING LIMITED, Serie 2006-10 <sup>16)</sup>	St. Helier JE4 9WG, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
AROSA FUNDING LIMITED, Serie 2007-4 <sup>16)</sup>	St. Helier JE4 9WG, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
ASPEN Lucian Ltd. <sup>16)</sup>	Kaim George Town, G.C. KY1 - 1104, Kaimaninseln	0,00		EUR	0,00	0,00
Cairn Company (Jersey No.3) Limited <sup>16)</sup>	GB St. Helier JE4 8ZB, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
Cairn Company (Jersey No.5) Limited <sup>16)</sup>	St.Helier JE4 8ZB, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
Cairn Company Jersey No.6 Limited <sup>16)</sup>	St. Helier JE4 8ZB, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
CLARIS III Ltd. <sup>16)</sup>	St.Helier JE 4 8PX, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
CLARIS SV 2007-3 A2 (Serie 104-2007) <sup>16)</sup>	St.Helier JE4 8PX, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
Cloverie Public Limited Company <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
Corsair Jersey No.6 Limited <sup>16)</sup>	GB St. Helier JE4 8ZB, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
Entry Funding No.1 plc <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	- 37 867,46	- 29 149,39
Hirschgarten GÜ GmbH & Co. KG <sup>1) 11)</sup>	Oberhaching	45,00	50	EUR	354,00	493,00
Humboldt Multi Invest B SICAV-FIS LBBW Absolute Return Fund <sup>12)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	100,00		EUR	64 488,34	- 4 133,51
Impactor Credit SPI (Ireland) plc <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	40,96	0,00
Iris II SPV Ltd., (Serie 11) <sup>16)</sup>	St.Helier JE4 8PX, Großbritannien	0,00		EUR	0,00	0,00
IRIS SPV PUBLIC LIMITED COMPANY <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
LBBW Asset Management (Ireland) Fixed Income Fund Plc <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	125 416,93	- 755,87
LBBW Asset Management (Ireland) Long/Short Credit Fund Plc <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	86 672,57	- 3 346,47
LBBW Nachhaltigkeit Aktien I (ehemals: LBBW NachhaltigkeitsStrategie BWJ <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	66,77	0	EUR	22 863,80	5 034,63
LBBW Nachhaltigkeit Renten <sup>16)</sup>	Stuttgart	97,45	0	EUR	35 993,18	- 147,92
LBBW Pro-Fund Credit I	Frankfurt	100,00	0		k. A.	k. A.

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
Liquidity & Limited (Serie Nr. 1) <sup>16)</sup>	Kaim George Town, Kaimaninseln	0,00		EUR	0,00	0,00
Liquidity & Limited (Serie 2) <sup>16)</sup>	Kaim George Town, Kaimaninseln	0,00		EUR	0,00	0,00
Magnolia Finance VI plc <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
Magnolia Finance VII Public Limited Company <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
M-Korb Funding No.1 Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	-18 572,84	-14 084,48
Omega Capital Investments plc (Serie 67, Van Gogh Notes) <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
Peter Pike Funding LLC/Rathlin Loan Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
Platino S.A. <sup>16)</sup>	Luxembourg, Luxemburg	0,00		EUR	60,00	81,80
Starling Finance Public Limited Company <sup>16)</sup>	Dublin 1, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
Synapse High Grade ABS Fund Nr. 1 plc	Dublin 1, Irland	89,00	0		k. A.	k. A.
Weinberg Capital Ltd. <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	1,75	0,00
Weinberg Funding Ltd. <sup>16)</sup>	St.Helier, Jersey, Großbritannien	0,00		EUR	5,05	0,00
Xelo plc (früher Xelo V plc) <sup>16)</sup>	Dublin 2, Irland	0,00		EUR	0,00	0,00
<b>2. Nicht einbezogene Gemeinschaftsunternehmen</b>						
Aaron Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH <sup>1) 8)</sup>	Oberursel	50,00		EUR	-654,78	-28,15
Bietigheimer Wohnungsprivatisierungsgesellschaft mbH <sup>16)</sup>	Bietigheim- Bissingen	50,00		EUR	12 938,31	1 388,62
German Centre for Industry and Trade India Holding-GmbH <sup>1) 16)</sup>	München	50,00		EUR	111,15	-2 520,18
LBBW Immobilien Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	33,79	3,58
LHI Südwest Immobilien GmbH <sup>16)</sup>	Pullach i. Isartal	6,00	50	EUR	7 344,45	853,31
MIG Immobiliengesellschaft mbH i. L. <sup>15)</sup>	Mainz	36,36		EUR	6 694,42	-36,10
Residenzpost Planen + Bauen GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	München	50,00		EUR	4,47	-5,02
Residenzpost Planen + Bauen Verwaltung GmbH <sup>1) 16)</sup>	München	50,00		EUR	16,32	-6,68
RN Beteiligungs-GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	14 214,87	886,36
SachsenFonds Immobilien GmbH <sup>1) 16)</sup>	Aschheim-Dornach	49,00		EUR	60,96	-7,07
SHS Gesellschaft für Beteiligungen mbH & Co. Mittelstand KG <sup>1) 16)</sup>	Tübingen	75,02		EUR	5 642,00	-457,00
SHS Venture Capital GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Tübingen	95,45		EUR	4 193,00	395,00
SüdLeasing GUS Financial Holding GmbH <sup>1)</sup>	Stuttgart	50,00		EUR	21 863,80	-83,70
<b>3. Nicht einbezogene assoziierte Unternehmen</b>						
Abrosa Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sachsen I KG <sup>16)</sup>	Wiesbaden, Mz-Kastel	100,00	50	EUR	-3 771,28	300,75
Alida Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs-KG <sup>1) 16)</sup>	Pullach Landkreis München	99,89	50	EUR	2 520,92	2 496,02
ALUHEAT GmbH <sup>1) 21)</sup>	Freiberg	1,00	29,97	EUR	25,00	k. A.
ATRAV Beteiligungs GmbH <sup>16)</sup>	Hannover	32,40		EUR	6 881,71	1 007,10
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG <sup>16)</sup>	Stuttgart	47,70		EUR	12 300,00	231,98
BioP Biopolymer GmbH i. L. <sup>1)</sup>	Dresden	30,11			k. A.	k. A.
B+S Card Service GmbH <sup>13)</sup>	Frankfurt am Main	25,10		EUR	9 015,09	-1 562,52
Bubbles and Beyond GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	30,25		EUR	1 178,00	-706,00
Cäcilienpark am Neckar GbR <sup>1) 16)</sup>	Heilbronn	33,33		EUR	4 410,64	735,51
CDPC Holdings Limited <sup>19)</sup>	St. Helier, Jersey	31,85		EUR	6 569,00	-112,00
CheckMobile GmbH – The Process Solution Company <sup>1) 16)</sup>	Hamburg	44,80		EUR	704,00	-1 743,00
Corporateworld Managementgesellschaft für Buchungs- und Abrechnungssysteme mbH <sup>1) 16)</sup>	Hamburg	22,47		EUR	680,00	-2 399,00
Cortex Biophysik GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	47,70		EUR	-1 086,18	84,46
dimensio informatics GmbH <sup>1) 20)</sup>	Chemnitz	1,67	25,1	EUR	25,00	k. A.
Druck & Werte GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	2,72	25,15	EUR	452,38	-70,29
Egerland Lease GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Mannheim	0,00	50	EUR	1 162,23	646,72
European Energy Exchange AG <sup>16)</sup>	Leipzig	22,96		EUR	56 093,97	3 783,62
FEAG GmbH <sup>1) 16)</sup>	Forchheim	19,61	20	EUR	6 847,04	2 965,55
GAG Bioscience GmbH i. L. <sup>1)</sup>	Bremen	30,08	40		k. A.	k. A.
Genesis Private Equity Fund II L.P. <sup>16)</sup>	St. Peter Port, Guernsey	24,75		EUR	-7,66	-975,81
GLB Verwaltungs-GmbH <sup>16)</sup>	Frankfurt am Main	30,00		EUR	32,92	2,20
Global Teleport GmbH i. L. <sup>1)</sup>	Leipzig	21,42			k. A.	k. A.
GUMES Verwaltung GmbH & Co. Objekt Rostock KG <sup>16)</sup>	München	49,50	25	EUR	25,43	0,00
HiperScan GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dresden	2,60	24	EUR	-452,40	-298,60

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
HM Grundstücks GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	49,00		EUR	-21,80	-29,05
Impactor Credit Fund Limited <sup>16)</sup>	George Town, Kaimaninseln	0,04	21,86	EUR	19 084,59	1 932,22
Keßler Real Estate Solutions GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	26,57	28,01	EUR	5,00	419,77
Kopal Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Löhrr's Carré OHG <sup>16)</sup>	Mainz	94,00	24	EUR	-13 590,50	458,98
Kreditgarantiegemeinschaft der Industrie, des Verkehrsgewerbes und des Gastgewerbes Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	30,57		EUR	1 299,87	0,00
Kreditgarantiegemeinschaft in Baden-Württemberg Verwaltungs-GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	40,00		EUR	1 022,58	0,00
Ladon GmbH <sup>1) 16)</sup>	Oelsnitz/Vogtland	1,14	34,12	EUR	372,49	-408,07
Lecturio GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	1,20	36,07	EUR	217,04	-244,80
LightDesign Solutions GmbH <sup>1) 18)</sup>	Dresden	2,72	39,65	EUR	55,00	k. A.
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Landesfunkhaus Erfurt KG <sup>16)</sup>	Erfurt	99,77	24	EUR	-11 928,30	161,50
M Cap Finance Deutsche Mezzanine Fonds Zweite GmbH & Co. KG <sup>16)</sup>	Leipzig	49,75		EUR	36 859,10	5 183,40
MedialInterface Dresden GmbH, Sprach- und Dialogsysteme <sup>1) 13)</sup>	Dresden	10,01	20	EUR	25,72	141,93
meetwise GmbH <sup>1) 16)</sup>	Chemnitz	1,52	45,65	EUR	49,23	-239,45
Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Sachsen mbH <sup>16)</sup>	Dresden	25,27		EUR	26 787,85	1 795,02
MOLWANKUM Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Landkreis Hildburghausen KG <sup>16)</sup>	Düsseldorf	94,00	49	EUR	-1 217,84	311,66
MSC Investoren GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stutensee	37,50		EUR	120 132,22	47,82
MyMobai GmbH <sup>1)</sup>	Leipzig	1,00	30,07		k. A.	k. A.
Palmsche Park GbR Esslingen <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	92,78	33,33	EUR	-608,05	-808,05
PaperC GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	0,67	20	EUR	447,54	-124,91
pe Diagnostik GmbH i.L. <sup>1) 6)</sup>	Leipzig	30,06		EUR	-440,00	-45,00
Pharetis GmbH <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	1,29	38,65	EUR	109,28	-158,06
Prime 2006-1 Funding L.P. <sup>13)</sup>	St. Helier, Jersey, JE4 8PX, Jersey	47,50		EUR	7 508,69	-8 660,03
PublicSolution GmbH i.L. <sup>1)</sup>	Dresden	2,99	27,6		k. A.	k. A.
Qoniac GmbH <sup>1) 16)</sup>	Dresden	2,47	37,26	EUR	244,11	-30,88
RESprotect GmbH <sup>1) 11)</sup>	Dresden	29,56	32,8	EUR	-454,00	945,00
Rhein-Neckar Wohnwerte Beteiligungs-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) <sup>1) 16)</sup>	Heidelberg	27,21	33,33	EUR	0,00	-0,83
Rhein-Neckar Wohnwerte Projekt-Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Heidelberg	27,21	33,33	EUR	-139,54	-148,54
RiboxX GmbH <sup>1) 16)</sup>	Radebeul	2,14	33,86	EUR	480,81	-46,32
Ritterwand Metall-Systembau Beteiligungs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Nuffringen	49,97		EUR	6 063,96	330,96
SDD Holding GmbH <sup>1) 11)</sup>	Stuttgart	100,00		EUR	-2 890,19	-2 914,99
Sentex Chemnitz GmbH <sup>1)</sup>	Chemnitz	1,27	38		k. A.	k. A.
Siedlungswerk gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	25,00		EUR	197 025,55	4 949,69
Sireo und LBBW Projekt »Schiller« GmbH&Co. OHG i. L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	30,00		EUR	720,15	0,00
SLB Leasing-Fonds GmbH & Co. Portos KG <sup>1) 16)</sup>	Pöcking	35,12	35,1	EUR	11 161,68	-1 410,92
Stollmann Entwicklungs- und Vertriebs GmbH <sup>1) 16)</sup>	Hamburg- Bahrenfeld	29,00		EUR	1 988,65	161,54
svt Holding GmbH <sup>1) 16)</sup>	Seevetal	25,00	27,78	EUR	7 802,37	745,50
TC Objekt Bonn Beteiligungs-GmbH <sup>1) 8)</sup>	Soest	23,73	25	EUR	23,00	-2,00
TC Objekt Darmstadt Beteiligungs-GmbH <sup>1) 8)</sup>	Soest	23,73	25	EUR	23,00	0,00
TC Objekt Münster Nord Beteiligungs-GmbH <sup>1) 8)</sup>	Soest	23,73	25	EUR	23,00	0,00
TC Objekt Münster Süd Beteiligungs-GmbH <sup>1) 8)</sup>	Soest	23,73	25	EUR	23,00	0,00
Technologiegründerfonds Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	2,96	-0,23
Technologiegründerfonds Sachsen Management GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	25,00		EUR	4,00	1 068,35
Universal-Investment-Gesellschaft mbH <sup>13)</sup>	Frankfurt am Main	26,67		EUR	31 744,15	4 407,41
Viola Grundstücksverwaltungs-GmbH & Co. Verpachtungs KG <sup>16)</sup>	Pullach	99,41	50	EUR	1 399,00	618,97
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen GmbH & Co. KG <sup>16)</sup>	Leipzig	27,55		EUR	24 973,92	-2 782,03
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Initiatoren GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	33,33		EUR	1,07	-0,24
Wachstumsfonds Mittelstand Sachsen Management GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Leipzig	33,33		EUR	3,00	599,23

Name	Sitz	Kapital- anteil in %	abw. Stimm- rechte in %	WKZ	Eigenkapital Tsd. EUR	Ergebnis Tsd. EUR
Wolff & Müller Wohnbau GmbH & Co. Objekt Fürth KG <sup>16)</sup>	Pullach i. Isartal	5,00	25	EUR	-1 695,30	30,69
Woman Pur GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	25,00		EUR	-43,75	210,63
<b>4. Beteiligungen mit einem Anteil am Kapital von 20 % und mehr <sup>23)</sup></b>						
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH <sup>16)</sup>	Dresden	27,96	18,44	EUR	26 307,62	684,10
Candover 2001 GmbH & Co. KG <sup>1) 16)</sup>	Frankfurt am Main	25,64		EUR	36 798,55	6 661,76
Dr. Gubelt Immobilien Vermietungs-Gesellschaft mbH & Co. Objekt Feuerwache Dresden KG <sup>16)</sup>	Düsseldorf	90,00	15	EUR	-4 413,93	93,13
GLB GmbH & Co. OHG <sup>16)</sup>	Frankfurt am Main	30,05		EUR	2 205 371,65	25 308,04
Helmut Fischer GmbH i.L. <sup>1)</sup>	Talheim	48,35	0		k. A.	k. A.
Humboldt Multi Invest B SICAV - AIG-Fund of Hedge Funds <sup>1) 10)</sup>	Hesperange, Luxemburg	100,00		EUR	113 101,30	101,30
Humboldt Multi Invest: Sachsen LB Depot A (SLB_DA) <sup>12)</sup>	Hesperange, Luxemburg	100,00		EUR	256 770,65	-73 892,94
INULA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG <sup>16)</sup>	Grünwald	80,00	18,25	EUR	-42 024,86	2 002,35
Korin Grundstücksgesellschaft mbH & Co. Projekt 19 KG <sup>1) 16)</sup>	Grünwald	80,00	19	EUR	162,00	53,10
LBBW Immobilien Landsiedlung GmbH <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	85,67		EUR	63 316,95	-769,62
LIVIDA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Polizei Nordhausen KG <sup>16)</sup>	Erfurt	100,00	15	EUR	-6 507,85	228,94
LUTEA MOLARIS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Flöha KG <sup>16)</sup>	Berlin	100,00	15	EUR	-4 858,65	495,44
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH <sup>16)</sup>	Mainz	21,74		EUR	6 863,47	615,06
OXID eSales AG <sup>1) 16)</sup>	Freiburg	22,85		EUR	0,00	-4 654,00
PARAMOUNT GROUP REAL ESTATE FUND I, L.P. <sup>1) 16)</sup>	Wilmington, Delaware, USA	29,13	28,29	USD	88 776,29	-161 903,36
Paramount Group Real Estate Fund II, L.P. <sup>1) 16)</sup>	Wilmington, Delaware, USA	29,13	28,29	USD	54 902,08	-50 559,64
Paramount Group Real Estate Fund V (Core) <sup>1) 16)</sup>	Wilmington, Delaware, USA	24,51	4,99	USD	-38 114,56	-144 822,93
<b>5. Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften mit einem Stimmrechtsanteil von mindestens 5 % gemäß § 340a HGB</b>						
Bertrandt AG <sup>1) 13)</sup>	Ehningen	12,74		EUR	114 114,00	24 605,00
Clean Car AG <sup>1) 13)</sup>	Meerbusch	14,77	15	EUR	20 012,89	2 397,88
Deutscher Sparkassen Verlag GmbH <sup>16)</sup>	Stuttgart	8,11		EUR	111 109,48	13 912,29
Dürr AG <sup>1) 16)</sup>	Stuttgart	5,00		EUR	294 915,00	-25 740,00
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG <sup>16)</sup>	Düsseldorf	18,66		EUR	879 670,29	125 850,00
Rohwedder AG <sup>1) 11)</sup>	Bermatingen	10,01		EUR	19 695,00	-22 864,00
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft <sup>1) 16)</sup>	Basel, Schweiz	11,35	5	CHF	241 619,25	31 252,81
SGL Carbon SE <sup>1) 16)</sup>	Wiesbaden	5,42		EUR	755 200,00	-60 300,00
SOTRADA AG i.L. <sup>16)</sup>	Stuttgart	19,35		EUR	44 207,04	-4 858,84
Südwestdeutsche Salzwerte AG <sup>16)</sup>	Heilbronn	6,40		EUR	76 776,00	8 846,00
Vita 34 International AG <sup>1) 11)</sup>	Leipzig	15,83		EUR	8 649,00	-443,90
Württembergische Lebensversicherung AG <sup>16)</sup>	Stuttgart	9,86		EUR	165 030,00	15 222,00
Wüstenrot & Württembergische AG <sup>16)</sup>	Stuttgart	8,97		EUR	1 732 551,00	115 133,00

1) Mittelbar gehalten.

2) Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile.

3) Seitens der LBBW besteht eine Patronatsklärung für die Dauer der Beteiligung.

3a) Seitens einer Konzerntochter besteht eine Patronatsklärung für die Dauer der Beteiligung.

3b) Mit Veröffentlichung des Geschäftsberichts der LBBW zum 31.12.10 besteht seitens der LBBW eine Patronatsklärung für die Dauer der Beteiligung.

4) Mit der Gesellschaft besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

4a) Es besteht ein Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.

4b) Mit der Gesellschaft besteht ein Beherrschungsvertrag.

4c) Es besteht ein Beherrschungsvertrag mit einer anderen Gesellschaft.

5) Es liegen Daten nur zum 31.05.2002 vor.

6) Es liegen Daten nur zum 31.12.2005 vor.

7) Es liegen Daten nur zum 31.12.2006 vor.

8) Es liegen Daten nur zum 31.12.2007 vor.

9) Es liegen Daten nur zum 30.04.2008 vor.

10) Es liegen Daten nur zum 31.07.2008 vor.

11) Es liegen Daten nur zum 31.12.2008 vor.

12) Es liegen Daten nur zum 31.07.2009 vor.

13) Es liegen Daten nur zum 30.09.2009 vor.

14) Es liegen Daten nur zum 30.11.2009 vor.

15) Es liegen Daten nur zum 16.12.2009 vor.

16) Es liegen Daten nur zum 31.12.2009 vor.

17) Es liegen Daten nur zum 31.01.2010 vor.

18) Es liegen Daten nur zum 23.03.2010 vor.

19) Es liegen Daten nur zum 31.03.2010 vor.

20) Es liegen Daten nur zum 21.07.2010 vor.

21) Es liegen Daten nur zum 18.08.2010 vor.

22) Kapital- und Stimmrechtsanteil nach HGB/IFRS 45 %, aufsichtsrechtlich 40 % (UBGG).

23) Widerlegung der Beherrschung und des maßgeblichen Einflusses.



**39. Die von gesetzlichen Vertretern oder Mitarbeitern der LBBW wahrgenommenen Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien und vergleichbaren Kontrollgremien von großen Kapitalgesellschaften und Kreditinstituten.**

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
AdCapital AG, Leinfelden-Echterdingen	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
AKA Ausfuhrkredit GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat stv. Aufsichtsrat	Joachim Landgraf Elvira Bergmann
Allgaier Werke GmbH, Uhingen	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Asknet AG, Karlsruhe	Aufsichtsrat	Joachim Hug bis 31.03.2010
B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Rudolf Zipf
Bankhaus Ellwanger & Geiger KG, Stuttgart	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Michael Horn
börse-Stuttgart AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Bürgerliches Brauhaus Ravensburg-Lindau AG, Ravensburg	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Harald R. Pfab
Bürgschaftsbank Baden-Württemberg GmbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Dr. Bernhard Walter bis 22.04.2010
	Aufsichtsrat	Claudia Diem ab 22.04.2010
	Aufsichtsrat	Jürgen Kugler
Bürgschaftsbank Sachsen GmbH, Dresden	Verwaltungsrat	Harald R. Pfab
DekaBank Deutsche Girozentrale, Berlin und Frankfurt am Main	1. stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats Verwaltungsrat	Hans-Jörg Vetter Michael Horn
Deutscher Sparkassenverlag GmbH, Stuttgart	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
Dürr AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
ECC European Commodity Clearing AG, Dresden	Aufsichtsrat	Harald R. Pfab
Euwax AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder
Grieshaber Logistik AG, Weingarten	Aufsichtsrat	Michael Horn
HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, Düsseldorf	Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter
Hymex AG, Bad Waldsee	Aufsichtsrat	Michael Horn
LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder Dr. Peter Merk Dr. Peter M. Haid
LBBW Bank CZ a.s., Prag	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Dr. Peter Kaemmerer Andreas Fohrmann Harald R. Pfab
LBBW Immobilien GmbH, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Jörg Vetter Dr. Peter Kaemmerer Dr. Bernhard Walter bis 30.04.2010 Rudolf Zipf ab 01.07.2010
LBBW Luxemburg S.A., Luxemburg	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder Michael Horn Dr. Peter Kaemmerer Berthold Veil
LBBW (Schweiz) AG, Zürich	Vorsitzender des Verwaltungsrats	Dr. Peter M. Haid ab 17.03.2010
LBS Baden-Württemberg, Stuttgart und Karlsruhe	Verwaltungsrat stv. Verwaltungsrat	Michael Horn Rudolf Zipf
LHI Leasing GmbH, München	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke Dr. Peter Kaemmerer Dr. Bernhard Walter bis 30.04.2010 Rudolf Zipf ab 01.07.2010
MKB Mittelrheinische Bank GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Aufsichtsrats stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter bis 30.04.2010 Rudolf Zipf ab 01.07.2010

Gesellschaft	Mandatsart	Mandatsträger
MMV-Leasing GmbH, Koblenz	Vorsitzender des Beirats stv. Vorsitzender des Beirats Beirat  Beirat	Joachim E. Schielke Michael Horn Dr. Bernhard Walter bis 30.04.2010 Rudolf Zipf ab 01.07.2010
Paul Hartmann AG, Heidenheim a. d. Brenz	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Schlossgartenbau AG, Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat  Aufsichtsrat	Achim Kern Dr. Armin Brendle bis 30.06.2010 Dieter Hildebrand ab 30.06.2010
Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft, Basel	Verwaltungsrat	Dr. Peter Kaemmerer
Siedlungswerk Gemeinnützige Gesellschaft für Wohnungs- und Städtebau mbH, Stuttgart	stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat Aufsichtsrat	Michael Horn Dr. Stefan Hofmann Andreas Benninger
SOTRADA AG i.L., Stuttgart	Vorsitzender des Aufsichtsrats Aufsichtsrat	Ralf Menzel Andreas Leonhard bis 13.12.2010
SV Sparkassenversicherung Holding AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 25.06.2010
Universal-Investment-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder ab 01.04.2010
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank, Bregenz	Aufsichtsrat	Michael Horn
Württembergische Lebensversicherung AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Michael Horn bis 20.05.2010
Wüstenrot & Württembergische AG, Stuttgart	Aufsichtsrat	Joachim E. Schielke
Wüstenrot Bank AG Pfandbriefbank, Ludwigsburg	Aufsichtsrat	Hans-Joachim Strüder

#### 40. Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt.

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
<b>Inländische Hauptsitze/Zweigniederlassungen</b>	5 082	5 353	10 435
Leitende Angestellte	260	15	275
Übrige Angestellte	4 822	5 338	10 160
<b>Ausländische Niederlassungen</b>	135	89	224
Leitende Angestellte	6	0	6
Übrige Angestellte	129	89	218
<b>Repräsentanzen</b>	21	16	37
Leitende Angestellte	0	0	0
Übrige Angestellte	21	16	37
<b>Summe LBBW</b>	<b>5 238</b>	<b>5 458</b>	<b>10 696</b>
<b>Nachrichtlich:</b>			
Auszubildende	250	306	556

#### 41. Gesamtbezüge der Organe.

Die Gesamtbezüge des Vorstands der LBBW betragen 4,2 Mio. EUR (2009: 4,5 Mio. EUR). Die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats (bis 8. November 2010 Verwaltungsrat) und der Trägerversammlung betragen 0,3 Mio. EUR und 0,1 Mio. EUR (entspricht 2009). Die Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf insgesamt 9,5 Mio. EUR (2009: 9,0 Mio. EUR). Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen sind in Höhe von 85,7 Mio. EUR gebildet worden (2009: 80,1 Mio. EUR). Der notwendige Zuführungsbetrag der Pensionsrückstellungen für frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen infolge des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) beträgt 23,5 Mio. EUR. Nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB (Übergangsvorschriften zum BilMoG) kann dieser Zuführungsbetrag über 15 Jahre verteilt werden. Die LBBW hat dieses Wahlrecht in Anspruch genommen und zum 31. Dezember 2010 1/15 (1,6 Mio. EUR) des Zuführungsbetrages den Pensionsrückstellungen ergebniswirksam zugeführt.

#### 42. Vorschüsse und Kredite an sowie Haftungsverhältnisse zugunsten der Organe der LBBW bzw. deren Vorgängereinstitute.

Mio. EUR	Vorstand	Aufsichtsrat	Träger- versammlung
Vorschüsse und Kredite	0,5	2,7	0,0
Haftungsverhältnisse	0,0	0,0	0,0

## Vorstand und Verwaltungsrat bzw. Aufsichtsrat der LBBW.

### Vorstand

**HANS-JÖRG VETTER**

Vorsitzender  
zuständig für den Unternehmensbereich  
Corporate Center

**MICHAEL HORN**

stv. Vorsitzender  
zuständig für den Unternehmensbereich  
Sparkassen, Privatkunden/Private Banking

**RUDOLF ZIPF**

zuständig für den Unternehmensbereich  
Finanzen, Operations und IT

**INGO MANDT**

(ab 15. Oktober 2010)  
zuständig für den Unternehmensbereich  
Marktfolge

**DR. BERNHARD WALTER**

(bis 30. April 2010)  
zuständig für den Unternehmensbereich  
Marktfolge

**HANS-JOACHIM STRÜDER**

zuständig für den Unternehmensbereich  
Financial Markets

**JOACHIM E. SCHIELKE**

zuständig für den Unternehmensbereich  
Unternehmenskunden I

**DR. PETER A. KAEMMERER**

zuständig für den Unternehmensbereich  
Unternehmenskunden II

**Aufsichtsrat der LBBW.**

Hinweis: Die konstituierende Sitzung des Aufsichtsrats fand am 8. November 2010 statt.

**Vorsitzender****HANS WAGENER**

Wirtschaftsprüfer, Steuerberater

**Stv. Vorsitzender****WILLI STÄCHELE MdL \***Finanzminister des  
Landes Baden-Württemberg**Mitglieder****HANS BAUER \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg**HARALD COBLENZ \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg**WOLFGANG DIETZ \***Oberbürgermeister der Stadt  
Weil am Rhein**WALTER FRÖSCHLE \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg**PROFESSOR DR. ULRICH GOLL MdL \***Justizminister des  
Landes Baden-Württemberg**PETER HAUKE MdL \***Vorsitzender der CDU-Fraktion im  
Landtag von Baden-Württemberg**HELMUT HIMMELSBACH \***Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Südwestdeutschen Salzwerke AG**PROFESSOR DR. SC. TECHN.****DIETER HUNDT \***Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
Allgaier Werke GmbH**JENS JUNGBAUER \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg**BETTINA KIES-HARTMANN \***Beschäftigtenvertreterin der  
Landesbank Baden-Württemberg**GÜNTHER NOLLERT \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg**DR. FRITZ OESTERLE**Vorsitzender des Vorstands der  
Celesio AG**DIPL.-KFM. MARTIN PETERS**Geschäftsführender Gesellschafter der  
Unternehmensgruppe Eberspächer**NORBERT H. QUACK**

Rechtsanwalt, Notar

**PETER SCHNEIDER MdL \***Präsident des  
Sparkassenverbandes Baden-Württemberg**DR. WOLFGANG SCHUSTER \***Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Stuttgart**DR.-ING. HANS-JOCHEM STEIM**Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Hugo Kern und Liebers GmbH & Co. KG**DIPL.-KFM. VOLKER WIRTH \***Sparkassendirektor, Vorsitzender des  
Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell**NORBERT ZIPF \***Beschäftigtenvertreter der  
Landesbank Baden-Württemberg

\* Bis 8. November 2010 Mitglied des Verwaltungsrats der Landesbank Baden-Württemberg

## Verwaltungsrat der LBBW

Hinweis: Die Amtszeit aller Mitglieder endete – sofern nicht einzeln vermerkt – zum 8. November 2010.

### Vorsitzender

**PETER SCHNEIDER MdL\***  
Präsident des Sparkassenverbands  
Baden-Württemberg, Stuttgart

### 1. stv. Vorsitzender

**STEFAN MAPPUS MdL**  
bis 11. Februar 2010  
Ministerpräsident des Landes  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**PETER HAUKE MdL\***  
ab 23. März 2010  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Landtag von Baden-Württemberg,  
Stuttgart

### 2. stv. Vorsitzender

**DR. WOLFGANG SCHUSTER\***  
Oberbürgermeister der  
Landeshauptstadt Stuttgart

### Ordentliche Mitglieder

**DIPL.-OEC. MUHTEREM ARAS**  
Stadträtin, Steuerberaterin, Vorsitzende der  
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im  
Gemeinderat der Landeshauptstadt  
Stuttgart

**HANS BAUER\***  
ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**THOMAS BERRETH**  
bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**HARALD COBLENZ\***  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Karlsruhe

**WOLFGANG DIETZ\***  
Oberbürgermeister der Stadt Weil am Rhein

**DR.-ING. E. H. HEINZ DÜRR**  
Vorsitzender des Aufsichtsrats  
der Dürr AG, Stuttgart

**ARMIN FREUNDL**  
ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**WALTER FRÖSCHLE\***  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**PROF. DR. ULRICH GOLL MdL\***  
Stv. Ministerpräsident, Justizminister des  
Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

**DR. JUR. RAINER HAAS M. A.**  
Senator h. c.,  
Landrat des Landkreises Ludwigsburg,  
Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Kreissparkasse Ludwigsburg

**ALBERT HÄBERLE**  
Sparkassendirektor, Vorsitzender des  
Vorstandes der Kreissparkasse Waiblingen

**KARLHEINZ HEINZELMANN\***  
bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter im Vorruhestand,  
Besigheim

**HELMUT HIMMELSBACH\***  
Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

**UDO HUMMEL**  
bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**PROF. DR. SC. TECHN.  
DIETER HUNDT\***  
Senator E. h., Präsident der  
Bundesvereinigung der Deutschen  
Arbeitgeberverbände,  
Vorsitzender des Aufsichtsrats der  
ALLGAIER-WERKE GmbH, Uhingen

**JENS JUNGBAUER\***  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**BETTINA KIES-HARTMANN\***  
ab 22. Januar 2010  
Bankangestellte der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**LIAN LIE LIEM**  
Bankangestellte der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**GÜNTHER NOLLERT\***  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**PROF. DR. WOLFGANG REINHART MdL**  
Minister für Bundes-, Europa- und  
internationale Angelegenheiten

**HELMUT WALTER RÜECK MdL**  
ab 30. März 2010  
Mitglied des Geschäftsführenden  
Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-VOLKSWIRT EUGEN SCHÄUFELE**  
Sparkassendirektor, Vorsitzender des  
Vorstands der Kreissparkasse Reutlingen

**DR. STEFAN SCHEFFOLD MdL**  
bis 24. Februar 2010  
Rechtsanwalt, Staatssekretär im  
Finanzministerium von  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**DR. NILS SCHMID MdL**  
Rechtsanwalt, Stv. Vorsitzender der  
SPD-Fraktion im Landtag von Baden-  
Württemberg, Stuttgart

**CLAUS SCHMIEDEL MdL**  
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg, Stuttgart

\* Seit 8. November 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg

**WILLI STÄCHELE MdL \***

Finanzminister des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart

**FRED-JÜRGEN STRADINGER**

Stadtrat, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

**WERNER UNFRIED**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**MICHAEL WARFOLOMEOW**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**KURT WIDMAIER**

Landrat des Landkreises Ravensburg, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Kreissparkasse Ravensburg

**VOLKER WIRTH \***

ab 1. Januar 2010  
Sparkassendirektor, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Singen-Radolfzell, Singen

**NORBERT ZIPF \***

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**Stellvertretende Mitglieder****JOSEF AHMED**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**HANS BAUER**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-WIRTSCH.-ING. (FH)**

**BERND BECHTOLD**  
Präsident der IHK Karlsruhe, Geschäftsführender Gesellschafter der b.i.g. bechtold INGENIEURGESELLSCHAFT MBH, Karlsruhe

**THOMAS BERRETH**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**DR. ROSWITHA BLIND**

Stadträtin, Vorsitzende der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Landeshauptstadt Stuttgart

**CHRISTIAN BRAND**

Vorsitzender des Vorstands der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank, Karlsruhe

**OTWIN BRUCKER**

Bürgermeister a. D., Pliezhausen

**ROLAND BÜRKLE**

Bürgermeister der Stadt Bad Wurzach

**YVONNE EISELE**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**HEINZ FENRICH**

ab 25. Januar 2010  
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe

**MICHAEL FÖLL**

Erster Bürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart

**REINHARD FRANK**

Landrat des Main-Tauber-Kreises, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Sparkasse Tauberfranken, Tauberbischofsheim

**ARMIN FREUNDL**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**DR. HANS-DIETER FREY**

Ministerialdirigent a. D., Ammerbuch

**DIRK GAERTE**

Landrat des Landkreises Sigmaringen, Vorsitzender des Verwaltungsrats der Hohenzollerischen Landesbank Kreissparkasse Sigmaringen

**REINHOLD GALL MdL**

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

**BARBARA GRENZDÖRFFER**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**GERNOT GRIEBLING**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**MANFRED GROH MdL**

ab 9. Juni 2010  
Bürgermeister a. D., Karlsruhe

**EBERHARD HÄGE**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**MARTIN HAIBLE**

Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-VERW.-WIRT (FH)**

**KLAUS HERRMANN MdL**  
Stellv. Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart

**UDO HUMMEL**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart

**DR. MICHAEL KIENZLE**

Stadtrat, Stuttgart

**MICHAEL KLEINER**

Ministerialdirigent im Staatsministerium von Baden-Württemberg, Stuttgart

**SABINE LEHMANN**

Bankangestellte der Landesbank Baden-Württemberg, Mannheim

\* Seit 8. November 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Landesbank Baden-Württemberg

**THOMAS LÜTZELBERGER**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des  
Vorstands der Sparkasse Schwäbisch  
Hall-Crailsheim

**GÜNTHER-MARTIN PAULI MdL**

ab 1. September 2010  
Landrat des Zollernalbkreises, Balingen

**BERNHARD RÖPKE**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIETER RÖSLER**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**CHRISTIAN ROGG**

Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**JOHANN ROTH**

Sparkassendirektor, Vorsitzender des  
Vorstands der Bezirkssparkasse Reichenau

**HELMUT WALTER RÜECK MdL**

bis 30. März 2010  
Mitglied des Geschäftsführenden  
Vorstands der CDU-Fraktion im Landtag  
von Baden-Württemberg, Stuttgart

**DIPL.-ING. (FH) INGO RUST MdL**

Vorsitzender des Finanzausschusses  
des Landtags von Baden-Württemberg,  
Stuttgart

**DR. H. C. KLAUS SCHMIDT**

Stuttgart

**GERD SIEBERTZ**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**RENATE STEINER**

bis 22. Januar 2010  
Bankangestellte der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart

**JOACHIM WALTER**

bis 31. August 2010  
Landrat des Landkreises Tübingen,  
Vorsitzender des Verwaltungsrats der  
Kreissparkasse Tübingen

**KLAUS ZIESKE**

ab 22. Januar 2010  
Bankangestellter der Landesbank  
Baden-Württemberg, Stuttgart



## Versicherung der gesetzlichen Vertreter.

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Baden-Württemberg vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Baden-Württemberg so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Baden-Württemberg beschrieben sind.

Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz, den 18. März 2011

Der Vorstand



HANS-JÖRG VETTER  
Vorsitzender



MICHAEL HORN  
Stv. Vorsitzender



DR. PETER A. KAEMMERER



INGO MANDT



JOACHIM E. SCHIELKE



HANS-JOACHIM STRÜDER



RUDOLF ZIPF

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers.

»Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim und Mainz (LBBW) für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der LBBW. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der LBBW und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.«

Stuttgart, den 18. März 2011

KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

  
**KOCHOLL**  
 Wirtschaftsprüfer

  
**BEIER**  
 Wirtschaftsprüfer